Nr. 234. 25. Jahrg.

Abonnements-Bestellungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 6. Oktober 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens.

Die jungtürkische Regierung ist vor eine schwere Aufgabe gestellt. Noch ist der Klang der Sympathiekundgebungen, mit denen ganz Europa die neue Aera begrüßt hat, nicht verklungen, und schon müssen die Anhänger der Freiheit in der Türkei bittere Betrachtungen darüber anstellen, wie geringen Wert den Versicherungen der Diplomaten innewohnt.

Rasch und glatt hat sich die Umwälzung in der Türkei vollzogen. Aus einem dahinsiechenden, widerstandslos erscheinenden Staatswesen, das weder leben noch sterben, sondern nur bei lebendigem Leibe verfaulen konnte, hat die Revolution einen neuen Machtfaktor gemacht, dessen Lebenskraft und Entwickelungsfähigkeit der gesamten europäischen Diplomatie das Konzept gründlich verdorben hat. Die vernünftige und ruhige Haltung der Großmächte war aber nur der Ausfluß ihrer Ueberraschung. Da sie völlig unvorbereitet waren, konnten sie nicht anders als das Geschehene ruhig hinnehmen. Es durfte aber im vorhinein nicht angenommen werden, daß der Gottesfrieden, der der neuen Türkei von allen Seiten versprochen wurde, auch wirklich gehalten werde. Verdankte ja die Türkei ihr Bestehen nur dem Umstande, daß sich die Mächte über die Verteilung der ihnen sicher scheinenden Beute nie einig waren. Aber gerade in der letzten Zeit vor der türkischen Revolution schien die orientalische Frage besonders akut werden zu wollen. Rußland das durch die Niederlage und durch die Revolution zunächst gelähmt schien, gab der englisch-deutsche Gegensatz bald eine Stellung, die weder der militärischen Kraft, noch den finanziellen Hilfsmitteln des Landes entspricht. Vom fernen Osten durch die Japaner abgedrängt, begann es seine alten Pläne im nahen Orient wieder aufzunehmen, jene Pläne, an deren Ende die Eroberung Konstantinopels steht. Das Mißverhältnis aber, in dem Rußlands Ziel zu seiner wirklichen Stärke steht, stachelte Oesterreich-Ungarn, seinen alten Rivalen am Balkan, an, längst gehegte Wünsche der Erfüllung näher zu bringen. Der Bau der Sandschackbahn sollte das Bahnnetz von Bosnien und der Herzegowina mit Saloniki zunächst zu einer wirtschaftlichen Einheit verbinden, aus der sich in späteren Zeiten vielleicht die politische Vereinigung hätte ergeben können. Rußland antwortete auf das Vorgehen Oesterreichs mit der Zerreißung der Mürzsteger Uebereinkunft, die bisher zwischen den beiden Konkurrenten auf dem Balkan ein leidliches Einvernehmen hergestellt hatte, während Italien sich anschickte, dem Vorgehen Oesterreichs den Bau einer hauptsächlich unter italienischem Einfluß stehenden Eisenbahnlinie entgegenzusetzen, die als Stützpunkt für den Zeitpunkt gedacht war, wo für die Besitzergreifung der albanischen Küste durch Italien die Stunde gekommen wäre. Deutschland suchte die Schwäche der Türkei auszunutzen, indem es von seinem Freunde Abdul Hamid wirtschaftliche Konzessionen, vor allem die Unterstützung beim Bau der Bagdadbahn zu gewinnen trachtete. Mit Unruhe beobachteten die Westmächte, besonders England, diese Vorgänge. Vor allem der deutsche und österreichische Einfluß in der Türkei veranlaßte England, der Regierung Abdul Hamids Schwierigkeiten zu schaffen, indem es die mazedonische Reformaktion beschleunigte und Vorschläge machte, die auf die Loslösung Mazedoniens von der Türkei hinzielten. Es hatte dabei die Mitwirkung des mit Oesterreich entzweiten Rußlands, das seine Rolle als Schutzherr der Balkanslaven wieder aufnahm.

Die türkische Revolution änderte das ganze Bild. Standen vorher Deutschland und Oesterreich auf seiten der Türkei, die durch die Reformvorschläge Englands, dem sich Rußland, Frankreich und Italien angeschlossen hatten, bedroht schien, so wurde das neue Regime vor allem von England und Frankreich begrüßt. Für diese Mächte bedeutete eine erstarkte Türkei die Beseitigung der Gefahr übermäßigen wirtschaftlichen oder politischen Einflusses einer anderen und gefährlicheren Großmacht.

Dagegen war Rußland der Weg nach Konstantinopel, Oesterreich die Straße nach Saloniki, Italien die Aussicht auf Albanien verlegt. Kein Wunder, daß diese Mächte die Erstarkung der Türkei in Wirklichkeit nicht mit jener Sympathie begleiteten, die sie öffentlich so laut bekundet haben. Es war nicht daran zu zweifeln, daß die Gelegenheit zur Schwächung der neuen türkischen Regierung von ihnen mit Freude ergriffen würde.

Diese Gelegenheit schuf gerade das Erstarken der Türkei. Dem alten türkischen Despotismus traute niemand die Kraft zu, die alten Verluste der Türkei je wieder einzuholen. Die Kraft der neuen Türkei läßt sich aber nicht vorausbestimmen. Daher das Bestreben, alte Rechnungen, die der Berliner Vertrag nur provisorisch geregelt hatte, definitiv zu erledigen. Vor allem mußte Bulgarien, das staatsrechtlich noch ein Vasallenstaat der Türkei ist, wenn es sich tatsächlich auch längst die volle Unabhängigkeit verschafft hatte, den Uebergangszustand auszunutzen suchen. Der Raub der ostrumelischen Eisenbahnlinie hatte doppelten Zweck. Er schuf einerseits den von Bulgarien gewünschten Konflikt mit der Türkei, den es zu seinem weiteren Vorgehen brauchte. Gleichzeitig setzte er Bulgarien in den Besitz einer Eisenbahnlinie, die ihm eine militärische Notwendigkeit war, falls der Konflikt zum Kriege führen sollte. Nachdem dies gelungen, hat Bulgarien jetzt seine Unabhängigkeit erklärt. Fürst Ferdinand hat sich in Tirnowo zum unabhängigen Souverän proklamiert und den Titel „Zar der Bulgaren" angenommen. Gleichzeitig kommt die Nachricht, daß Bulgarien seine Truppen mobilisiert hat und alles anwendet, um bei einer türkischen Kriegserklärung sofort zum Angriff vorgehen zu können.

Die Unabhängigkeit Bulgariens ist zunächst nur die juristische Sanktionierung eines tatsächlichen Zustandes. Das gewalttätige Vorgehen, das ihr vorausgegangen ist, bedeutet aber für die türkische Regierung eine arge Provokation. Für eine Reaktion in der Türkei wäre nichts günstiger, als die Entfachung einer nationalistischen Stimmung im türkischen Volke. Es hängt von der Stärke der Jungtürken ab, ob sie imstande sein werden, dieser Volksstimmung Widerstand zu leisten, oder ob sie die Entwickelungsmöglichkeiten ihres Volkes in einem Kriege aufs Spiel setzen werden, der für die Türkei nur große Opfer aber keinen Gewinn bedeuten kann.

Die Eile und die Gewalttätigkeit, mit der die Bulgaren vorgegangen sind, lassen es unzweifelhaft erscheinen, daß von ihnen die Provokation gewollt war. Um aber dies wagen zu können, mußten die Bulgaren wissen, daß sie nicht so isoliert sind, wie es anfangs scheinen mochte. Und in der Tat ist das bulgarische Vorgehen nur das Vorspiel einer anderen ähnlichen Aktion gewesen. Der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung folgt auf dem Fuße die Annektion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn, so daß Bulgarien, wie ein englisches Blatt meint, nur die Rolle der bissigen Dogge spielte, die vorausgeschickt worden war. Bei der demnächst stattfindenden Eröffnung der Delegationen wird die Souveränität Oesterreichs über Bosnien und die Herzegowina ausgesprochen werden. Den Großmächten wurde in einem Handschreiben des österreichischen Kaisers die Absicht der österreichischen Regierung angekündigt. Bosnien und die Herzegowina sollen nach dem Vorbilde Elsaß-Lothringens die Stellung eines Reichslandes erhalten.

Das Vorgehen Bulgariens hat bei den Westmächten und besonders wieder in England die schärfste Verurteilung erfahren. Dagegen unterstützt Rußland das bulgarische Vorgehen, denn Rußland ist an einer Schwächung der Türkei am meisten interessiert.

Die Wirkung des Vorgehens der österreichischen Regierung läßt sich vorläufig noch nicht mit Bestimmtheit absehen. Für das Ansehen der Jungtürken ist freilich die Annexion in diesem Augenblicke ebenso schädlich wie die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens. Nur daß die von einer Großmacht wie Oesterreich erfahrene Unbill nicht so demütigend empfunden werden muß wie die Provokation Bulgariens. In Wien wird versichert, daß die Annexion, obwohl sie die Zerreißung des Berliner Vertrages bedeutet, in Europa keinen Widerstand finden wird. Doch sind solche offiziösen Versicherungen nicht allzu ernst zu nehmen. Die russische und die italienische Regierung werden sicher die Gelegenheit zu benutzen suchen, um ihrerseits Kompensationen zu erlangen. Jedenfalls ist durch die neuen Ereignisse die Rivalität der Mächte auf dem Balkan außerordentlich verschärft, die orientalische Frage brennend geworden, die Aussicht auf friedliche Entwickelung, die die türkische Umwälzung eröffnet hatte, sehr stark verringert.

Das deutsche Volk ist an diesen Vorgängen unmittelbar in keiner Weise interessiert. Keinem Vernünftigen kann es in Deutschland einfallen, auf türkischen Gebiete Eroberungen machen zu wollen und alles, was wir brauchen, ist eine gute Handelspolitik, eine tüchtige Vertretung unserer industriellen Interessen, die nur erreicht werden kann, wenn wir die neue Entwickelung in der Türkei aufrichtig unterstützen. Unser Interesse fordert ein freundschaftliches Verhältnis zu der Türkei. Um so bedauerlicher ist es, daß wir durch das Vorgehen unseres Bundesgenossen mitkompromittiert werden. Der Haß, den Oesterreich-Ungarn sich durch sein überstürztes Vorgehen zugezogen hat, wird, fürchten wir, auch auf Deutschland abfärben. Das reaktionäre Deutschland hat ohnehin bei den Jungtürken nicht allzuviel Sympathien. Daß die deutsche Diplomatie es nicht verstanden hat, Oesterreich-Ungarn von seinem übereilten, unentschuldbaren Vorgehen abzuhalten, ist wieder einmal eine schwere Unterlassungssünde unserer auswärtigen Politik.

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß eine kriegerische Verwickelung auf dem Balkan für den europäischen Frieden eine große Gefahr bedeutet. Wenn das jungtürkische Regime wirklich jene Kraft und jene Einsicht besitzt, die sein bisheriges Vorgehen gezeigt hat, so wird es alles daran setzen müssen, den Frieden zu erhalten. Was sich jetzt vollzogen hat, ist schließlich nur die Liquidation der Schuldenlast des alten Absolutismus. An den tatsächlichen Machtverhältnissen aber hat sich nichts geändert. Die Türken haben nichts verloren, was nicht längst verloren war und was noch zu halten gewesen wäre. Sie dürfen nicht wegen des staatsrechtlichen Scheins die Wirklichkeit der freiheitlichen Entwickelung ihres Volkes aufs Spiel setzen. Die Lebensinteressen des türkischen Volkes verlangen ebenso wie die Europas die Erhaltung des Friedens.

* * *

Die Balkankrise.

Die Stimmung in Bulgarien.

Sofia, 5. Oktober. (W. T. B.) Die Nachricht von der Proklamierung Bulgariens zum Königreich wurde sowohl in der Hauptstadt wie in der Provinz mit großer Begeisterung aufgenommen. Ueberall herrscht lebhafte Bewegung. Die Verwaltungsbehörden trafen Maßregeln, um das Ereignis festlich zu begehen. Die Städte sind beflaggt. Morgen werden im ganzen Lande Gottesdienste abgehalten. Auf dem Truppenübungsplatz bei Sofia wird morgen Parade der gesamten Garnison stattfinden, ebenso werden auch in der Provinz Truppenparaden abgehalten werden. Nach Tirnowo gehen unausgesetzt zahllose Glückwunschdepeschen ab. Alle Bureaus sind heute geschlossen, der Unterricht in den Schulen fällt für drei Tage aus.

Die Stellung Englands.

London, 5. Oktober. Die englische Regierung ist von der österreichisch-ungarischen Regierung über die Absichten des Kaisers betreffend Bosnien und Herzegowina in Kenntnis gesetzt worden. Der Minister des Auswärtigen Grey ist in London eingetroffen. Die amtlichen und diplomatischen Kreise Londons gaben deutlich ihr Mißfallen über die Vorgänge zu erkennen. Dem Vernehmen nach ist die russische Regierung bereit, sich allen friedlichen Schritten anzuschließen, welche die Mächte zur Verhütung des Ausbruchs eines Krieges im östlichen Europa unternehmen werden.

Eine neue Konferenz?

Paris, 5. Oktober. Der „Temps" spricht die Ansicht aus, daß die Ereignisse im Orient, insbesondere die Proklamation der Unabhängigkeit Bulgariens den Kabinetten von Paris, London und Petersburg die Pflicht auferlegen, Europa daran zu erinnern, daß der Berliner Vertrag nicht zerrissen, sondern nur rektifiziert werden könne. Für die Rektifikation sei das Einvernehmen aller Mächte notwendig, das nur durch die Einberufung eines Kongresses erzielt werden könne, auf dem alle Mächte offen die Gründe ihrer Haltung darlegen müßten. Man sei um viel geringerer Dinge willen nach Algeciras gegangen.

Der türkische Kriegsrat einberufen.

Konstantinopel, 5. Oktober. Für heute mittag ist der außerordentliche Kriegsrat einberufen worden.

Konstantinopel, 5. Oktober. In bezug auf die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens wird vom Jungtürkischen Komitee mitgeteilt, daß die Lage eine äußerst schwierige ist. Einerseits ist es der türkischen Regierung unmöglich, weiterhin in ihrer abwartenden Haltung zu verbleiben, ohne den Unwillen der Bevölkerung und der Armee zu provozieren. Die türkische Regierung ist nicht ohne ernste Besorgnis bezüglich der Militärbereitschaft, angesichts der seit Jahren andauernden Vernachlässigung der Armee, welche in den letzten Jahren keinerlei Manöver und Artillerieschießübungen vorgenommen hat. Eine Offensive Bulgariens würde jedenfalls vorläufig mit Erfolg gekrönt sein und ein Vorgehen der bulgarischen Truppen in Adrianopel wäre schwer zu verhindern. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß im Falle des Ausbruches eines Krieges das erste Opfer der Sultan werden wird, der wegen der militärischen Vernachlässigung der türkischen Armee verantwortlich gemacht wird. Man befürchtet andererseits in Konstantinopel, daß Mazedonien der Kriegsschauplatz werden wird. Man hofft trotzdem, daß sich ein Ausweg finde, um einen Krieg zu meiden. —

Truppensendungen.

Konstantinopel, 5. Oktober. (Meldung des k. k. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Seit gestern herrscht hier infolge der Nachrichten über die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens sowie infolge von Kriegsgerüchten eine beunruhigte Stimmung, an der Börse ist dadurch ein starkes Weichen der Kurse herbeigeführt worden.

Die alarmierende Meldung eines Wiener Blattes, daß am 1. Oktober je 19 Batterien und je 24 Waggons Munition nach Adrianopel und Saloniki abgegangen seien, ist unrichtig. Bisher sind nur 2 Waggons mit 2 Batterien Schnellfeuergeschützen nach Adrianopel abgegangen. Weitere Geschütz- und Munitionssendungen werden von morgen ab jeden Tag abgehen. Es handelt sich um die Vollendung der Neubewaffnung der beiden Korpsbereiche mit Schnellfeuergeschützen.

Die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs

fand am Sonnabend und Sonntag, den 3. und 4. Oktober, in Stuttgart statt. Vom Vorstand der badischen Landesorganisation war Genosse Linz-Mannheim, als Vertreter der bayerischen Landesorganisation Genosse Nimmerfall erschienen. Der Parteivorstand hatte den Genossen Ebert gesandt. Nimmerfall und Linz betonten in ihren Begrüßungsansprachen die vielfachen gemeinsamen Interessen der süddeutschen Organisationen. Genosse Ebert-Berlin führte aus, er hoffe, daß die Verhandlungen mit dazu beitragen werden, die Geschlossenheit der Gesamtpartei (Beifall), von der die württembergische Organisation ein Glied ist, gefördert und daß das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Nord und Süd in der deutschen Sozialdemokratie gestärkt werde. Er hoffe, daß sämt-

liche württembergischen Genossen ihr Teil dazu beitragen werden, die Einmütigkeit, Geschlossenheit und Schlagfertigkeit der Gesamtpartei zu fördern. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Den Bericht des Landesvorstandes erstattete Kowald, den Kassenbericht Wasner, den Pressebericht Behr-Stuttgart, den Bericht des Landesausschusses Bauer-Stuttgart. Wir haben alle wichtigen Angaben bereits gebracht. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Das Projekt der Gründung einer eigenen Druckerei für die „Schwäbische Tagwacht" wurde einer Kommission überwiesen. Es wurde sodann noch in die Beratung einiger Anträge eingetreten. Angenommen wurde unter anderem ein Antrag, wonach die Landesversammlung wünscht, daß bei allen Fragen sozialpolitischer Natur eine Verständigung zwischen den Vertretern der politischen und gewerkschaftlichen Organisation erfolge. Ueber die Art und Form, in welcher dies geschehen kann, sollen die Beteiligten sich selbst verständigen.

Am Sonntag wurde in geschlossener Sitzung das vom Landesvorstand und Landesausschuß vorgelegte Projekt der Gründung einer eigenen „Tagwacht"-Druckerei mit fast allen Stimmen gutgeheißen. Die Gesamtsumme, die zur Gründung nötig ist, beziffert sich auf rund 400 000 M. Man hofft, daß im Herbst kommenden Jahres die Druckerei bereits im Betrieb ist.

Die Beratung des neuen Statuts der Landesorganisation nahm geraume Zeit in Anspruch. Von den sonstigen Anträgen ist besonders zu erwähnen ein Antrag Kinkel-Göppingen, der dem Sinne nach besagt:

„Die Landesversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitags in Nürnberg einverstanden. Sie erwartet von jedem Parteigenossen, daß er für ihre Durchführung Sorge trägt."

Der Antragsteller begründete seinen Antrag unter anderem damit, daß die Landesversammlung zu der eigentlich selbstverständlichen Sache sich äußern müsse, da versucht worden sei, das Schweigen der Landesversammlung zur vorjährigen Budgetzustimmung als Zustimmung der Landesversammlung zur Haltung der Fraktion zu deuten. Deshalb sei es notwendig, daß die Landesversammlung klar ausspreche, daß sie mit den Beschlüssen des Parteitags einverstanden sei.

Landtagsabgeordneter Genosse Keil meint, es sei sonst nicht üblich gewesen, daß sich die Landesversammlung nochmals mit Parteitagsbeschlüssen befasse, und zwar um deswillen nicht, weil diese Beschlüsse ganz selbstverständlich für die Gesamtpartei gefaßt werden und Geltung haben. Das sei so selbstverständlich, daß er bitte, nicht mehr eine lange Budgetdebatte heraufzubeschwören, sondern über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Westmeyer: Soweit er den Antrag Kinkel verstanden habe, bezwecke er gar nicht, eine Budgetdebatte heraufzubeschwören. Die Budgetfrage sei erledigt durch den Parteitagsbeschluß in Nürnberg, der für jeden Genossen bindend sei. Nachdem nun Genosse Keil rückhaltlos anerkannt habe, daß die Parteitagsbeschlüsse für jeden Genossen bindend seien, bestehe kein Anlaß mehr, die Resolution zur Abstimmung zu bringen.

Der Antragsteller erklärte nach den Ausführungen Keils gleichfalls, daß nun kein Anlaß mehr vorliege, den Antrag zur Abstimmung zu bringen. Er ziehe ihn deshalb zurück.

Genosse Keil: Er betone nochmals, daß er gesagt habe, daß der Parteitagsbeschluß des Nürnberger Parteitages wie alle anderen Parteitagsbeschlüsse auch für die Gesamtpartei gefaßt ist.

Nach einem kräftigen Schlußwort des Genossen Dietz, der die Einigkeit der württembergischen Sozialdemokratie mit der Gesamtpartei Deutschlands betonte, wurde die Landesversammlung unter dem Gesange der Marseillaise geschlossen.

Von der sterbenden Demokratie.

In Tübingen waren sie am Sonnabend und Sonntag zum Parteitag versammelt, die Führer der süddeutschen sogenannten Demokratie und haben darüber verhandelt, ob sie noch im Block bleiben können. Und sie entschlossen sich, vorläufig zu bleiben. Allerdings mit einer Rechtsverwahrung. Aber bleiben werden sie.

Herr v. Payer, der geadelte württembergische Demokrat, hat die Linie gezeichnet, die ihre Richtschnur sein soll. Im April hielt er im Reichstag die Rede, die den Prinzipienverrat des Liberalismus beim Vereinsgesetz rechtfertigen sollte. Am Sonntag hat er im voraus den bevorstehenden Prinzipienverrat seiner Partei bei der Reichsfinanzreform zu decken gesucht. Er referierte über die politische Lage im Reich und sagte u. a.:

„. . . Nun kam das Reichsvereinsgesetz. Selten ist ein Gesetz von der Parteien Haß so entstellt und einer so unsachlichen Behandlung unterzogen worden wie diese Vorlage. Gewiß, der Entwurf bleibt weit zurück hinter dem, was uns Demokraten als Ideal eines Vereins- und Versammlungsgesetzes vorschwebt, auch hinter dem, was in einigen glücklichen Staaten bereits in Geltung war. Aber ebenso gewiß bedeutet doch schon die Einigung gegenüber dem rechtlichen Zustand in neun Zehntel des Deutschen Reiches einen außerordentlichen Fortschritt. (Lebhafter Beifall.) . . . Es besteht ja überhaupt gegenüber den Vorlagen der Regierung seit Bestehen des Blocks eine Voreingenommenheit, trotzdem das Gegenteil in vielen Fällen angebracht wäre. Man verwirft den Gesetzentwurf nur, weil er mit dem Block in irgendeinem Zusammenhang steht. So ähnlich macht man es jetzt mit dem veröffentlichten Entwurf der Strafprozeßordnung. Wieviel Jahre haben wir im Reichstage um diese Reform gekämpft, wieviel Resolutionen haben wir angenommen. Auch dieser Entwurf bleibt ja zweifellos vielfach hinter dem zurück, was wir fordern müssen, aber er bringt doch ungezählte Verbesserungen von teilweise sehr erheblicher Tragweite und bedeutet tatsächlich einen Fortschritt, den hervorgerufen zu haben der Liberalismus sich rühmen kann. . . .

Im preußischen Abgeordnetenhause hatten die Freisinnigen wegen der Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen interpelliert. Der Reichskanzler hatte in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident darauf eine Erklärung verlesen, die — das kann ich wohl sagen — den Funken ins Pulverfaß brachte, und die so wenig liberalen Geist trug und in der Form so ungeschickt war, daß die Mitwirkung der Liberalen an der Blockpolitik eine Zeitlang tatsächlich sehr ernstlich gefährdet war. Es bedurfte großer Besonnenheit, um die Gemüter wieder zu beruhigen. . . . Vor die Frage gestellt, ob wir von der Volkspartei den Block zerschlagen sollten, mußten wir uns sagen, daß wir dem preußischen Ministerium kaum zumuten konnten, zu Ehren unserer Anschauungen die der preußischen Volksvertretung, die das Abgeordnetenhaus nun doch einmal ist, zu ignorieren. Wir würden es uns ja auch sehr verbitten, wenn die Reichsregierung es wagen würde, in unsere süddeutschen Verhältnisse dreinzureden. So sind wir im Block geblieben, und ich glaube, wir hätten damals einen Fehler gemacht, wenn wir anders gehandelt hätten. . . . Wenn es eine preußische Polenpolitik heute gibt, so sind sicher an ihr die Polen nicht unschuldig. Ueberhaupt müssen wir uns abgewöhnen, heute noch in den Polen die verklärten Märtyrer und Freiheitskämpfer zu sehen, wie unsere Väter es Mitte des vorigen Jahrhunderts tun konnten. Die Zeiten ändern sich. Wir sollten mit der Zustimmung zum Vereinsgesetz gegen das Programm verstoßen haben! Wenn das richtig wäre, wäre es etwa so unerhörtes? Wir haben in Süddeutschland in den Verfassungskämpfen, trotzdem wir nach unserem Parteiprogramm die Erste Kammer abschaffen wollen, mit dieser Ersten Kammer gearbeitet und ihr sogar Rechte eingeräumt. . . .

. . . Nun zu der Frage, welche Steuern sollen bewilligt werden? Unser Programm hofft eine Herabsetzung der indirekten Steuern durch eine einheitliche direkte Vermögens-, Erbschaftssteuer mit progressiver Steigerung. Das Ziel ist erstrebenswert, aber ist heute noch nicht durchführbar. Deshalb müssen wir für eine möglichst gerechte Verteilung der Steuern sorgen. Die Nachlaßsteuer ist ein Erfolg der Linksliberalen, denn die Regierung muß sich sagen, daß wir ohne diese Steuer überhaupt nicht mitarbeiten würden. (Sehr richtig!) Auf den Ausbau dieser Nachlaßsteuer müssen wir bedacht sein, ehe es zu einer Reichseinkommensteuer kommt. Dagegen ließe sich über eine Reichsvermögenssteuer sprechen. Wir sind im Block, weil bei einer konservativ-liberalen Paarung selbstverständlich auch den liberalen Forderungen Rechnung getragen werden muß. Will man ehrlich sein, muß man auch gestehen, daß dies eine Zeitlang der Fall gewesen ist. Jetzt scheint allerdings ein anderer Wind zu wehen. Hat der Reichskanzler nicht soviel Macht über den preußischen Ministerpräsidenten, daß er verhindern kann, daß in Preußen Männer, die dieselbe Gesinnung haben wie wir, wegen dieser Gesinnung malträtiert werden? Kann er das nicht verhindern, so wird er auch nicht erwarten, daß wir ihn anders beurteilen als nach dieser seiner Haltung. (Stürmischer Beifall.) **Wir werden im Reichstage ruhig die Weiterentwickelung der Dinge abwarten, und werden uns in dem Augenblick zurückziehen, wenn wir finden, daß das weitere Verbleiben der Partei im Block unserer Sache nicht nützen, sondern schaden würde. . . ."**

Den Standpunkt der Blockgegner vertrat der Korreferent badischer Landtagsabgeordneter Muser. Er fand des öfteren lebhaften Beifall, der aber bezeichnenderweise auch Herrn Payer nicht versagt blieb. In der Diskussion traten Quidde und Veneday auf die Seite Musers, während Abgeordneter Haußmann, der gegen den Sprachenparagraphen gestimmt hat, erklärte, daß er die Haltung seiner Fraktionskollegen verstehe. In der Beurteilung der politischen Situation stehe er völlig auf dem Standpunkt Payers, wie überhaupt 99 Prozent der württembergischen Partei.

Als Vertreter der freisinnigen Volkspartei war Herr Wiemer anwesend, der Herrn Payer gegen Muser zu Hilfe eilte. Er erklärte:

„Die Rede des Abgeordneten Payer vom 4. April war eine Rede, die er als Vertreter der gesamten Fraktionsgemeinschaft gesprochen hat. Für meine Freunde von der Freisinnigen Volkspartei spreche ich rückhaltlos aus, daß wir ihm für diese ausgezeichnete Rede wie für seine erfolgreiche und geschickte Vertretung in der Vereinsgesetzkommission zu aufrichtigem Dank uns verpflichtet fühlen. (Stürmischer Beifall.) Was mich auf die Tribüne geführt hat, ist der Wunsch, zum Ausdruck zu bringen, daß ich mit den Ausführungen Payers in vollem Umfange einverstanden bin. Die Resolution zur Reichsfinanzreform entspricht durchaus der Auffassung meiner politischen Freunde. Aber auch wir sind bereit, mitzuarbeiten, und auch wir meinen, daß die Aufforderung zur Sparsamkeit vorangestellt werden muß. Es ist von rechtsstehenden Kreisen der Versuch gemacht worden, eine Volksbewegung zugunsten der Reichsfinanzreform ins Leben zu rufen. Wir sind ersucht worden, die Einladungen mit zu unterzeichnen. Der geschäftsführende Ausschuß der Freisinnigen Volkspartei hat aber die Unterzeichnung abgelehnt, nicht, weil wir nicht mitarbeiten wollten, sondern weil wir freie Hand behalten wollten. Ich teile mit Payer die Hoffnung, daß es gelingen wird, auch bei den kommenden Kämpfen die Einigkeit innerhalb der linksliberalen Fraktion zu erhalten. (Lebhafter Beifall.)"

Im Schlußwort tat v. Payer die folgenden sehr bemerkenswerten Aeußerungen:

„Ein Grundfehler des Muserschen Referates sei es, daß es den Polenparagraphen immer nur losgelöst vom Vereinsgesetz betrachtet habe, während doch Vereinsgesetz und Polenparagraph untrennbar zusammengehören. Im übrigen wäre es leicht gewesen, diese Frage zu entscheiden, wenn die Polen wirklich das wären, als was Muser sie bezeichnete, nämlich deutsche Staatsbürger polnischer Nationalität. Sie wollten aber sein polnische Reichsangehörige mit deutschem Besitz." (Lebhafte Zustimmung.)

Zum Schluß wurden die beiden folgenden Resolutionen angenommen:

„Der Parteitag der Deutschen Volkspartei verkennt nicht, daß eine gründliche Reform unseres durch langjährige Mißwirtschaft vollständig verwirrten Reichsfinanzwesens nicht länger verschoben werden kann und daß zu deren Durchführung die allmähliche Abtragung unserer übermäßig angewachsenen Reichsschulden und weitere Steuermittel in beträchtlichem Umfange erforderlich sind. Die Deutsche Volkspartei weiß sich frei von der Verantwortung für die Mißwirtschaft, vor der sie rechtzeitig gewarnt hat, sie kann es auch nicht als ihre Aufgabe betrachten, politischer oder wirtschaftlicher Reaktion die Mittel zur Herrschaft zu liefern. Dennoch hält der Parteitag es für richtig, wenn die Reichstagsabgeordneten der Partei sich zu ernster Mitarbeit bei der Reform bereit erklären. Dagegen muß der Parteitag schon jetzt erklären, daß der veröffentlichte Reformplan des Reichsschatzamtes, von allen Einzelheiten abgesehen, im ganzen Aufbau geradezu unverständliche Mängel zeigt. Derselbe läßt, obwohl auch dem Deutschen Reich nur eine rücksichtslos durchgeführte strenge Sparsamkeit, die aus volkswirtschaftlichen Gründen unerläßlich ist, zu einer wirklichen Gesundung seiner Finanzen verhelfen kann, bei Abmessung der für jetzt wie der für später aufzubringenden Beträge diesen Gesichtspunkt vollständig außer Acht. Er droht, das Ausgabebewilligungsrecht des Reichstages tatsächlich außer Kraft zu setzen und trägt dem berechtigten Begehren, daß eine nicht zu vermeidende stärkere Heranziehung der Verbrauchssteuern durch entsprechende Belastung von Einkommen oder Besitz ausgeglichen werden müsse, nur ganz unvollständig Rechnung. Ohne eine gründliche Umarbeitung der Reformpläne in diesen Richtungen könnte der Parteitag ihre Durchführung von vornherein nur für wirtschaftlich und politisch gefährlich erachten."

•

„Der Parteitag bedauert, daß der verantwortliche Staatsmann im Reiche entgegen den von ihm erweckten Erwartungen nicht einmal die politische Gleichberechtigung liberaler Anschauungen zur Geltung zu bringen vermochte und daß er nicht imstande war, die politische Verfolgung freisinniger Beamten durch die Verwaltung des Bundesstaates, dessen Ministerpräsident er ist, hintanzuhalten und daß er eine dem deutschen Rechtsbewußtsein entsprechende Reform des preußischen Wahlrechts, ja sogar den Schutz der preußischen Wähler durch die Einführung des Wahlgeheimnisses abgelehnt hat. Der Parteitag ist einmütig der Ueberzeugung, daß die Fortsetzung einer derartigen antiliberalen Regierungspolitik im Reich und in dem führenden Bundesstaat die Voraussetzung der Mitwirkung der Deutschen Volkspartei naturgemäß beseitigen muß."

So hat denn dieser Parteitag aufs neue den Beweis geliefert, daß den Parlamentariern in ihrem Verrat an allen Prinzipien der Demokratie ihre Partei getreulich nachfolgt. Die paar wirklichen Demokraten werden zwar noch angehört, man zollt ihnen sogar Beifall, aber irgendein Einfluß auf die Haltung der Partei wird ihnen nicht eingeräumt. Das einzige, was dieser Parteitag lehrt, ist nur das eine: Wenn man einmal anfängt, seine Grundsätze zu verraten, dann gibt es kein Halten mehr. So bleibt es denn bei der Parole der freisinnigen Blockpolitik: Es wird weiter verraten.

Preußischer Städtetag.

In Königsberg ist Montag mittag der 6. preußische Städtetag zu dem Delegierte der städtischen Verwaltungsorgane und der Stadtverbände aus allen Teilen Preußens sich versammelt haben, zusammengetreten. Da die diesjährige Tagung in erster Linie dem Gedenken der hundertjährigen Wiederkehr des 1808 in Königsberg erfolgten Erlasses der ersten preußischen Städteordnung gewidmet ist, so war die Eröffnungssitzung im Rahmen eines besonders festlichen Aktes gehalten. Oberbürgermeister Kirschner-Berlin, als Vorsitzender eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der auf die Bedeutung dieses Tages für die Entwickelung des preußischen Städtewesens hinwies. Dies gäbe auch besonderen Anlaß, bei Beginn der Tagung „unseres preußischen Vaterlandes und unseres preußischen Königshauses zu gedenken".

Zum Schluß seiner Rede verlas Herr Kirschner eine Depesche Wilhelms II., die nichts Bemerkenswertes enthält. Als charakteristisch für die Auffassung des Königs von Preußen kommen höchstenfalls folgende Sätze des Telegramms in Betracht:

„Die Städteordnung von 1808 lenkt den Blick auf die Zeit schwerster Prüfungen des Vaterlandes. Wenn damals mein hochseliger Urgroßvater König Friedrich Wilhelm III. durch die Erteilung der Sanktion zu diesem Werke des großen Freiherrn von Stein der Verfassung der preußischen Städte die neue Grundlage der Selbstverwaltung gab, so bedeutete dies einen Aufruf der Bürger zur verantwortlichen Mitarbeit an den städtischen Angelegenheiten und damit zur Mithilfe an der Erhebung des Vaterlandes. Wie die gewaltigen Erfolge städtischer Selbstverwaltung in dem verflossenen Jahrhundert erwiesen, hat sich der preußische Bürgerstand dieser Aufgabe gewachsen, dieses Vertrauens würdig gezeigt."

Darauf hielt Oberbürgermeister Koerte-Königsberg eine Begrüßungsrede und dann ergriff der Minister v. Moltke das Wort, der über die ethische Mission der Selbstverwaltung und den Riesenschritt der preußischen Kultur sprach und folgendermaßen endete:

„Neue Aufgaben der sozialen Kommunalpolitik wurden von den Städten opferwillig übernommen, in dem Pflichtgefühl, zur geistigen und wirtschaftlichen Hebung der minderbemittelten Bevölkerung beizutragen. Je mehr die städtische Bevölkerung wächst, um so dringender pocht an die Tür die Forderung der Wohnungsfürsorge. Wir können von den Kommunen erwarten, daß sie mit bewährter Tüchtigkeit an die endgültige Lösung dieser Aufgabe herantreten werden. Arbeit im Dienste der Stadt wird stets auch im Dienste des Vaterlandes sein. Das sprach vorhin der Vorsitzende feierlich aus. In hoher Genugtuung über diesen Geist, der den Städtetag bewegt, bitte ich Sie, in preußischer Gewissenhaftigkeit die großen Aufgaben des gemeinsamen Wohls sozialer Hilfe ihrer Lösung näherzuführen, frischen Wagemuts, dann wird Ihrer Arbeit der Segen nicht fehlen."

Darauf hielt Professor Dr. Preuß (Berlin) einen Vortrag über „die Entwickelung der Verfassung der preußischen Städte seit dem Erlaß der Städteordnung von 1808", und Oberbürgermeister Dr. Rive (Halle) redete über „die Entwickelung der Verwaltung der preußischen Städte seit 1808".

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Oktober 1908.

„Sozialdemokratische Mißwirtschaft".

In den ersten Monaten dieses Jahres durchliefen die gesamte mittlere bürgerliche Presse Nachrichten, wonach in Offenbach am Main „sozialdemokratische Verwaltungsbeamten und Stadträte" wegen großer Unterschleife verhaftet und in Untersuchungshaft abgeführt seien. In ganz Deutschland wurde Offenbach als das Muster „sozialdemokratischer Mißwirtschaft" bezeichnet. Mit der „Mißwirtschaft" hatte es allerdings seine Richtigkeit, nur daß sie unter dem Sozialistenfresser Oberbürgermeister Brink eingerissen war. Auch Verhaftungen waren erfolgt: die Verhafteten waren ohne Ausnahme hurrapatriotische städtische Beamte. Unter dem „System Brink" war ein ganzes Diebesnest gezüchtet worden. — Bei den Ersatzwahlen für das Stadtverordnetenkollegium im November vorigen Jahres unterlagen die Sozialdemokraten. Die bürgerliche „Siegesfeier" begossen ein Rudel städtischer Beamte mit Champagner. Doch folgte auf den Rausch nur zu bald der Katzenjammer. Die Oberrechnungskammer Darmstadt revidierte Kasse und Bücher des Stadtrechners Grebel sen. Ein Sohn des alten Grebel war nämlich an der Kasse seines Vaters Oberbuchhalter und man hatte bei diesem einen Fehlbetrag von 18 000 M. entdeckt, der sich „in einem alten Jackett" fand. Hierdurch stutzig geworden, wurde der alte Grebe, der niemals Urlaub genommen hatte, zwangsweise in die Ferien geschickt. Es ergab sich, daß ein Betrag von 47 000 M. Zinskupons, die schon in Ausgabe gestellt und verbucht waren, wieder als Kassenbestand figurierten. Am 21. Februar d. J. wurden Grebe Vater und Sohn verhaftet und eine Generalrevision sämtlicher Kassen vorgenommen. Hierbei ergab sich eine schauderhafte Mißwirtschaft. Die jahrzehntelange Vetternwirtschaft und Inzucht städtischer Beamter unter Oberbürgermeister Brink hatte Zustände gezeitigt, die jeder Beschreibung spotteten. Große Beträge von Straßenbaukosten waren lange Jahre hindurch nicht verbucht worden. Eine Kontrolle hatte so gut wie nicht stattgefunden. Städtische Kassen wurden ungeniert als General-Darlehnskassen für geldbedürftige städtische Beamten angesehen. Jeder nahm, wo was war. Nachdem die Eintragungen zu den Straßenbaukosten nachgetragen, fehlten 14 780 M. in dieser Kasse, sodaß die Stadt um insgesamt 79 780 M. geschädigt ist.

Im Laufe der Zeit wurden in Untersuchungshaft abgeführt und wegen Diebstahls, Unterschlagung usw. verurteilt: Amberg, Schreibgehilfe bei Grebe jun. zu 1¼ Jahren Gefängnis; Müller, Gehilfe am Stadtbauamt erhielt sechs Monate; Dammel, Buchhalter der Stadtkasse, saß fünf Monate in Untersuchungshaft, wurde dann freigelassen, doch geht die Untersuchung gegen ihn weiter; Gödecke, Hilfskassierer am Schlachthof, wurde mangels ausreichender Beweise freigesprochen; Oberbuchhalter Adolf Grebe saß sechs Monate in Untersuchungshaft, das Verfahren wurde mangels ausreichender Beweise eingestellt, trotz dringenden Verdachtes, daß er Unterschlagungen und Buchfälschungen vorgenommen habe.

Der alte Grebe wurde am 2. Oktober vor dem Schwurgericht Darmstadt abgeurteilt. Die Anklage lautete auf Unterschlagung und Fälschung. Er war der Sohn des früheren Stadtrechners, hat sein Amt 1876 angetreten und seit 1883 oder 84 Veruntreuungen verübt. Er gibt an, 1891 seien ihm 10 000 M. auf unbekannte Weise abhanden gekommen, die er mit Hilfe eines Lotteriegewinnes wieder gedeckt habe. Ebenso seien ihm im Jahre 1905 50 000 M. verschwunden, wahrscheinlich gestohlen worden. Er habe hiervon allmählich 3000 Mark gedeckt, so daß noch ein Defizit von 47 000 Mark übrig bleibe. Die ganze Erklärung stellte sich alsbald als unwahr heraus. Der Angeklagte mußte sich notgedrungen zu einem Geständnis bequemen und gab schließlich zu, daß er im Laufe der Jahre allmählich und fortgesetzt kleinere oder größere Beträge aus der Kasse entnommen und für sich verbraucht

habe, besonders zur Deckung von Privatschulden (Hypothekenzinsen) und zur Bestreitung seines Haushalts. Er gestand ein, daß er zur Verschleierung des Defizits die Bücher seit Jahren unrichtig geführt habe, indem er fälschlich die Uebereinstimmung des Bücherabschlusses mit dem Kassenbestand bescheinigte.

Staatsanwalt und Verteidiger fällten in ihren Plaidoyers direkt vernichtende Urteile über die Wirtschaft auf dem Stadthause unter Oberbürgermeister Brink. Die Verwaltung habe einem Gebäude geglichen, in dem der Schwamm gewesen sei. Es werde nie möglich sein, alle Spitzbuben zu fassen, wie es auch nie möglich sein werde, die wirkliche Höhe veruntreuter Gelder festzustellen. Der alte Grebe wurde schließlich in Anbetracht der geschilderten, für ihn günstigen Umstände zu zwei Jahren neun Monaten Gefängnis verurteilt und ihm sieben Monate der Untersuchungshaft angerechnet.

Nun aber das schönste: Am Vorabend des Prozesses gegen Grebe sen. war Stadtverordnetensitzung. Der „freisinnige" Fabrikant und Stadtverordnete Feisimann beantragte, dem pensionierten Oberbürgermeister zu Ehren eine Straße Brinkstraße zu benennen und gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde der Antrag von den Bürgerlichen ohne Ausnahme angenommen!

So bewerten bürgerliche Stadtväter die „sozialdemokratische Mißwirtschaft" — eines der ihrigen. —

Phili geht, und nimmer kehrt er wieder!

Als jüngst gemeldet wurde, Fürst Eulenburg hätte sich in der Schweiz, am Bodensee, eine Villa gekauft, wurde diese Nachricht durch das Wolffsche Telegraphen-Bureau dementiert. Jetzt bringt eine Korrespondenz, die Beziehungen zu dem Fürsten Eulenburg unterhält, die Aufsehen erregende Meldung, Fürst Eulenburg werde sich nach Weihnachten zur „Nachkur" nach Abbazia und von dort nach Wildbad Gastein begeben. Man glaube damit jedem Gedanken an eine beabsichtigte Flucht des Fürsten aus dem Wege zu gehen, da zwischen den beiden Bundesstaaten Deutschland und Oesterreich ein gerichtliches Gegenseitigkeitsverfahren seit langem eingeführt ist. Auf diese Weise würden die deutschen Behörden jederzeit in der Lage sein, den Aufenthalt des angeklagten Fürsten und seine Bewegungsfreiheit, wie es wünschenswert sei, zu kontrollieren.

Der Zustand des Fürsten muß sich demnach in den letzten Tagen weiter im Galopptempo gebessert haben. Daraus darf indes nicht geschlossen werden, daß dieses gute Befinden anhält. Sollte eine Wiederaufnahme der Untersuchungshaft in Aussicht genommen werden, wird sich der Gesundheitszustand des Fürsten ebenso schnell wieder verschlechtern, wie er sich in den letzten Tagen gebessert hat. Das liegt nun einmal so in der Natur gewisser fürstlicher Leiden. —

Eine neue Kandidatur Posadowsky.

Das Zentrum revanchiert sich. Bekanntlich forderten, als durch den Tod des Genossen Ehrhart im Reichstagswahlkreis Speyer-Ludwigshafen eine Ersatzwahl nötig wurde, die Liberalen und Konservativen, daß die sogenannten Ordnungsparteien gemeinsam den Grafen Posadowsky als Kandidaten aufstellen sollten. Die Zentrumspartei des betreffenden Wahlkreises aber weigerte sich, mitzumachen; wofür sie von den Liberalen als eigensüchtig, kulturfeindlich, international usw. angeklagt wurde. Jetzt dreht die Zentrumspartei den Spieß um. Im Wahlkreise Bingen-Alzey ist ebenfalls eine Ersatzwahl nötig, da der wildliberale Abgeordnete Köller wegen schwerer Erkrankung sein Mandat zum Reichstag niederlegen will. Als sein Nachfolger wird in der Zentrumspresse nun Graf Posadowsky empfohlen. Bei der letzten Wahl wurden dort abgegeben 6586 liberale Stimmen, 6285 freisinnige, 3011 für das offizielle Zentrum, 2669 für einen Zentrums-Außenseiter und 1919 sozialdemokratische Stimmen. In der Stichwahl siegte der Wildliberale mit 11 841 gegen 9031 Stimmen, die auf den Freisinnigen entfielen. Das Zentrum mutet jetzt den Liberalen zu, dem Grafen Posadowsky einen Sitz einzuräumen. Doch nun erklärt die liberale Presse, daß daran gar nicht zu denken sei und zwar deshalb nicht, weil das Zentrum gegen eine Kandidatur Posadowskys im Wahlkreis Ludwigshafen-Speyer gewesen ist.

Es ist ein ulkiges Spiel, das mit dem Grafen Posadowsky getrieben wird. Keine der bürgerlichen Parteien will ihm ein Mandat überlassen, das bislang zu ihrem eigenen Besitzstand gehörte; nur auf Kosten einer der anderen Parteien möchte man ihn in den Reichstag einziehen sehen. So wird er draußen bleiben. —

Vom sächsischen Wahlrechtshandel.

Der unerhörte Zustand, daß in Sachsen Nationalliberale und Konservative nur deshalb über ein neues Wahlrecht nicht einig werden, weil sie nicht wissen, wie sie sich gegenseitig den Besitzstand garantieren können, ist in ein neues Stadium getreten. — Der nationalliberale Abgeordnete Hettner hat nun einen neuen Entwurf über die Wahlkreiseinteilung ausgearbeitet, der sich nach dem Berichte der bürgerlichen Presse auf folgende „Prinzipien" stützt:

1. Großstädte bilden abgeschlossene Kreise, nur solche Vorstädte werden mit ihnen verbunden, die mit ihnen im engsten wirtschaftlichen Zusammenhang stehen.
2. Mittelstädte sollen zu einem Wahlkreis zusammengelegt werden, wenn sie ihrer wirtschaftlichen Eigenart wie ihrer Lage nach zusammen gehören.
3. Unter Anlehnung an die Verwaltungs- und Gerichtsbezirke sind die industriellen und landwirtschaftlichen Kreise möglichst auseinanderzuhalten.
4. Es soll eine gewisse Gleichheit der Wählerzahl innerhalb der Kreise festgehalten werden; die Spannung soll möglichst nicht mehr als 10 Proz. betragen.
5. In der trotz dieser Grundsätze sich weiterhin noch ergebenden Ungleichheit der Kreise würde die Forderung, die schwächeren zu berücksichtigen, dort anerkannt werden, wo bei räumlich ausgedehnten Kreisen die Wählerzahl eine geringere ist, also in vorwiegend landwirtschaftlichen Gegenden. —

Eine Geheimmittelsteuer.

Wie die „Magdeburgische Zeitung" zu melden weiß, sind an die zuständige Stelle Anregungen zu einer steuerlichen Erfassung der als „Geheimmittel" bezeichneten Patentmedizinen und Spezialitäten ergangen.

„Wenn sich trotzdem", meint das Blatt, „annehmen läßt, daß sich in dem Steuerbukett des Staatssekretärs Sydow eine derartige Steuer nicht befindet, so hat dies vielleicht seinen Grund darin, daß zurzeit eine Definition für den Begriff „Geheimmittel" noch nicht besteht. Wenn aber nach Verabschiedung des Kurpfuschereigesetzes die dort vorgesehene Kommission zur Prüfung von Arzneien und Geheimmitteln, welche dem Reichsgesundheitsamt angegliedert wird, in Tätigkeit getreten ist, dann dürfte die formelle Schwierigkeit der Definierung gehoben sein. Die Erwägungen über eine solche Steuer gehen von dem Gedanken aus, daß alljährlich ganz bedeutende Summen in steigendem Maße für Geheimmittel, deren Preis mit ihrem Werte in gar keinem Verhältnis steht, ausgegeben werden. Der vor zehn Jahren statistisch festgestellte Umsatz derartiger Artikel von 30 Millionen Mark soll sich inzwischen verdreifacht haben. England und Japan ziehen aus der Geheimmittelsteuer, das heißt aus einer Besteuerung aller Patentmedizinen, die in den Handel gebracht werden, sehr erhebliche Einnahmen, die sich in England auf 7 Millionen jährlich gesteigert haben. Ein Vorschlag für die deutsche Besteuerung geht dahin, alle Spezialitäten, die verpackt und gebrauchsfertig in den Handel kommen, zu besteuern, unabhängig davon, ob sie nur auf ärztliche Ordination oder auch ohne Rezept abgegeben werden dürfen."

Wir sind neugierig, welche neuen Steuerprojekte noch gemacht werden; ist es doch schon ein Kunststück, etwas Neues herauszufinden, was in Deutschland noch nicht besteuert wird oder besteuert werden soll. —

Erinnerungen an die letzte Reichstagswahl.

Vor dem Schöffengericht München I kam heute Montag unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrats Mayer die seit mehr als 1½ Jahren anhängige Beleidigungsklage des Land- und Reichstagsabgeordneten Dr. Franz Schädler in Bamberg gegen den jungliberalen Rechtsanwalt Karl Kohl in München zum Aufruf. Gelegentlich einer Erörterung der Agitation des liberalen Blocks hatte der Abg. Dr. Schädler in der achten Plenarsitzung des deutschen Reichstags vom Sonnabend, den 2. März, in bezug auf den liberalen Block gesagt, der Münchener Kandidat des Blocks, Rechtsanwalt Kohl, habe die katholische Kirche, deren Fronleichnamsprozession und deren höchstes, das heilige Altarssakrament, in der empörendsten Weise verunglimpft. Darauf schrieb Kohl an Dr. Schädler einen Brief, worin er die Behauptungen Schädlers als schamlose Lügen bezeichnete und ausführte, er habe bewiesen, daß ihm die Ehre eines Mitmenschen nichts gelte und daß ihn die Würde seines geistlichen Amtes nicht abhalte, andere zu verleumden, weshalb er (Kohl) gegen ihn den Vorwurf der Verleumdung erhebe. Als Dr. Schädler zunächst auf den Brief nicht reagierte, veröffentlichte Kohl den Brief in der „Memminger Zeitung" und den „Münchener N. Nachr." mit der Hinzufügung, daß er diesen Brief an den Reichs- und Landtagsabgeordneten Dr. Franz Schädler geschrieben habe, der Schänder seiner Ehre habe sich aber nicht gerührt. Er, Kohl, sei aber nicht gewillt, einem Reichstagsabgeordneten ein Privileg für Ehrabschneidung zuzuerkennen; Dr. Schädler handele eben nach dem Satze: „calumniare audacter, semper aliquid haeret".

Den Vorsitz in der Verhandlung führt Oberlandesgerichtsrat Mayer, Schädler wird vertreten durch den Reichstagsabgeordneten R. Mayer, der Beklagte Kohl wird durch Rechtsanwalt Dr. Bernheim verteidigt. — Auf Antrag Kohls wurde auch der Erzbischof von Bamberg Dr. Abert in Bad Jordau kommissarisch vernommen.

Peters-Prozeß. Dr. Karl Peters hat in seinem Beleidigungsprozeß gegen die „Münchener Post" die gegen das schöffengerichtliche Urteil eingelegte Berufung durch seinen Rechtsanwalt zurückziehen lassen. Der beklagte Redakteur, Genosse Gruber, wird dagegen seine Berufung aufrecht erhalten. Er hat durch seinen Rechtsbeistand Dr. Bernheim umfangreiches Beweismaterial für die Berufungsinstanz eingereicht. Der frühere Leutnant Bronsart von Schellendorff ist bereits durch den deutschen Konsul in Mombassa kommissarisch vernommen worden und soll für Peters sehr belastend ausgesagt haben.

Einberufung des preußischen Landtages. Durch Verordnung Wilhelms II. werden die beiden Häuser des Landtages, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, auf den 20. Oktober 1908 zusammenberufen.

Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 21. Mai 1908 beschlossen, der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika auf Grund ihrer vom Reichskanzler genehmigten Satzungen gemäß § 11 des Schutzgebietsgesetzes die Rechtsfähigkeit zu verleihen.

Oesterreich-Ungarn.

Eine blutige Demonstration.

Budapest, 5. Oktober. Gestern abend fanden Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht statt. Die Polizei wurde von der Menge mit zahlreichen Revolverschüssen empfangen. Das Pferd eines Polizisten wurde getötet. Die Polizisten machten von ihren Säbeln Gebrauch und verletzten sechs Personen schwer. 14 Personen wurden verhaftet und die übrigen Demonstranten zerstreut.

England.

Arbeitslosendemonstration.

London, 5. Oktober. Die Arbeitslosen veranstalteten gestern nachmittag auf dem Trafalgarsquare eine Kundgebung. Mehrere Redner hielten Ansprachen. Nach dem Meeting mußte die Polizei Gewalt anwenden, um die Kundgeber zu veranlassen, den Platz zu räumen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, darunter diejenige des Führers Grey.

Rußland.

Der Universitätsstreik.

Petersburg, 4. Oktober. Der Rektor der Petersburger Universität gibt heute in den hiesigen Zeitungen bekannt, daß die Vorlesungen und die praktischen Uebungen an der Universität auf Beschluß des Hochschulrats und auf Grund des Universitätsstatuts einstweilen eingestellt worden sind.

Türkei.

Abberufung der Reformoffiziere.

Konstantinopel, 5. Oktober. Der russische Botschafter Sinowjew überreichte der Pforte eine Kollektivnote aller Botschafter, welche besagt, die Regierungen beabsichtigen aus Beweggründen, die die Pforte schätzen werde, die Offiziere, die mit der Reorganisation der mazedonischen Gendarmerie betraut waren, auf unbestimmte Zeit zu beurlauben. Die Offiziere könnten unter den gegenwärtigen Verhältnissen als Instrukteure und Kontrollorgane nicht nützlich verwendet werden. Da sie aber durch Kontrakt gebunden seien, so frage man an, ob die Pforte gegen diese Maßregel nichts einzuwenden habe. Falls die Pforte den Vorschlag akzeptiere, bleibe nur übrig, gemeinschaftlich die Entschädigung zu regeln, die den beurlaubten Offizieren zu leisten sei. Diese letzte Klausel wurde besonders auf Verlangen Englands beigefügt, da die englischen Offiziere infolge der Beurlaubung außerhalb des Truppenverbandes stehen.

Marokko.

Ein neuer Zwischenfall.

Köln, 5. Oktober. (W. T. B.) Ein Telegramm der „Köln. Zeitung" aus Tanger meldet: Gestern hat sich ein neuer deutsch-französischer Zwischenfall in Rabat zugetragen. Der Bote der deutschen Post, Muhammed Filali, geriet in Streit mit den einem französischen Offizier unterstehenden Polizeitruppen. Als er verhaftet wurde und dem französischen kommandierenden Offizier vorgeführt werden sollte, kam es zu einer Schlägerei zwischen den Polizeitruppen und Marokkanern, wobei Muhammed Filali entwischte. Der französische Offizier verlangte vom deutschen Vizekonsul die Auslieferung des Postboten. Diese wurde verweigert, jedoch zugestanden, daß der betreffende Offizier, der Hauptmann Reimont, der Vernehmung des Postboten und der Zeugen beiwohnen könnte. Bei dieser Vernehmung haben sich über den tatsächlichen Hergang Abweichungen ergeben. Es ist zu hoffen, daß die weiteren Besprechungen zwischen dem deutschen Vizekonsul und dem französischen Polizeioffizier zu einer Beilegung des Zwischenfalles führen, der sich, soweit bisher ersichtlich, nur als eine Schlägerei zwischen Marokkanern und Polizeisoldaten darstellt.

Amerika.

Neue Enthüllungen.

New York, 4. Oktober. Der Vorsitzende des demokratischen nationalen Komitees teilte mit, daß er sich gegenwärtig mit der Prüfung einer sehr wichtigen Mitteilung beschäftige, wonach verschiedene hervorragende Mitglieder der republikanischen Partei, darunter Verwandte Tafts und Roosevelts, an dem Syndikat interessiert gewesen sein sollen, welches den Panamakanal für 40 Millionen Dollars an die Vereinigten Staaten verkaufte. Es heißt, die Vermittler hätten eine Summe von mehreren Millionen Dollars in dieser Angelegenheit verdient.

Soziales.

Der Steuerteufel geht um.

Zurzeit werden die Arbeitgeber von den Gemeindebehörden aufgefordert, die Einkommen der von ihnen beschäftigten Arbeiter anzugeben, damit nur ja auch jeder Pfennig des Arbeiters besteuert werden kann. Die Aufforderung in dieser Allgemeinheit widerspricht dem Gesetz. Die Arbeitgeber haben nur die Einkommen der von ihnen dauernd Beschäftigten anzugeben. In Betracht kommt § 23 Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes. Er lautet wörtlich: „Wer für die Zwecke seiner Haushaltung oder bei Ausübung seines Berufs oder Gewerbes andere Personen dauernd gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt, ist verpflichtet, über dies Einkommen, sofern es den Betrag von jährlich 3000 M. nicht übersteigt, dem Gemeinde (Guts-) vorstand seiner gewerblichen Niederlassung oder in Ermangelung einer solchen seines Wohnsitzes auf deren Verlangen binnen einer Frist von mindestens zwei Wochen Auskunft zu erteilen." Was der Gesetzgeber unter „dauernd" verstanden wissen will, hat er nicht gesagt, ist auch unseres Wissens bislang noch in keinem höchstgerichtlichen Urteil zum Ausdruck gelangt. In Anlehnung an die bis zum Jahre 1897 gültige Fassung des Lohnbeschlagnahmegesetzes würde man zutreffend darunter nur diejenigen Arbeiter usw. verstehen, die mindestens auf ein Jahr oder mit mindestens vierteljährlicher Kündigungsfrist angestellt sind. Allenfalls könnte man auf Grund des § 133 der Gewerbeordnung annehmen, daß dauernd beschäftigt sei, wem eine Kündigungsfrist von mindestens 6 Wochen zusteht. Man mag auch vielleicht in der Rechtsprechung so weit gehen können, daß man als dauernd angestellt (§ 124a der Gewerbeordnung) die Arbeiter betrachtet, die auf eine Zeit von mindestens 4 Wochen oder mit einer längeren als 14tägigen Kündigungsfrist angestellt sind. Für durchaus dem Wortlaut widersprechend erachten wir es aber, jeden Arbeiter als dauernd angestellt zu bezeichnen.

Wir halten demnach die Arbeitgeber nicht für verpflichtet, über das Einkommen von Arbeitern, auf deren Arbeitsverhältnis die oben angegebenen Voraussetzungen nicht zutreffen, Auskunft zu geben. Wünschenswert wäre es, daß ein Arbeitgeber die Auskunft sowohl dann ablehnt, wenn die Steuerbehörde ihm nicht angibt, was sie unter dauernd beschäftigt versteht, und ferner auch in allen Fällen, in denen der Arbeiter nicht nach Maßgabe des Arbeitsverhältnisses in dem oben dargelegten Sinne als dauernd Beschäftigter zu betrachten ist. Nur so wäre es möglich, eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Vielleicht genügt auch diese Aufforderung, die wir an alle Arbeitgeber richten; es abzulehnen, die Einkommen aller von ihnen beschäftigten Arbeiter der Gemeindebehörde mitzuteilen, vielmehr nur die Einkommen der Arbeiter anzugeben, die auf mindestens ein Jahr oder mit mehr als vierteljähriger Kündigungsfrist oder unter den oben angegebenen Bedingungen eingestellt sind. Nach § 110 des Strafgesetzbuchs macht sich strafbar, wer öffentlich zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen auffordert. Entspräche unsere Aufforderung nicht dem Gesetz, so wäre der Staatsanwalt ebenso berechtigt wie verpflichtet, uns in der in der Strafprozeßordnung vorgeschriebenen Höflichkeitsform zu einem Besuch des Gerichts einzuladen.

Zur ärztlichen Meldepflicht bei Tuberkulose.

Das Gesetz vom 28. August 1905 betreffend die Bekämpfung ansteckender Krankheiten, verlangt in seinem § 1 unter anderem die Anmeldung von Todesfällen an Tuberkulose. Nach § 2 ist in erster Linie der behandelnde Arzt zur Anzeige verpflichtet und § 35 bedroht mit Strafe den Verpflichteten, der innerhalb 24 Stunden nach Kenntnisnahme des Todesfalles die Meldung nicht besorgt hat. Wegen Verletzung dieser Meldepflicht war der Arzt Dr. Kretschmar in Rhino angeklagt worden. Der Sohn eines am 5. Januar 1908 verstorbenen Patienten des Angeklagten kam am 6. Januar, morgens 8½ Uhr, zu ihm und legte ihm den Leichenschauschein vor. Der Arzt schrieb als Todesursache Lungenschwindsucht hinein und bat den 18jährigen jungen Mann, statt seiner dem Bürgermeister als Polizeiverwalter diesen Todesfall an Tuberkulose zu melden. Der Sohn des Verstorbenen besorgte verschiedene Gänge, so zum Beispiel holte er Sterbegeld. Er kam an dem Tage nicht zum Bürgermeister, sondern erst am 7. Januar um 9½ Uhr. Zu dieser Zeit waren seit der Kenntnisnahme des Arztes vom Todesfalle mehr als vierundzwanzig Stunden verflossen. — Der angeklagte Arzt wurde in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Kammergericht verwarf die Revision mit folgender Begründung: Es könne dahingestellt bleiben, ob die Ansicht der Vorinstanz zutreffend sei, daß der Verpflichtete stets persönlich, ob schriftlich oder mündlich, die Anzeige zu bewirken habe. Jedenfalls werde seine Verurteilung schon durch eine andere Feststellung der Strafkammer in Fulda getragen, nämlich durch die, daß er schuldhafterweise einen ungeeigneten Boten zur Ueberlieferung der Meldung gewählt habe. Er hätte sich sagen müssen, daß der achtzehnjährige junge Mensch, der den Vater verloren hatte und außerdem noch allerlei Besorgungen machen mußte, keine geeignete Person zur Ausführung der Gefälligkeit sei. Auf die Ausfüllung des Leichenschauscheins könne sich der Arzt nicht berufen, denn der Schein diente nur statistischen und nicht Meldezwecken. Ferner sei es ohne Belang, ob der Polizeiverweser schon anderweitig von dem Todesfall an Tuberkulose Kenntnis erhalten habe. Der Beamte habe das Recht und die Pflicht gehabt, die Meldung des Arztes abzuwarten.

Ist das Gewerbegericht für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis bei Patentanwälten zuständig?

Diese Frage war in einem Rechtsstreit des Zeichners G. gegen die Herren Gronert, Zimmermann und Herzog, Ingenieure und Patentanwälte, in erster Linie zu entscheiden. Unstreitig war, daß die Beklagten zugelassene Patentanwälte (nicht Agenten) sind. Der Vertreter der Beklagten bestritt die Zuständigkeit des Gewerbegerichts. Zwischen Patentagenten und Patentanwälten bestehe ein größerer Unterschied. Für Patentagenten möge die Zuständigkeit des Gewerbegerichts gegeben sein. Bei den Patenanwälten sei das

aber etwas anderes. Nach dem neuen Gesetz hätten sie den Nachweis einer bestimmten Ausbildung zu führen. Dann erst würden sie behördlich zugelassen und auf ihren Stand verpflichtet. Sie unterständen auch einem Ehrengerichtshof und hätten beruflich und außerberuflich eine bestimmte Führung innezuhalten. Der Stand der Patentanwälte sei dem der Rechtsanwälte verwandt.

Die Kammer 8 des Berliner Gewerbegerichts erklärte jedoch mit Recht das Gewerbegericht für zuständig. Der Gerichtshof sei der Ansicht, daß vor das Gewerbegericht auch Patentanwälte gehörten. Sie betrieben allerdings eine Tätigkeit, die der advokatorischen analog sei, aber doch noch keine advokatorische selbst. Nur Rechtsanwälte, deren Tätigkeit bei den ordentlichen Gerichten ausgeübt wird, unterständen nicht der Gewerbeordnung. — Es wäre ja wünschenswert, daß die noch umstrittene Frage durch alle Instanzen entschieden würde. Im vorliegenden Falle sei es aber wegen des zu geringen Objekts nicht möglich.

Nachdem so die Zuständigkeit des Gewerbegerichts ausgesprochen worden war, mußte die Sache selbst zum Zwecke der Beweiserhebung vertagt werden.

Wider die guten Sitten.

Unter dieser Spitzmarke brachten wir in Nr. 229 einen Bericht über einen Prozeß gegen eine Wach- und Schließgesellschaft in Berlin. Die Firma „Berliner Wach- und Schließgesellschaft m. b. H.", Friedrichstr. 112a, ersucht uns um Mitteilung, daß sie mit der verklagten Gesellschaft nicht identisch ist, daß es sich vielmehr um eine jener Gesellschaften handelt, die aus der Namensähnlichkeit mit der gut renommierten Gesellschaft Nutzen zu ziehen suchen. Sie selber verurteile mit uns auf das entschiedenste die durch jenen Prozeß festgestellte Tatsache, daß von der verklagten Firma die Zeit nicht bezahlt wird, die zum Anlernen erforderlich sei. Wir kommen dem Ersuchen der „Berliner Wach- und Schließgesellschaft m. b. H." gern nach. Nicht sie, sondern eine Wach- und Schließgesellschaft mit der Firma „Groß-Berlin, Gesellschaft m. b. H." war die vor dem Gewerbegericht verklagte, bloßgestellte und verurteilte Firma.

Gegen die Säuglingssterblichkeit.

Der Stadtmagistrat Bayreuth hat die Errichtung einer ärztlichen Mütterberatungsstelle, Einführung von Stillprämien und Einrichtung einer städtischen Milchküche beschlossen.

Ungültigkeit einer ministeriellen Vorschrift.

Nach § 38 Absatz 4 der Gewerbeordnung sind die Zentralbehörden befugt, Vorschriften darüber zu erlassen, in welcher Weise unter anderem die Trödler ihre Bücher zu führen und welcher polizeilichen Kontrolle über den Umfang und die Art ihres Geschäftsbetriebes sie sich zu unterwerfen haben. — Die auf Grund dieser Ermächtigung erlassenen ministeriellen Vorschriften besagen nun unter Ziffer 9, daß Trödler mit minderjährigen Kindern auf Geschäfte abschließen dürfen, wenn deren Eltern oder Vormünder die Genehmigung dazu erteilt haben. — Wegen Uebertretung dieser Vorschrift wurde der Trödler Worowitz in Mühlhausen (Thüringen) von der dortigen Strafkammer zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Strafkammer erklärte die Vorschrift für rechtsgültig, sie finde ihre Stütze in dem zitierten Absatz 4 des § 38 der Gewerbeordnung.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts hob das Urteil auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Die angezogene Bestimmung der ministeriellen Vorschriften sei ungültig, da sie sich nicht auf § 38 der Gewerbeordnung stützen könne. Nach dessen Absatz 1 könnten allerdings die Zentralbehörden über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb bestimmter Gewerbetreibender (Pfandleiher, Gesindevermieter, Stellenvermittler usw.) Vorschriften erlassen. Die Trödler seien dort aber nicht genannt. Bezüglich ihrer könne nur Absatz 4 in Frage kommen; der habe aber lediglich Vorschriften über die Führung der Bücher und über die polizeiliche Kontrolle im Auge. Darunter lasse sich — so segensreich sie sein möge — die Bestimmung nicht bringen, die den Trödlern verbiete, mit Minderjährigen ohne Genehmigung ihrer Eltern oder Vormünder Geschäfte zu machen. W. müsse deshalb freigesprochen werden.

Wenn der preußische Handelsminister — insbesondere übrigens in Krankenkassensachen, wie man sieht aber nicht nur in solchen Dingen — etwas genauer die gesetzlichen Vorschriften in seinem Ressort versehen läßt, bevor er ministerielle Anweisungen ergehen läßt, es wäre das sicher nützlicher als sein Versuch, Krankenkassen zu hindern, vorbeugend gegen Erkrankungen zu wirken.

Ein dreizehnjähriger Schulknabe wegen Alimente verklagt.

In Breslau hatte das 18jährige Dienstmädchen eines Restaurateurs außerehelich einem Kinde das Leben gegeben. Als Vater wurde vom Vormunde der Sohn des Restaurateurs, ein — dreizehnjähriger Schulknabe, in Anspruch genommen und wegen Alimentenzahlung verklagt. Der Rechtsbeistand des Beklagten vertrat die eigenartige Anschauung, daß das Kind kein Recht auf Alimente habe, weil es sein Leben einem Verbrechen verdanke, indem sich die Mutter durch den Geschlechtsverkehr mit dem noch nicht 14 Jahre alten Knaben gegen § 176 R. St. G. vergangen habe. Das Gericht verurteilte den kindlichen Vater entsprechend der Klage, indem es sich auf den eigentlich selbstverständlichen Rechtsstandpunkt stellte, daß die Ansprüche des Kindes allein schon in seiner bloßen Existenz begründet seien und daß es nicht rechtlos gemacht werden dürfe, weil seine Existenz durch eine strafbare Handlung seiner Erzeuger herbeigeführt worden sei. Der seltsame Vater hat inzwischen die Schule verlassen und ist bei einem Fleischermeister in die Lehre getreten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Wie uns unsere Bruderorganisation in Oesterreich mitteilt, sind die Kollegen der Firma L. Dozcekal u. Cie. in Müglitz in den Ausstand getreten. Die Firma versucht, in Deutschland Arbeitswillige anzuwerben. Zu diesem Zweck will auch der dortige Betriebsingenieur namens F. E. Ebel, ein geborener Berliner, nach Berlin kommen. Der Herr Ebel hat in Müglitz den Streikenden gegenüber behauptet, daß er mit Leichtigkeit 50 Streikbrecher in Berlin anwerben könne.

Wir ersuchen unsere Kollegen, etwaige Arbeitsangebote für oben genannte Firma strikte abzulehnen.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (dritter Bezirk).
H. Zernicke.

Die Kündigung des Tarifs der Bauanschläger.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte eine allgemeine Versammlung der Bauanschläger Berlins einberufen, die am Sonntag vormittag in den Andreas-Festsälen stattfand. Die Arbeitgeber haben den Tarif zum 1. April 1909 gekündigt. Zur selben Zeit etwa, am 27. September, als die Arbeitnehmer beschlossen, den Tarif nicht zu kündigen, ging der Brief mit der Kündigung der Unternehmer zur Post. Dieser Brief war schon am 26. September geschrieben; es bestand also unter allen Umständen bei den Arbeitgebern die Absicht, den Tarif zu kündigen. Otto Handke, der in der Versammlung referierte, fragte nach den Gründen, welche die Arbeitgeber zu ihrem Vorgehen veranlaßten, und kam in seinen Betrachtungen zu dem Schluß, daß die Arbeitgeber wohl dem Glauben zuneigen, Verschlechterungen des Tarifs durchdrücken zu können. Dagegen würden sich die Arbeiter aber mit aller Macht wehren und lieber ohne Tarif arbeiten, als daß sie Verschlechterungen hinnehmen, wo sie Verbesserungen zu erwarten berechtigt sind. Handke wies darauf hin, daß durch eine tariflose Zeit auch für die Unternehmer sehr schwierige Verhältnisse entstehen können, da die Arbeiter jede Gelegenheit, die sich ihnen bietet, zu ihrem Vorteil ausnützen würden. An dem Abschluß eines Tarifes sind beide Teile interessiert, wenn ruhige und geordnete Zustände im Beruf gewünscht werden. Von einigen Arbeitgebern wurde behauptet, daß die Kündigung „gar nicht so bös gemeint" sei; nur einige Nachtragsbestimmungen würden gewünscht. Warum hat man dann, so fragte der Redner, keine Verhandlungen herbeigeführt, sondern eine offene Friedensstörung durch die Kündigung verursacht. Die Arbeiter glauben, daß das Scharfmachertum im Baugewerbe dahintersteht. Bis zum Ablauf des Tarifes ist noch ein halbes Jahr Zeit. Diese Zeit werden die Arbeitgeber nützen, und auch die Arbeitnehmer haben alle Ursache, zu rüsten und sich zum Widerstand gegen jeden Angriff zusammenzuscharen. (Beifall.)

In der Diskussion traten alle Redner diesen Ausführungen bei. Man wünschte, daß Agitationsversammlungen veranstaltet werden, und einige Redner sprachen die Hoffnung aus, daß der „Verein der Bauanschläger Berlins" zum Zentralverbande übertreten werde. Der Verein hat ebenfalls die Kündigung des Tarifs erhalten. Es wurde hervorgehoben, daß der jetzt gekündigte Tarif den Arbeitern von den Unternehmern aufgezwungen worden ist; sie hatten damals wenig Lust, diesen Tarif überhaupt anzunehmen, und daß er jetzt noch verschlechtert werden sollte, davon könne gar keine Rede sein.

Die folgende Resolution wurde von den Versammelten einstimmig angenommen:

„Die am 4. Oktober tagende Versammlung der Bauanschläger Berlins und Umgegend nimmt Kenntnis von der Kündigung des Tarifs von seiten der Arbeitgeber. Mit Rücksicht darauf, daß es notwendig ist, zu erfahren, welche Gründe die Arbeitgeber veranlaßten, den Tarif zu kündigen, beauftragt die Versammlung die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, in Verbindung mit der Branchenkommission, in geeigneter Weise mit den Arbeitgebern Verhandlungen einzuleiten und in einer späteren Versammlung Bericht zu erstatten, in der dann über die weitere Stellungnahme von den Kollegen Beschluß gefaßt werden soll."

Der christliche Metallarbeiterverband hatte die Gelegenheit nicht versäumt, für sich Propaganda zu machen, und jedem Versammlungsbesucher hatte man Flugblätter angeboten, in welchen die Sozialdemokratie und der „rote Metallarbeiterverband" verunglimpft wurden. Handke warnte davor, sich durch die Christlichen täuschen zu lassen. Jene stellen sich gern bei solchen Gelegenheiten ein, wo eine Tarifbewegung besteht oder im Anzuge ist; sie hoffen, dabei im trüben fischen zu können. Mit dem „roten" Metallarbeiterverband kann sich der christliche in keiner Weise messen. Der Deutsche Metallarbeiterverband ist die Organisation, die allein für die Interessen der Arbeiter in der Metallbranche in wirksamer Weise eintritt und für den jeder Metallarbeiter in seinem eigenen Interesse unermüdlich agitieren sollte.

Amtsniederlegung des Arbeiterausschusses in der Turbinenfabrik der A. E.-G.

Die Arbeiter der Turbinenfabrik der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in der Huttenstraße hielten am Sonntag im großen Saale der Kronenbrauerei eine Betriebsversammlung ab, um zu der Behandlung, die ihrem Arbeiterausschuß in letzter Zeit zuteil geworden ist, Stellung zu nehmen. Cohen, der Ortsbevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, wies einleitend darauf hin, daß die bei ihrer Einführung vielgepriesene Institution der Arbeiterausschüsse nur so lange einigermaßen befriedigend wirken kann, wie ein guter Geschäftsgang vorhanden ist und die Arbeiter Macht haben, ihre Rechte auch auf andere Weise wahrzunehmen. Unter solchen Umständen erweisen die Unternehmer den Arbeiterausschüssen ein gewisses Entgegenkommen. Anders wird es, sobald eine allgemeine Wirtschaftskrise eintritt. Dann will man am liebsten gar nichts mehr vom Arbeiterausschuß hören, weil man glaubt, daß die Arbeiter sich nun doch alles Unrecht ruhig gefallen lassen werden, um dem Unglück der Arbeitslosigkeit zu entgehen. So rechnet man auch in vielen Betrieben der Metallindustrie und zwingt durch Abweisung aller irgendwie wichtigen Beschwerden und Forderungen, durch Weigerung, überhaupt auch nur darüber zu verhandeln, die Arbeiterausschüsse, die sich nicht völlig zu Scheinvertretungen herabwürdigen lassen wollen, ihre Aemter niederzulegen. So legte kürzlich auch bei der A. E.-G. in der Brunnenstraße der Arbeiterausschuß, dazu aufgefordert von der Arbeiterschaft dieses Betriebes, sein Amt nieder. Die unwürdige Behandlung, die er von der Betriebsleitung erfahren hat, war unter anderem auch darin zum Ausdruck gekommen, daß die Direktion erklärt, bei Beschwerden über Lohnabzüge sei der Arbeiterausschuß nur dann zuständig, wenn diese sich über den ganzen Betrieb erstreckten, nicht aber, wenn sie nur einzelne Abteilungen oder Gruppen beträfen. Damit sollte also das alte Recht des Arbeiterausschusses, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, überhaupt beseitigt werden, denn so töricht wird die Leitung dieses Riesenbetriebes natürlich nicht sein, daß sie mit einem Schlage allen den Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen die Löhne kürzt. Schon um eine allgemeine Aufregung zu verhindern, macht man dergleichen nach und nach, bald in dieser, bald in jener Abteilung. In letzter Zeit ist nun auch der Arbeiterausschuß der ebenfalls der A. E.-G. gehörenden Turbinenfabrik in der Huttenstraße übereingekommen, sein Amt niederzulegen. Schon in früheren Jahren haben sich die Ausschußmitglieder über brüskes Auftreten der Direktion beklagt, aber im übrigen wurde den Wünschen der Arbeiter doch ein gewisses Entgegenkommen gezeigt, und, wenn der Arbeiterausschuß es für notwendig hielt, wurden auch allgemeine Sitzungen abgehalten. Als aber in diesem Frühjahr die Arbeiter die Freigebung des 18. März wünschten, da erklärte die Direktion, daß Sitzungen des gesamten Arbeiterausschusses überhaupt nicht mehr notwendig seien; es sollte nur noch mit den einzelnen Gruppen verhandelt werden. Als nun die Gruppen in der Sache verhandeln wollten, wurden sie von der Direktion gar nicht empfangen. Aehnlich ging es in allen anderen wichtigen Angelegenheiten, und der betreffende Direktor hat auch offen erklärt: „Die Zeiten sind vorbei, wo Sie, wenn Sie mit uns verhandelt hatten, den Arbeitern etwas mitbringen konnten. Nun sind wir obenauf". Was den letzten Anstoß zur Amtsniederlegung des Arbeiterausschusses gab, war der Umstand, daß kürzlich ein Schlosser entlassen wurde, weil er auf dem Bahnhof Beusselstraße einen Gelben belästigt haben sollte, und die Direktion auch in dieser Sache jede Verhandlung mit der rechtmäßigen Vertretung der Arbeiterschaft ablehnte. Der Mensch, dessentwegen jener Schlosser den Betrieb verlassen mußte, ist ein Obergelber, der die schöne Mission hat, Mitglieder für seinen Bund von Unternehmers Gnaden im Betriebe zu werben, aber bisher keinerlei Erfolg gehabt hat. Daß sein Gerede über etwas, das außerhalb des Betriebes geschehen sein soll, der Betriebsleitung maßgebend für eine Entlastung ist, der Arbeiterausschuß aber nicht einmal nachträglich gehört wird, ist neben allem andern ja schon Beweis genug dafür, daß diese Institution überhaupt keinen Zweck mehr für die Arbeiterschaft des Betriebes hat. — Nachdem Cohen und andere diese Verhältnisse geschildert hatten, erklärte die Versammlung sich mit allen gegen 3 Stimmen mit der Amtsniederlegung des Arbeiterausschusses einverstanden. Selbstverständlich werden die Arbeiter des Betriebes nun in anderer Weise ihre Interessen der Direktion gegenüber vertreten.

Zum Schluß der Versammlung widmete Cohen dem als Arbeitersekretär in Stuttgart verstorbenen Genossen Otto Räther einen kurzen Nachruf und gedachte der Verdienste, die sich Räther um die Metallarbeiterorganisation erworben hat, deren Berliner Ortsbevollmächtigter er bis zum Jahre 1901 war. —

Außerdem wurde auf die Petition an die Eisenbahndirektion aufmerksam gemacht, in der Abhilfe gegen die unter „Lokales" in Nr. 226 des „Vorwärts" geschilderten Mißstände am Bahnhof Beusselstraße verlangt wird. Unterschriften zur Petition werden noch immer entgegengenommen.

Deutsches Reich.

Tarifkündigung im Baugewerbe.

Die Unternehmer in Kiel haben die Tarifverträge der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter zum 1. Januar 1909 gekündigt. Vermutet wird, daß die Unternehmer die ungünstige Konjunktur benutzen wollen, um die Lohnsätze herunterzudrücken.

Der Streik der baugewerblichen Arbeiter in Jüterbog ist beendet. Der Streik war ausgebrochen, weil die Unternehmer den tarifmäßigen Lohn zu zahlen abgelehnt hatten. Die letzthin stattgefundenen Verhandlungen haben nun für die Arbeiter ein günstiges Resultat ergeben; die Arbeit ist auf allen Bauten wieder aufgenommen worden.

Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in Bremen.

In Bremen stehen die Brauereiarbeiter vor einem Streik, da die Unternehmer alle Forderungen der Arbeiter abgelehnt haben und sich auf nichts einlassen wollen. Nach Berichterstattung des Gauvorstehers Lutz und sehr lebhafter Diskussion beantragte in der letzthin stattgefundenen außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung schließlich Kollege Böckenträger, die Anträge auf Arbeitseinstellung zugunsten folgender Resolution zurückzuziehen:

„Die am 2. Oktober versammelten Brauereiarbeiter Bremens erklären, daß eine Erneuerung des Tarifvertrages nur möglich ist, wenn die Bremer Brauersozietät gewillt ist, eine Reform des bisherigen Vertrages vorzunehmen, welche den berechtigten Bedürfnissen der Arbeiter Rechnung trägt. Die Versammlung erklärt jeden Versuch der Brauereien, Verschlechterungen irgendwelcher Art einzuführen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zurückzuweisen. Die Lohnkommission wird abermals beauftragt, in diesem Sinne eine Versammlung mit der Brauersozietät herbeizuführen.

Sollte wider Erwarten die letztere auf ihrem völlig ablehnenden Standpunkt beharren, so verpflichten sich die organisierten Brauereiarbeiter, jeder Weisung der Verbandsleitung zur Durchführung der Forderungen unbedingt Folge zu leisten."

Die Resolution wurde angenommen.

Tarifkündigung in Mannheim-Ludwigshafen.

Der „Arbeitgeberverband der Hafengebiete Mannheim-Ludwigshafen" kündigte in einem Schreiben an den „Verband der Hafenarbeiter und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Mitgliedschaft Mannheim-Ludwigshafen", den bestehenden Tarifvertrag. Das Schriftstück lautet:

„Im Auftrage unseres Mitgliedes, der Firma Weingart u. Kaufmann, kündigen wir Ihnen den mit Ihnen abgeschlossenen Tarifvertrag vom 26. September 1907 zum 1. Dezember 1908, erklären uns jedoch gleichzeitig damit einverstanden, daß mit Ausnahme der Kündigungsfrist und des Ablauftermins sämtliche Bestimmungen des bisherigen Vertrages bestehen bleiben, vorausgesetzt, daß das Tarifabkommen für die Getreidearbeiter, wie es zurzeit bei der Mannheimer Lagerhausgesellschaft und der Badischen Aktiengesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransport besteht, auch bezüglich der Kündigungsfrist und des Ablauftermins des Tarifvertrages für die Firma Weingart u. Kaufmann vollinhaltlich Anwendung findet.

Wir ersuchen Sie um gefällige Stellungnahme hierzu innerhalb acht Tagen."

Ein Streik der Steinarbeiter ist bei der Firma Deubner u. Eckstein in Hof ausgebrochen. Die Ursache ist die Nichtanerkennung des der Firma vorgelegten Tarifs. Sie hat überhaupt jede Unterhandlung brüsk abgelehnt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur bayerischen Landtagswahl.

München, 5. Oktober. (W. H.) Als Kandidat der sozialdemokratischen Partei für den Landtagswahlkreis Kaiserslautern wurde der Volksschullehrer Hoffmann definitiv aufgestellt. Lehrer Hoffmann hat sein Amt niedergelegt, um sich ganz der politischen Tätigkeit widmen zu können.

Verspätete Reue.

Kopenhagen, 5. Oktober. (W. T. B.) Folkething. Der von der linken Reformpartei und der gemäßigten Linken eingebrachte Antrag, das Folkething möge den Willen aussprechen, an der Milderung der Folgen des von Alberti begangenen Verbrechens mitzuwirken, wurde heute mit den Stimmen dieser Parteien angenommen. Die übrigen Parteien enthielten sich der Abstimmung. Die nächste Sitzung wurde auf den 13. Oktober festgesetzt.

Schultragödie.

Magdeburg, 5. Oktober. (W. H.) Der 14jährige Schüler Walter Beume kaufte sich einen Revolver, fuhr nach Gommern und erschoß sich dort. Man vermutet als Grund die Nichtversetzung des Schülers.

Zerstückelt.

Straubing, 5. Oktober. (W. H.) Im hiesigen Bahnhofe wurde der Briefträger Raith beim Ueberschreiten der Gleise von einem Rangierzuge erfaßt und buchstäblich zerstückelt.

Die Opfer der indischen Ueberschwemmungen.

London, 5. Oktober. (W. H.) Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" aus Allahabad schätzen die letzten Berichte aus Haiderabad die Zahl der bei den Ueberschwemmungen Umgekommenen auf etwa 50 000.

Ein blutiger Zusammenstoß.

Darmstadt, 5. Oktober. (W. H.) Als heute früh gegen 4 Uhr der Polier Nikolaus Wagner, ein Mann im Alter von 60 Jahren, nach Hause gehen wollte, wurde er im Mühltal von zwei jungen Burschen, mit denen er vorher einen Streit gehabt hatte, überfallen. Er wehrte sich, stach den Wilhelm Reinhard tot und verletzte den gleichaltrigen Mittelmann. Wagner wurde festgenommen.

Das Messer.

Göppingen, 5. Oktober. (W. T. B.) In Holl (Oberamt Göppingen) nahm gestern abend ein Streit zwischen italienischen Arbeitern und dortigen jungen Leuten einen schrecklichen Verlauf. Durch Messerstiche wurden von einem Italiener die Brüder Kicherer getötet und ein 25 Jahre alter Schlosser tödlich verletzt. Auch ein Italiener trug schwere Verletzungen davon. Der vermutliche Täter wurde verhaftet. Ein Verdächtiger hat sich der Verhaftung durch die Flucht entzogen.

Fischgift.

Rosenheim, 5. Oktober. (W. H.) In der Ortschaft Kolbenmoor ist der Schlosser Brunhuber an Fischvergiftung gestorben. Seine Frau liegt im Sterben. Drei weitere Personen sind lebensgefährlich erkrankt.

Pulver-Explosion.

Petersburg, 5. Oktober. (W. T. B.) In der hiesigen Zündröhrenfabrik des Kriegsministeriums explodierte heute nachmittag während der Entladung von Petarden der Pulvervorrat. Hierbei wurden fünf Arbeiter tödlich und sieben Arbeiter leicht verletzt. Das Gebäude ist zum Teil zerstört.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der Nürnberger Parteitag in den Organisationen.

Eine Parteiversammlung des Wahlkreises Dresden-Neustadt wurde vertagt, nachdem mehrere Redner gegen den Beschluß des Parteitages in der Budgetfrage, andere dafür gesprochen hatten.

* * *

In Stettin erklärte sich die Versammlung des Wahlvereins mit den Beschlüssen des Parteitages und der Haltung des Delegierten, der für die Vorstandsresolution stimmte, einverstanden. In der Debatte hatte sich freilich Opposition bemerkbar gemacht, auch gegen die radikale Haltung des „Volksboten". Außer dem Referenten und dem Genossen Kuntze sprachen die Redner, darunter Genosse Herbert, gegen die Vorstandsresolution. Die Redaktion des „Volksboten" bemerkt, daß die für die Budgetbewilligung Sprechenden fast ausschließlich Gewerkschaftsangestellte waren.

* * *

In Harburg wurde eine Resolution gefaßt, die sich mit dem Parteibeschluß in der Budgetfrage einverstanden erklärte.

* * *

In Braunschweig nahm eine stark besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins nach einem Referat des Delegierten Genossen Dr. Jasper, der sich auf den Boden der Resolution Frohme stellte, und einer Debatte, in der die Genossen Wagner und Antrick sich gegen die Budgetbewilligung wandten, gegen wenige Stimmen eine scharfe Resolution an, die sich für die Vorstandsresolution erklärt und zum Schluß sagt: „. . . Die Versammlung ersucht den Parteivorstand, als Exekutive des Parteitages darüber zu wachen, daß die Erklärung des Genossen Segitz und der 66 und die Interpretation dieser Erklärung durch die süddeutsche Parteipresse nach dem Parteitage nicht zur Tat werden. Die Versammlung erwartet vom Parteivorstand, daß er jedem Versuche, in der Verhöhnung des Spruches ihrer obersten Vertretung die Partei selbst zu verhöhnen, unnachsichtlich entgegentritt."

* * *

Eine Versammlung des Wahlvereins für den sächsischen Wahlkreis Stollberg-Schneeberg erklärte sich mit der Haltung des Delegierten, der für die Vorstandsresolution stimmte, einverstanden.

In einer Parteiversammlung des Bezirks Zwickau wurde der Bericht des Delegierten Colditz, der für die Vorstandsresolution stimmte, mit regem Beifall aufgenommen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. In der Diskussion traten neben Rednern, die die Vorstandsresolution für zu schroff hielten und eine bessere Verständigung gewünscht hätten, solche auf, die für die Vorstandsresolution eintraten.

* * *

In Mannheim nahm am Sonntag eine Parteiversammlung, die von 600—700 Mitgliedern besucht war, den Bericht des Parteitagsdelegierten Genossen Geiß mit stürmischem Beifall entgegen. Folgende Resolution wurde mit allen gegen etwa 30—40 Stimmen angenommen:

Die heute im Saalbau stattfindende, von zirka 600 Personen besuchte Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Mannheim erklärt sich mit der Haltung ihres Delegierten auf dem Nürnberger Parteitag einverstanden und billigt auch sein Beitreten zur Erklärung der 66 süddeutschen Delegierten. Sie setzt in die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten badischen Kammer das Vertrauen, daß sie nach wie vor in jeder Situation die prinzipiell und taktisch richtige Haltung finden wird.

Zur Freisprechung des gewalttätigen Schiffskapitäns.

Wie schon am Sonnabend auf Grund eines Telegramms mitgeteilt, ist der wegen Freiheitsberaubung seiner Mannschaft, Ueberschreitung der Disziplingewalt und schwerer Gewalttätigkeiten angeklagte Schiffskapitän Schober vom Hamburger Schwurgericht freigesprochen worden.

Aus der Verhandlung wird uns noch berichtet: **Der Staatsanwalt** hielt von den vielen Anklagepunkten **nur je zwei Fälle** des Mißbrauchs der Disziplinargewalt und der Mißhandlung **aufrecht**, indem er meinte, daß für die lange Internierung der acht Matrosen nicht der Angeklagte, sondern — die Behörden in Chile verantwortlich seien! Der Angeklagte habe wohl geglaubt, die Leute wollten nicht ordentlich arbeiten und er dürfe sie in Haft abführen lassen. Der Stiefel (Fußtritte) sei **kein gefährliches Werkzeug** und die Leute mögen wohl auch etwas widerstrebend gewesen sein, weshalb einige Mißhandlungsfälle ausschieden. Für dieses mehr einer Verteidigungsrede ähnelnde Plaidoyer bekundeten die Geschworenen ein großes Verständnis. Sie verneinten sämtliche Schuldfragen . . . .

Und das trotz der geradezu haarsträubenden Dinge, die dem Gewaltsmenschen nachgewiesen wurden. Fassen wir nochmals kurz zusammen, was in der Verhandlung zur Sprache gebracht wurde: Der Angeklagte hat **wiederholt** in angetrunkenem und nichtangetrunkenem Zustande fejne Untergebenen **mit einem Rinozerosstock und anderen Gegenständen sowie mit den Füßen bearbeitet**, hat Leute, die ihm nicht genügend arbeiteten, **bis zu sechzehn Tagen ins Gefängnis gesteckt** mit der Drohung, er werde sie bis zu 50 Tagen sitzen lassen, wenn sie nicht erklärten, genügend arbeiten zu wollen, und hat sogar vor den Augen des Gefängnisdirektors einen Gefangenen **geohrfeigt**. Er „**befahl**" auch, daß die Internierten **im Gefängnis arbeiten** sollten, ja er durfte sogar vor den Augen eines chilenischen Richters, der die Leute vernahm, Drohungen gegen diese ausstoßen, ohne daran gehindert zu werden. Der **Angeklagte** bezeichnete die Zustände im chilenischen Gefängnis **als urgemütliche. Zwei jetzige Schiffsoffiziere**, die vor fünf Jahren auf der von Schober befehligten „**Ally**" als Matrosen fuhren, entwerfen aber ein ganz anderes Bild von dem „**fidelen Gefängnis**". In einem engen Raum, der oben nur eine Ventilationsluke hatte, befanden sich zeitweilig außer den acht Matrosen der „Ally" sechs gefesselte chilenische Verbrecher. **Eine Klosettvorrichtung existierte** nicht, nur ein unverdeckter Unraktübel stand in dem **verpesteten** Raum. Die Gefangenen mußten **auf der Erde** liegen und erhielten erst auf Beschwerde einige alte Säcke zum zudecken. Der Kapitän habe dem Sergeanten befohlen, sie sollten arbeiten, worauf sie **unter Aufsicht von schwer bewaffneten Soldaten Straßen fegen und Steine klopfen mußten.** Ein Davonlaufen sei unmöglich gewesen, denn der in einem Vorraume sitzende Sergeant hatte stets einen geladenen Revolver zur Hand. **Die beiden Offiziere bekundeten auch, die Mannschaft habe genügend gearbeitet, weshalb nicht der geringste Grund zu dem Vorgehen des Angeklagten vorgelegen habe.** Dieser sprach aber von der gefährdeten Disziplin, der Renitenz und Faulheit der Leute, und er habe es nicht dulden dürfen, daß sie sich im Gefängnis amüsierten, denn sie seien dort der Strafe wegen gewesen. Auf Grund der Preßberichte über die früheren Verhandlungen sei es ihm nicht mehr möglich gewesen, eine Stelle als Schiffskapitän oder Seesteuermann zu bekommen und er habe eine Stellung als Steuermann bei der Alsterdampfschiffsgesellschaft annehmen müssen. (Während der Aussperrung des Alsterdampferpersonals ist er dort Arbeitswilliger geworden.) Diese Erklärungen blieben nicht ohne Eindruck auf die Geschworenen, die wohl geglaubt haben mögen, der Angeklagte, der die Zeugen als Meineidige hinstellte, sei von seinen Leuten gereizt worden und hätte daher feste „zugreifen" müssen. Was in der Seele der Geschworenen, der Volksrichter, vor sich ging, läßt sich ja nicht schildern. Kurz — sie sprachen ihn frei in allen Punkten und rehabilitierten ihn, so daß sich wohl bald wieder eine Reederei dieses energischen Schiffsführers, der so schön die „faulen" Leute zur Räson zu bringen versteht, annehmen wird.

Bezeichnend für die Stimmung der Geschworenen ist der Ausspruch des einen Volksrichters, der nach Schluß der Verhandlung Journalisten gegenüber, die ihrem Erstaunen über den Freispruch Ausdruck gaben, die Erklärung abgab: „**Ueber die Freisprechung sind wir uns bald einig geworden.**" Das sind die Herren Volksrichter auch in der Tat, denn die Beantwortung der dreizehn Schuldfragen ist mit großer Geschwindigkeit erfolgt. —

Mit diesem Urteil vergleiche man die Urteile, die **gegen Schiffsleute niedriger Chargen** wegen Vergehens gegen die Seemannsordnung gefällt werden. Es gibt aber im Lande mit den vollendetsten Rechtsgarantien **keine Klassenjustiz.**

Aus der Partei.

Zu Julius Kräckers 20. Todestage

haben die Breslauer Genossen das Grab des Kämpfers mit Kränzen geschmückt, zum Zeichen, daß sein Andenken in der Breslauer klassenbewußten Arbeiterschaft auch nach 20 Jahren noch lebendig ist. Und Kräcker hat solche Treue wohl verdient. Ein Sohn der schlesischen Hauptstadt, in der er am 29. Juni 1839 als Kind eines armen Kattundruckers geboren wurde, ist sein Leben und Wirken mit der Geschichte der Breslauer Arbeiterbewegung aufs innigste verbunden. Gehört er doch zu den Mitbegründern der Sozialdemokratie in Breslau. Im Jahre 1867 kehrte der junge Sattlergeselle nach beendeter Wanderzeit in die Heimat zurück; hier half er den Breslauer Arbeiterverein gründen, der sich im Mai 1868 dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein anschloß. Indessen Kräcker sagte die Richtung der internationalen Eisenacher mehr zu, und als Mitbegründer einer Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei verschaffte er dieser Richtung Eingang in der Vaterstadt Lassalles. Die Kämpfe zwischen den beiden Richtungen wurden auch in Breslau mit größter Erbitterung und Leidenschaftlichkeit geführt; wenn aber trotzdem in Breslau schon vor der Gothaer Einigung ein erträgliches Verhältnis sich herausbildete, so war das nicht zuletzt ein Verdienst des besonnenen und versöhnlichen Kräckers. Nach der erfolgten Einigung gehörte er zu den eifrigsten Paten der „Wahrheit", der ersten sozialdemokratischen Zeitung Schlesiens, die im Mai 1876 gegründet wurde und vom Dezember desselben Jahres ab als Tageszeitung in eigener Druckerei herausgegeben werden konnte. Auch die Schaffung der „Königsberger Volkszeitung" als Ableger der „Wahrheit" hat Kräcker vorbereitet. Als dann mit dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes die „Wahrheit" selbst ihr Erscheinen einstellte, versuchte Kräcker noch verschiedene Male, den Breslauer Arbeitern in einem Preßorgan einen geistigen Mittelpunkt zu schaffen, indessen die Polizei unterdrückte alle Versuche auf der Stelle. Bis zu seinem Tode hin blieb Kräcker indessen, besonders nach dem im Mai 1879 erfolgten Tode Reinders, der Führer der Breslauer Sozialdemokraten trotz allen Verfolgungen und Widerwärtigkeiten, und als er im Jahre 1881 in glänzendem Siege den Reichstagswahlkreis Breslau-West der Partei eroberte, war er auch als Volksvertreter stets rastlos bemüht, als treuer Soldat der Revolution seinen Klassengenossen mit vollster Hingabe zu dienen. Indessen die Agitation hatte schon früh seine Kräfte verzehrt, und als ihm der große Breslauer Geheimbundprozeß vom November 1887 noch sieben Monate Gefängnis eingebracht hatte, war Kräcker ein dem Tode geweihter Mann. Krank verließ er das Gefängnis und schon am 2. Oktober 1888 ereilte ihn der Tod. Ehre dem Gedächtnis des Treuen.

Der Fall Calwer.

Die „Bremer Bürgerzeitung" schreibt:

„Es wird immer heiterer. Nicht nur, daß Dr. Maurenbrecher einige Artikel, in denen er u. a. Parteigenossen Nasenstüber versetzte, mit Freuden in der „Hilfe" ablagerte, läßt sich jetzt Richard Calwer sogar in einem Scherlblatt über den Nürnberger Parteitag vernehmen. Was ist diesen Leuten die Dresdener Resolution und die Debatte wegen der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern. Sie pfeifen darauf. Calwer unterrichtet die Leser des „Tag" davon, daß die Partei der Gegenwartsarbeit der Gewerkschaften immer mehr werde Rechnung tragen müssen. Die Gewerkschaften würden sich ihrer machtvollen Stellung innerhalb der Arbeiterbewegung immer mehr bewußt. In den Gewerkschaften werde „mit der evolutionistischen (im Gegensatz zur revolutionären) Auffassung bitterer Ernst gemacht". Mit anderen Worten: in den Gewerkschaften gewinnt der Revisionismus an Boden, weshalb die Hoffnungen der Revisionisten vom Schlage der Calwer und Maurenbrecher denn auch auf die Gewerkschaften gegründet sind. So stark sind die Hoffnungen, daß man sich bereits gegen Parteitagsbeschlüsse offen auflehnt und in der Scherl-Presse seine Weisheit über die Zukunft der Partei verzapft. Herrn August Scherl kann das nur lieb sein, denn von seinem Standpunkt aus läßt sich, da der Renegat Lorenz tot ist, keine bessere, wenn auch nur zeitweise Orientierung der „Tag"-Leser über die Sozialdemokratie als die durch den ehemaligen sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten Richard Calwer denken. Kann es der sozialdemokratischen Partei aber einerlei sein, wenn einzelne ihrer Mitglieder sich so völlig bar jedes sozialdemokratischen Empfindens zeigen? Es stände sehr

Kleines Feuilleton.

Theater.

Kleines Theater: „Lady Frederik", Lustspiel von Maugham, deutsche Bearbeitung von Schwarz und Lothar. Das Londoner Lustspiel, mit dem das Kleine Theater am Sonnabend herauskam, sticht von der zurzeit im Neuen Theater gespielten New Yorker Komödie „Wahrheit" übel ab. Auch der amerikanische Autor erlaubt sich mancherlei Grausamkeiten, doch nur in der Peripherie, nicht in dem Kern der vorgeführten Handlung. Die Vorgänge, auf denen der Akzent liegt, sind hier klar und logisch und zugleich mit einer Fülle sehr geschickt erfundenen Details entwickelt. Ein Gedanke von allgemeinem Gehalt verknüpft das Einzelne, und die Personen, durch ihre Beziehung auf dies Allgemeine wirksam miteinander kontrastiert, tragen eine individuelle Physiognomie. Demgegenüber zeigt das importierte Londoner Produkt die typischen Züge des alten leidigen Salonstücks; es ist den französierenden Konversations-Komödien Oskar Wildes nachgeschrieben, nur ohne die Behendigkeit des Witzes, die dort zu einem Teile wenigstens für die sonstigen Mängel entschädigt. Daß sich ein naiver, jugendlich enthusiastischer Bursch in eine kokette Weltdame von doppelt so viel Lebensjahren und Erfahrung sterblich verliebt, daß er, durch jede Warnung nur noch mehr befeuert, ihr einen Heiratsantrag machen will, und schließlich nur dadurch kuriert wird, daß die Angebetete aus Mitleid mit dem lieben guten Jungen die Schönheitsillusionen, die ihre Schmuck- und Toilettenkünste ihm vorzauberten, selbst zerstört — mag ein ganz hübscher Lustspieleinfall sein. Aber der Humor der Sache kommt in dem Salonstück nicht heraus. Nicht einmal ein Ansatz zu intim ironisierender Charakteristik des Pärchens läßt sich spüren: die beiden bleiben wie die anderen, gleichgültige Puppen, die nach Belieben hin und her geschoben werden, bis der Vorhang fällt. Der einzige etwas komische Effekt: die Szene in dem Toilettenzimmer, wo die Lady den Jüngling hinter die Kulissen ihrer Schönheit blicken läßt, verstimmt durch die absichtsvolle Breite. Die Kosten der Konversation werden hauptsächlich von der Titelheldin und einem der in Stücken solchen Schlages unvermeidlichen blasierten Lebemännerphilosophen bestritten, einem Onkel des verliebten Jünglings, der nach allerhand Intrigenkämpfen mit der Lady Hand beglückt wird. Er bestätigt einem, daß die vielumworbene Dame, die ruinierte Verschwenderin und Spielerin, eine Zierde ihres Geschlechts sei. Er selbst erfreut sich des Rufes, drei Vermögen durchgebracht zu haben. Als Räsonneur des Stückes hat er für die erforderliche Menge von „Paradoxien" aufzukommen. Im Nebenamt dient er dem Autor als Organ, um nach besonders argen Bühnenknalleffekten dieselben perzifflierend zu entschuldigen. In solchem gefährlichen Moment erklärt der Lord, das sei die melodramatischste Szene, die er je erlebt. Ein origineller Trick, der eine drollige Wirkung nicht verfehlte, sich aber leider nicht oft wiederholen ließ.

Die Darstellung war nicht so gleichmäßig befriedigend — wie sonst zumeist im Kleinen Theater. Der phlegmatisch-nonchalante Räsonneur fand in Herrn Ziegel einen trefflichen Vertreter. Lilly Petri in der Titelrolle blieb bei aller Gewandtheit ihres Spieles etwas nüchtern. Man traute dieser Lady die Verheerungen, die sie im Stücke anzurichten hat, nicht zu. dt.

Musik.

Es geht nicht bald etwas über die Sachkenntnis und Treffsicherheit, mit der Herr Dr. Zander für den Brahms-Abend des Berliner Volkschores am Sonnabend die volkstümlichst klingenden Stücke dieses Komponisten ausgewählt hat. Als einige Tage vorher gemäß dem dort üblichen und höchst zweckmäßigen Gebrauch ein Einführungsabend gegeben wurde, bekamen wir in einem erläuternden Vortrage viel zu hören von einer Volkstümlichkeit Johannes Brahms (1833—1897). Daß es seiner echten und wahrhaftigen Könnerschaft gelungen ist, alte deutsche Volkslieder in künstlerischer Weise zugänglich zu machen: das war wohl der erfreulichste Eindruck der beiden Abende. Vor manchen anderen Gesängen und namentlich vor den Instrumentalwerken jedoch hatten wohl die meisten Zuhörer das Gefühl: „dies ist das Gegenteil von volkstümlichem Sinn, das klingt alles nicht — wir dürfen's aber nicht sagen, sonst blamieren wir uns!"

Allerdings sollte selbst ein Musikreferent so was nicht sagen, sonst hat er gleich die „Kenner" auf dem Hals, die da rufen: „Vertiefen Sie sich nur in diese herbe Männlichkeit, dann werden Sie den Meister immer lieber gewinnen." Das hat auch unsereiner seine dreißig Jahre lang versucht — hörend, lesend spielend; hat sich dabei auch in die Naturgeschichte der Brahms-Verehrer, der „Brahminen", zu vertiefen gesucht. Merkwürdig, welche Menschenarten hier voranstehen: Wagnerhasser, Professorentöchter und Verfasser von Lehrbüchern der Komposition. Mit Brahms, dem daran fast unschuldigen Ehrlichen und musikalischen Künstler, wurde namentlich in Wien ein Getriebe gemacht, das eine der unschönsten, doch am wenigsten durchschauten Episoden der Musikgeschichte bildet — ein trauriges Zeugnis für das, was an Bevormundung des Publikums und rücksichtsloser Niederzwingung anderer Künstler geleistet werden kann.

Ja! Musterbeispiele für Kompositionstheorie findet der Fachmann bei einem Meister kaum so günstig. Wie's ein Juristenrecht gibt, so gibts hier eine Musikermusik. Dankbar kann ein Musiker sein für das, was er beim Spielen von Brahms lernt — man achte zum Beispiel auf den großartigen Reichtum des Rhythmischen bei ihm! Und wenn ich sage: „Hören mag ich das g-moll-Quartett nicht, aber spielen würd' ich es gern" — so weiß der Leser wohl rasch, was gemeint ist. Daß schließlich ab und zu auch sogar etwas wie eine Wärme zum Vorschein kommt, ist ebenfalls leicht zu merken. Brahms' Art der Liedervertonung jedoch, die eigentliche Deklamation, wurde nicht erst durch Wolf und Strauß, sondern schon vor ihm durch Franz, Cornelius und Ritter überwunden.

Unser Volkschor würde sich ein mehrfaches Verdienst erwerben, wenn er auch die neben Brahms niedergehaltenen Meister vorführte. Namentlich A. Rubinstein würde hier lehrreich sein, zum Teil als ein besonderer Gegensatz zu Brahms. An Können fehlt es ja weder dem Chor noch den Solisten, wie wir wiederum an beiden Abenden in einer Weise gesehen haben, die uns der Ausbreitung des Lobes auf einzelne Namen wohl überhebt.

Auch dem Raume des Konzertes vom Sonnabende gebührt noch ein Wort. Der neue Saal von Happoldts Brauerei in der Hasenheide ist zwar durch seine unbegreiflich engen Ausgangs- und Garderobenverhältnisse geradezu gefährlich, zeichnet sich aber durch eine wenigstens vernünftige Ausstattung sowie durch eine im ganzen gute Akustik aus. Was zu diesem Zwecke getan und nicht getan worden ist, würde zumal gegenüber denen, die die Raumakustik für einen unzugänglichen Zufall halten, eine interessante Erörterung ergeben. sz.

Humor und Satire.

— Aus dem Kongreßjahr. Dem Antialkoholkongreß in Genf wohnte der Schnapsbrenner Gilka bei. — Bei dem Vegetarierkongreß in München bemerkten wir den Metzgermeister Schmalk. — An dem interparlamentarischen Friedenskongreß in Berlin nahm der Kriegsminister v. Einem teil. („Simplizissimus.")

Notizen.

— Theaterchronik. Als Eröffnungsvorstellung des Berliner Operettentheater in der Belle-Alliance Straße gelangt Mitte Oktober die dreiaktige Tanzoperette „Havana" von Leslie Stuart zur Aufführung. — Im Hebbel-Theater beginnt Ende Oktober ein auf fünf Tage berechnetes Gastspiel Sarah Bernhardts. Gespielt wird Mittwoch, den 21.: „La Sorcière" von Sardou, Donnerstag, 22., „Les Bouffons" von Miguél Zamacois, Freitag, 23., „Le Passé" von Porte Riche, Sonnabend, 25., „Adrienne Lecouvreur" von Sarah Bernhardt (!), Sonntag, 25., „La Dame aux Camélias" von A. Dumas. Der Vorverkauf beginnt am 5. Oktober.

Das Ende der Australneger. Nach den Berichten, die ein von der südaustralischen Regierung nach den nördlichen Distrikten entsandter Vertreter erstattet, sind die Bevölkerungszahlen der Ureinwohner Australiens im Norden in stetem Rückgange; die Eingeborenen stehen vor dem völligen Aussterben und eilige gesetzliche Maßnahmen scheinen geboten, um die interessante Menschenrasse vor dem Verschwinden zu bewahren. Das nördliche Territorium ist der einzige Teil Australiens, in dem noch eine größere Eingeborenenzahl lebt, die außerhalb der Bundesgesetzgebung steht. Der Bevölkerungsrückgang erklärt sich teils aus der großen Verbreitung der Schwindsucht, gegen die Abwehrmittel den Kranken nicht zur Verfügung stehen, teils aus den Mischehen, die vornehmlich der weibliche Teil der Urbevölkerung mit anderen Rassen eingeht. Sie verlassen ihre Lagerplätze, folgen den fremden Gatten und so bleibt das Aussterben der reinblütigen Australier nur noch eine Frage der Zeit.

— Die Fernphotographie in der Praxis. Eine Stockholmer Zeitung hat sich eine fernphotographische Station nach dem System des Professors Korn eingerichtet. Die Uebermittelung von zwei Bildern aus Kopenhagen gelang vortrefflich. In englischen und amerikanischen Städten sollen ähnliche Stationen ins Leben gerufen werden.

traurig um sie, wenn sie das ruhig hinnähmen. Wir sind weit davon entfernt, den Ausschluß von Genossen aus der Partei zu fordern, wenn sie stark von den geltenden sozialdemokratischen Grundsätzen abweichende Anschauungen vertreten. Aber das muß u. E. Leuten wie Maurenbrecher und Calwer mit aller Deutlichkeit gesagt werden: wenn euch das Mazedonien der Sozialdemokratie zu klein ist, dann sucht euch ein größeres, unbeschränkteres Gebiet für eure Wirksamkeit. Aber dann seid auch ehrlich genug, die Konsequenzen daraus zu ziehen: kehrt der Sozialdemokratie den Rücken. Die Unterminierung der Partei, durch eine gewisse Tätigkeit innerhalb wie außerhalb ihrer Mauern ist alles andere nur nicht sozialdemokratisch. Männern, die so handeln, ist mit einer Variation entgegenzuhalten, was Bernstein vor über zehn Jahren der Partei zurief: Und was man ist, das wage man zu scheinen. —"

Die „Volksstimme" zu Frankfurt a. M. bemerkt:

„Ein neuer Mitarbeiter von August Scherl. Neben anderen Preßunternehmen, die den denkbar tiefsten Stand deutscher Journalistik ausdrücken, hat der allzeit findige Herr August Scherl im roten Teil seines „Tag" auch eine Art politischen Meinungsbazars eröffnet. Herr Octavio v. Zedlitz, der den großen Schleifstein der Scharfmacher dreht, der nationalliberale Burschenschafter Böttger, der Zentrumsstreber Erzberger und der blockfreisinnige Schlangenmensch Pachnicke, der sich durch die Sprossen einer Leiter zu winden vermag, verhökern dort für zweifellos sehr gutes Geld ihre Waren. Daß Sozialdemokraten bis heute stets den Takt besessen haben — und es gehört dazu nur ein ganz primitives Taktgefühl —, sich aus dieser gemischten Gesellschaft fernzuhalten, versteht sich am Rande. Aber siehe da! In der gestrigen Nummer des „Tag" stellt sich der Genosse Richard Calwer ein und zwar nicht mit einem x-beliebigen volkswirtschaftlichen Artikel, was auch schon nicht zu entschuldigen wäre, sondern — trotz der Dresdener Beschlüsse! — mit einem Leitartikel über den Nürnberger Parteitag, über eine ganz interne Parteifrage also. Dieses Faktum zu konstatieren genügt wohl."

Im „Volkswillen" (Hannover) lesen wir:

„Noch ein sozialdemokratischer Mitarbeiter an der bürgerlichen Presse. Wie Genosse Maurenbrecher Mitarbeiter an der „Hilfe", so ist jetzt der Genosse Calwer Mitarbeiter an der Scherlpresse geworden, für die er einen Artikel über den Nürnberger Parteitag geschrieben. Von beiden Genossen hätte man billigerweise erwarten dürfen, daß sie einen gefaßten Parteitagsbeschluß besser beachteten."

Das „Hamburger Echo" druckte die Notiz des „Vorwärts" ab.

Die „Dresdener Volkszeitung" schreibt:

„Ein falscher Weg. Genosse Richard Calwer veröffentlicht im „Tag" einen Leitartikel über die Situation in der Sozialdemokratie, wie sie durch den Nürnberger Parteitag geschaffen worden ist. Auf den Inhalt seines Artikels einzugehen besteht für uns kein Anlaß. Es mag nur kurz gesagt werden, daß Calwers Ansicht dahin geht, daß die von bürgerlicher Seite erwartete und prophezeite Spaltung der Arbeiterbewegung nicht eintreten werde, daß die Partei sich aus sich selbst heraus immer mehr zur evolutionistischen Auffassung und Politik entwickeln werde. Der Zweck des Artikels geht dahin, von dieser Calwerschen Auffassung aus Irrtümer der bürgerlichen Presse über die Ergebnisse des Nürnberger Parteitages zu widerlegen. Der Inhalt und Zweck des Artikels ist mithin kein anderer als der mancher anderer Parteigenossen, die dieselbe Frage behandelt haben. Jedoch halten wir es für außerordentlich wenig geschmackvoll, daß Genosse Calwer seine Ansichten ausgerechnet im „Tag" niederlegen muß. Gewiß soll der „Tag" eine Art Diskussionsorgan für Vertreter aller politischen Richtungen sein. Aber vorwiegend arbeiten in ihm reaktionäre Leute wie v. Zedlitz und andere. Und vor allem ist „Der Tag" ein Organ eben jenes Scherlschen Riesenverlages, der durch seine Preßorgane die schlimmste Verbildung der Geister betreibt, der durch scheinbare Unparteilichkeit den politischen Charakter entmannt und schließlich nur der Reaktion dient. In einer solchen Zeitung sollte ein Parteigenosse schon einfach deshalb nicht schreiben, weil er dadurch die Bestrebungen der Parteigenossen erschwert, die für einen Zustand friedlichen gemeinsamen Arbeitens innerhalb unserer Partei eintreten.

Arbeiterbildungsbestrebungen.

Der Arbeiterbildungsausschuß in Frankfurt a. M. hat dieser Tage sein Winterprogramm festgesetzt. Nach diesem werden drei Lehrkurse veranstaltet. Genosse Redakteur Hermann Wendel wird in fünf Abenden das Zeitalter der kapitalistischen Revolution behandeln. Ein Bild des Entwickelungsganges der Gewerkschaftsbewegung wird Genosse Timm-München geben, und über die Entwickelungsstufen des Wirtschaftslebens wird Dr. Duncker-Stuttgart lehren. Ferner sind Einzelvorträge vorgesehen. So wird Genosse Grumbach-Frankfurt a. M. über Literatur und Sozialismus und Frau Kormann-Lorenz-Graz über Ada Negri als Arbeiterdichterin sprechen. Neben geschichtlichen, geographischen und naturwissenschaftlichen Lichtbildervorträgen stehen noch als künstlerische Veranstaltungen Kammermusik-Abende, Lieder-Abende für Kinder und humoristische und satirische Abende auf dem reichhaltigen Programm.

Vom Fortschritt der Presse. 1000 Abonnenten sind nach der Umwandlung der „Fränkischen Volkstribüne" zu Bayreuth durch eifrige Arbeit der Genossen neu gewonnen worden.

Die Parteipresse im Saargebiet. Am 1. Oktober hat die „Volkswacht" in St. Johann ihr Erscheinen eingestellt; dafür wird unter den Parteigenossen des Saarreviers die Frankfurter „Volksstimme", unter den Lothringer Genossen die Straßburger „Freie Presse" verbreitet werden. In einem Abschiedsartikel sagt die „Volkswacht": „Mit dem heutigen Tage geht zum zweiten Male das selbständige Parteiorgan für das Saargebiet ein und zum zweiten Male werden die Gegner freudig triumphieren, aber das sagen wir ihnen: den Gedanken des Sozialismus verbannen sie nicht mehr aus dem Saargebiet, er hat Wurzel gefaßt und wird sich weiter entwickeln, wenn auch langsam, und zwar so, daß demnächst nochmals ein eigenes Blatt begründet, aber auch gehalten wird. Am 27. Dezember 1891 erschien im „Boten von der Saar" das erste selbständige Parteiorgan für die werktätige Bevölkerung des Saar- und Blies-Gaues; es erlag aber dem Drucke und stellte am 31. März 1894 das Erscheinen ein . . . Nach dem Hilger-Krämer-Prozeß im Jahre 1904 glaubten unsere Genossen, der Druck sei gebrochen, und so gründeten sie 1905 in der „Saarwacht" das zweite Parteiblatt, das 1908 in die „Volkswacht" aufging, bei gleichzeitiger Erweiterung des Verbreitungsbezirks. Bei dieser Umgestaltung fand auch eine Verlegung des Druckortes von Frankfurt nach Straßburg statt, wobei sich jedoch unvorhergesehene und ungeahnte Schwierigkeiten und Hindernisse herausstellten, die das Unternehmen von vornherein wieder in Frage stellten. Das hatte dann zur Folge, daß alle die Erwartungen, welche die Genossen an diese Aenderung gestellt hatten, nicht eintrafen, wodurch die Agitations- und Schaffensfreude sehr gelähmt wurde, womit jedoch die vielfach eingerissene grenzenlose Trägheit nicht entschuldigt werden soll. Doch alle diese Umstände haben dazu beigetragen, daß es statt vorwärts dahin gegangen ist, wo wir jetzt angekommen sind, trotz der immensen Opfer der Parteikasse." Zum Schlusse wird die Mahnung ausgesprochen, daß die Parteigenossen trotz der schlechteren Zeitungsverhältnisse einig zusammenstehen möchten, dann werde die jetzt zu Grabe getragene „Volkswacht" bald wieder auferstehen und als besseres Kampforgan dauernd fortleben.

Personalien. In die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" ist am 1. Oktober Genosse Schlee aus Bamberg eingetreten.

Die sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich hielt am Sonntag in Horgen ihren Parteitag ab, der von 175 Delegierten usw. besucht war. Der Abrechnung ist zu entnehmen, daß die Zahl der organisierten Genossen, für die an die Partei Beiträge gezahlt werden, von 4866 auf 7243 gestiegen ist. Die Einnahmen betrugen 8977,29 Frank, die Ausgaben 8030,29 Frank, der Kassenbestand 947 Frank. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war der Antrag der Genossen in Winterthur usw. auf Wiedererwägung des Parteibeschlusses, nach dem in allen vier Nationalratswahlkreisen des Kantons Zürich volle sozialdemokratische Kandidatenlisten aufgestellt werden sollten. Der Wiedererwägungsantrag bezweckte, die Bestimmung darüber den Wahlkreisen selbst zu überlassen. Die Parteileitung kam dem Antrage in der Form entgegen, daß sie ihrerseits dem Parteitage beantragte, zu erklären, daß die Partei nach wie vor die Aufstellung voller sozialdemokratischer Listen als die beste Taktik erachte und sie daher den Wahlkreisen empfehle. Nach kurzer Beratung stimmte der Parteitag mit 105 gegen 59 Stimmen dem Vorschlage der Parteileitung zu, womit dem Wiedererwägungsantrage Rechnung getragen ist. Auf Antrag der Parteileitung wurde weiter beschlossen, von der Aufstellung einer Ständeratskandidatur diesmal Abstand zu nehmen. Mit Befriedigung wurde die Mitteilung entgegengenommen, daß auf die Nationalratswahlen hin eine Agitationsbroschüre von 40 Seiten für den geringen Betrag von 10 Rappen herausgegeben wurde, die also zur Massenverbreitung geeignet ist.

Aus Industrie und Handel.

Die Krise und die Industrieriesen.

Die großen Bergwerksunternehmen wie auch die Industriegiganten, die alle Betriebe der Kohlen- und Eisengewinnung, ferner Gießereien und Walzwerke umfassen, haben das hinter uns liegende Jahr der wirtschaftlichen Depression gut überstanden. Das finanzielle Ergebnis des am 1. Juli 1908 abgeschlossenen Geschäftsjahres hält sich auf dem Niveau der beiden vorausgegangenen Glanzjahre. Mit der Dividendenausschüttung hielt man sich allerdings nicht auf dem vorjährigen Satze, es wurden größere Summen für Abschreibungen angesetzt. Das ist eine Vorsichtsmaßnahme, durch welche man auch für später die Garantie einer guten Dividende gegeben hat. Hält die Depression noch weiter an, reicht das Erträgnis des laufenden Jahres nicht an das des verflossenen heran, dann kann die Summe der jetzt über das Normale und Notwendige hinaus vorgenommenen Abschreibungen mit zu Dividenden verbraucht werden. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, hat das letzte Jahr den großen Unternehmen ein sehr gutes Erträgnis geliefert. Nach dem ewigen Gejammer über fortgesetzte Lohnsteigerungen und Materialverteuerungen hätte man auf einen viel schlechteren Abschluß rechnen sollen. Die Resultate zeigen, was hinter jenen Behauptungen steckt, die immer als bestimmende Ursache für Preiserhöhungen vorgeschoben worden sind. Und da die Preistreiber auch die Hauptrepräsentanten der Scharfmacher stellen, die durch Ausnahmegesetze usw. den Arbeitern den wirtschaftlichen Kampf erschweren wollen, tritt deren Gemeingefährlichkeit im Lichte der finanziellen Ergebnisse der großen Gesellschaften erst recht in Erscheinung. Nachfolgend stellen wir die Ergebnisse von drei großen Unternehmen vergleichend zusammen. Die Geschäftsberichte weisen folgende Ziffern aus:

	Harpener Bergbau Mark	Phönix Mark	Laurahütte Mark	Zus. für die 3 Gesellschaft. Mark
Rohgewinn:				
1905/06 . . .	20 548 832	26 601 005	8 245 256	55 395 093
1906/07 . . .	21 886 885	27 504 628	8 873 547	58 175 068
1907/08 . . .	24 796 837	27 391 883	8 691 546	60 879 826
Abschreibungen:				
1905/06 . . .	8 422 930	7 634 479	4 201 158	20 258 567
1906/07 . . .	9 281 842	9 101 583	4 700 838	23 084 263
1907/08 . . .	11 469 999	12 092 016	4 700 000	28 262 015
Reingewinn:				
1905/06 . . .	8 426 637	16 082 393	4 044 098	28 593 128
1906/07 . . .	9 195 191	18 403 040	4 172 709	31 770 940
1907/08 . . .	8 448 878	15 299 367	3 891 546	27 139 791

Bemerkt sei zu den Zahlen, daß in den Angaben über den „Phönix" für das Jahr 1905/06 die Ergebnisse des später in ihm aufgegangenen „Hoerder Vereins" einbezogen sind. Da die Summen der Rohgewinne bei den einzelnen Gesellschaften verschieden ermittelt sind, nicht gleiche Größen darstellen, haben sie nur für die eigene Gesellschaft Vergleichswert. Wie die Gesamtresultate ergeben, ist der Reingewinn im letzten Jahre gegen den vorjährigen um 4 631 149 M. zurückgeblieben; das Minus gegen den Abschluß 1905/06 beträgt aber nur 1 413 337 M. Dagegen ist die Summe der Abschreibungen im letzten Jahre um über fünf Millionen Mark größer als im Jahre vorher, und für das Jahr 1905/06 sind rund acht Millionen Mark weniger abgeschrieben worden als für 1907/08. Das kommt ja auch in den Rohgewinnen zum Ausdruck. Das letzte Jahr weist die höchste Summe auf, 2 704 758 M. mehr als im Jahre vorher, und gegen 1905/06 ist sogar ein Plus von 5 484 733 M. vorhanden. Anscheinend sind die Unternehmer aber mit solchen Resultaten noch nicht zufrieden; sie wollen den Profit erhöhen durch Druck auf die Löhne, durch Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse. Diesem Zwecke dient die von ihnen nun etablierte systematische Straf- und Rachepolitik gegen mißliebige Arbeiter. Und da gibt es immer noch Leute, die von Harmonie der Interessen reden.

Die Automobilindustrie in Deutschland.

Das Reichsamt des Innern hat über die Entwickelung der Automobilindustrie Erhebungen angestellt, deren Resultate nun vorliegen. Leider müssen die Zahlen schon als ziemlich veraltet angesprochen werden. Für 1907 liegen keine Angaben vor, diese beschränken sich auf die Jahre 1901, 1903 und 1906. Sie geben folgendes Bild:

I. Fahrzeugfabriken.

	1901	1903	1906
Zahl der Betriebe	12	18	34
Kapital	M. 7 536 225	16 806 116	43 001 814
Zahl der Arbeiter	1 580	3 280	10 347
Löhne	M. 1 814 591	3 815 929	13 323 578
Zahl der techn. Beamten . .	196	228	612
Gehälter	M. 270 241	556 582	1 549 194
Zahl der kaufm. Beamten . .	68	167	480
Gehälter	M. 156 419	398 595	1 067 164
Wert der Produktion . .	M. 5 654 794	14 106 240	51 042 780

II. Hilfsindustrie.

Zahl der Betriebe	63	91	154
Kapital	M. 3 260 709	17 245 705	50 068 489
Zahl der Arbeiter	1 303	2 768	10 751
Löhne	M. 1 365 560	2 934 280	12 478 051
Sonstige Angestellte.	173	406	1 468
Gehälter	M. 349 245	628 219	3 366 517
Wert der Produktion . .	M. 6 171 870	17 562 896	82 032 023

Die Summe von 43 Millionen, welche als das in der Fahrzeugindustrie arbeitende Kapital ermittelt worden ist, bleibt hinter der Ziffer zurück, welche sich aus den Bilanzen der Aktiengesellschaften und anderweit gemachten Angaben der Gesellschaften und Einzelfirmen ergeben. Der Unterschied erklärt sich daraus, daß ein großer Teil der Fahrzeugfabriken neben der Herstellung von Krafträdern, Kraftwagen und Motoren auch noch andere Fabrikationszweige betreibt, so z. B. die Herstellung von Fahrrädern, Maschinen, Eisenteilen usw.; in diesen zahlreichen Fällen ist nicht das Gesamtkapital eingestellt, sondern der Teil des Kapitals ermittelt worden, der dem Anteil der eigentlichen Automobilfabrikation gegenüber der gesamten Fabrikation entspricht. Von den Fabriken, welche ihren Betrieb im Laufe des Jahres 1906 eingestellt haben oder in Konkurs geraten sind, waren keine Angaben zu erlangen; auch die Kapitalien dieser Fabriken fehlen daher in der Gesamtziffer.

Dieselben Umstände, wie beim Kapital, sind auch auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter von Einfluß gewesen.

Von den zurzeit noch bestehenden Automobilfabriken haben nur drei die Fragebogen ausgefüllt. Diese Fabriken sind jedoch so unbedeutend, daß ihr Fehlen ohne Einfluß auf die Statistik ist. Weniger Anspruch auf Vollständigkeit kann die Statistik der Hilfsindustrien erheben; bei dieser ist einmal die Zahl derjenigen Betriebe, die nicht geantwortet haben, sehr viel größer gewesen als in der Automobilindustrie; die Hauptschwierigkeit lag aber darin, daß es fast unmöglich ist, den Kreis der zur Automobilhilfsindustrie zu rechnenden Fabrikationszweige zu begrenzen, da viele zur Automobilfabrikation erforderlichen Roh- und Hilfsstoffe außerdem auch in anderen Industrien Verwendung finden und vielfach nicht direkt an den Verbraucher, sondern an Händler geliefert werden, so daß die Erzeuger dieser Stoffe nicht wissen, in welcher Industrie ihr Erzeugnis schließlich Verwendung findet.

In den Produktionszahlen der Hilfsindustrien ist übrigens nicht das enthalten, was von den Hilfsindustrien an die Automobilindustrie geliefert worden ist und in deren Produktionszahlen wiedererscheint, wie Stahl- und Metallguß, Automobilteile und -zubehör, Karosserie, sondern auch die Lieferung von Betriebsstoffen und Ersatzteilen an die Automobilbesitzer, zum Beispiel Benzin, Oel, Radreifen und Laufdecken, und ferner die für Rechnung der Automobilbesitzer ausgeführten Reparaturen. Endlich kommt noch hinzu die sehr erhebliche Ausfuhr von Ersatzteilen und Zubehör, die insbesondere in der Gummiindustrie ins Gewicht fällt.

Der Wert der Statistik der Automobilhilfsindustrien beruht daher weniger in der absoluten Höhe der Zahlen, als in der Vergleichbarkeit der Zahlen der verschiedenen Jahre. Und da ergeben sich folgende Vergleiche. Von 1901 bis 1906 hat bei den Fahrzeugfabriken zugenommen:

die Zahl der Betriebe.	183	Proz.
„ Summe des Kapitals	470	„
„ Zahl der Arbeiter.	550	„
„ Summe der Löhne	634	„
„ Zahl der technischen Beamten .	427	„
„ Summe deren Gehälter . . .	473	„
„ Zahl der kaufmännischen Beamten	606	„
„ Summe deren Gehälter . . .	582	„
der Wert der Produktion	802	„

Demnach ist die Zunahme am geringsten bei den Betrieben; am stärksten ist der Wert der Produktion hinaufgegangen. Darin sowie in dem über die Zunahme der Betriebe hinausgehenden Anwachsen des Kapitals und der dieses Wachstum noch hinter sich lassenden Zunahme der beschäftigten Arbeiterzahl prägt sich der Zug zum Großbetrieb, zur Konzentration aus.

Syndikatsterror.

Die Spirituszentrale hat am 1. Oktober dieses Jahres die Geschäfte der bisherigen Zentrale für Spiritusverwertung auf fernere zehn Jahre übernommen. Wie die Leitung, so sind auch die Geschäftsprinzipien des alten Spiritusringes von dem neuen vollkommen übernommen worden. Um die Abnehmer zur dauernden Geschäftsverbindung und zum ausschließlichen Bezuge des von ihnen zu verarbeitenden Spiritus aller Art von der Spirituszentrale zu zwingen, ist ihnen ein Revers zur Unterschrift vorgelegt, der besagt, daß, wenn sie innerhalb des kommenden Jahres (vom 1. Oktober 1908 bis 30. September 1909) von anderer Seite als vom Ringe beziehen, sie für jeden Hektoliter, den ihnen die Zentrale geliefert hat, 8 M. Aufgeld als Strafgeld zahlen müssen. Die Abnehmer sind also, auch wenn ihnen bessere Qualitäten von anderer Seite offeriert werden, gezwungen, trotzdem ausschließlich vom Ringe zu beziehen, um nicht jene 8 M. Strafe zahlen zu müssen. Denaturierten Spiritus (Brennspiritus) liefert die Zentrale überhaupt nur, wenn sich der Käufer vorher zur ausschließlichen Abnahme seines gesamten Bedarfes von Spiritus aller Art vom Ringe verpflichtet. Die Nürnberger Spiritus-Großhändler haben aus diesem Grunde die Versorgung des Kleinhandels im Nürnberger Bezirk mit Brennspiritus eingestellt. Die Zentrale will als ein wahres Musterinstitut für die Förderung des Verbrauches von denaturiertem Spiritus gelten. Daß die Spirituszentrale durch ihre rigorosen Bedingungen den Vertrieb von denaturiertem Spiritus nicht erleichtert, sondern sehr wesentlich erschwert, liegt auf der Hand. Aber das Ziel, die Konsumenten zu schröpfen, wird erreicht und kein Staatsanwalt schreitet ein gegen solchen Terror, gegen solche Nötigung, die der Erlangung von Vermögensvorteilen dient.

Willkür in der Preisfestsetzung.

Die auffallende Tatsache, daß die Fleischpreise für die gleichen Sorten bei den verschiedenen Fleischern derselben Stadt, ja desselben Stadtviertels außerordentlich von einander abweichen, hat die Zentralstelle der preußischen Landwirtschaftskammern veranlaßt, im August in ungefähr hundert Fleischerläden Berlins, Charlottenburgs usw. Fleisch aufzukaufen und dadurch die wirklich gezahlten Fleischpreise feststellen zu lassen. Dabei ergaben sich außerordentliche Differenzen zwischen den Verkaufspreisen. Innerhalb derselben Stadtbezirke sind Unterschiede bis zu 100 Proz. festgestellt worden. Dieselben außerordentlichen Preisdifferenzen sind auch von der Zentralstelle der preußischen Landwirtschaftskammer in Königsberg festgestellt worden. In anderen Städten bestehen sie sicher auch. Es läßt sich daraus das Fazit ziehen, daß nicht der Einkaufspreis des Schlachtviehes, nicht die Qualität des Fleisches in erster Linie den Preis bedingt, sondern vielmehr die rein willkürliche Preisforderung je nach der Lage und Ausstattung des Geschäftes. Unter solchen Umständen ist die in verschiedenen Städten seitens der Konsumenten erhobene Forderung, daß die Fleischer ihre Verkaufspreise erkennbar in ihren Läden anzuschreiben haben, durchaus berechtigt. In Sachsen, Bayern und Thüringen sind bereits derartige Verordnungen zum Schutze des Publikums erlassen worden. In den Fleisch- und Wurstwarenverkaufsstellen der Konsumgenossenschaften, zum Beispiel der Hamburger „Produktion" und des Leipzig-Plagwitzer Konsumvereins erfolgt die Bekanntgabe der Verkaufspreise ohne behördlichen Zwang, wie überhaupt die Konsumvereine preisregulierend und hygienisch mustergültig vorgehen, weil ihnen jeder Erwerbszweck fernliegt.

Aus der Frauenbewegung.

Zunahme der Frauenarbeit.

Eine ganz unerfreuliche Erscheinung kann seit einigen Monaten am gewerblichen Arbeitsmarkte gemacht werden: Die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften läßt nicht nur entsprechend dem Rückgang des Beschäftigungsgrades nach, sondern weit darüber hinaus. Statt männlichen Arbeitskräften werden weibliche eingestellt, so daß die Zahl der beschäftigten Frauen und Mädchen im laufenden Jahre gegen 1907 noch zunimmt, während die Entlassungen von männlichen Arbeitskräften ein immer stärkeres Heer von Arbeitslosen entstehen lassen. Noch im März dieses Jahres war die Zahl der gewerblich Beschäftigten, gemessen an den Mitgliederziffern der an das „Reichsarbeitsblatt" berichtenden Krankenkassen, größer als im März 1907. Im April trat dann zum erstenmal eine absolute Abnahme gegenüber dem Vorjahre ein, die sich in den nächsten Monaten noch ganz merklich steigerte. Berechnet man ausgehend vom Stande am 1. Januar 1906 die Beschäftigungsziffer fortlaufend von Monat zu Monat, so waren am 1. August 1908 3 237 576 männliche Arbeitskräfte tätig gegen 3 301 400 am 1. August 1907. Die Abnahme be-

trägt 68 824 Köpfe. Am 1. September hat sich das Minus schon auf 79 897 erhöht. Aber nicht genug damit: der 1. September hat auch eine andere Veränderung gebracht, auf die die Aufmerksamkeit hinzulenken ist. Die Ziffer der männlichen Beschäftigten blieb am 1. September sogar hinter der entsprechenden Ziffer des Jahres 1906 zurück. Es stellte sich nämlich die Beschäftigtenziffer am 1. September für die Männlichen wie folgt:

1906	1907	1908
8 224 440	8 303 051	8 223 654

Diese ungünstige Verschiebung ist eingetreten, obwohl die Gesamtzahl der Beschäftigten am 1. September hinter dem Vorjahr nur um 35 168 zurückbleibt. Die Entlassungen der männlichen Arbeiter sind zum Teil dadurch wieder ausgeglichen worden, daß mehr weibliche Arbeitskräfte eingestellt worden sind. Freilich ganz wirkungslos ist der matte gewerbliche Beschäftigungsgrad auch am Arbeitsmarkt für Weibliche nicht vorübergegangen, aber hier fand doch immerhin noch eine bemerkenswerte Zunahme der Beschäftigten statt. Und namentlich hat es noch keinen einzigen Monat seit Eintritt des gewerblichen Rückganges gegeben, in dem die Zahl der weiblichen Beschäftigten hinter dem Vorjahr zurückgeblieben wäre. Es stellte sich die Ziffer der weiblichen Beschäftigten am 1. September wie folgt:

1906	1907	1908
1 282 367	1 363 061	1 407 290

Gegen 1907 ergibt sich für das laufende Jahr ein Mehr von 44 229 Köpfen. Entsprechend dieser Bewegung der Beschäftigtenziffer gestaltet sich nun auch an den Arbeitsnachweisen der Andrang von männlichen und weiblichen Arbeitsuchenden recht verschieden. Im Juli 1907 war der Andrang von Männlichen um rund 9 Proz. stärker als 1906, der der Weiblichen um 12 Proz. Im August 1908 aber hatte der Andrang am Arbeitsmarkt für Männliche um nicht weniger als 54 Proz., der am Arbeitsmarkt für Weibliche aber nur um 22 Proz. zugenommen. Aus der Gegenüberstellung der Beschäftigtenziffer für männliche und weibliche Arbeiter ergibt sich, daß eine Folge des gewerblichen Rückgangs eine recht ansehnliche Zunahme der Frauenarbeit auf Kosten der männlichen Arbeitskräfte ist.

Wieder eine Lösung der Dienstbotenfrage!

Der bestehende Mangel an Dienstboten treibt die beteiligten Kreise immer wieder zu Abhilfeversuchen. So sind in Amerika, in England und auch bei uns in Deutschland von einzelnen Anstalten und Vereinen Einrichtungen getroffen worden, die den Herrschaften Dienstboten und zwar, was die Hauptsache dabei ist, billige und unterwürfige Dienstboten verschaffen sollen. So schlug, wie bürgerliche Blätter melden, Stadtrat und Waisenvater Knops auf der Jahresversammlung der Armenverwaltung vor, Lehrverträge von 3 Jahren einzuführen, für Waisenmädchen, die bei guten und zuverlässigen Familien als Dienstmädchen in die „Lehre" gebracht werden. Laut Vertrag wären die jugendlichen Mädchen verpflichtet, 3 Jahre bei der betreffenden Familie auszuhalten. Sonderbar ist es, daß bei diesem Vorschlag die Lohnfrage gar nicht gestreift wird. Oder nimmt man als selbstverständlich an, daß die Mädchen 3 Jahre umsonst zu arbeiten haben? Damit wäre allerdings für gewisse „Herrschaften", die heute keine Mädchen bekommen, die Dienstbotenfrage zur Zufriedenheit gelöst. Und sollen die jungen Mädchen auf Gnade und Ungnade den respektiven Familien ausgeliefert sein? Sollen die „Lehrmädchen" einfach im Dienstbotenstand untergebracht werden, ob sie gewillt und geeignet sind oder nicht? Diese Fragen beweisen schon, daß man bei jenem Projekt über die Auffassung, Proletarier und deren Kinder seien einfach nur Objekte gesellschaftlicher Maßnahmen, nicht hinausgekommen ist. Die Dienstboten haben allen Anlaß, gegen die geplante unlautere Konkurrenz sich energisch zu wehren. Die Herrschaften, die sich bedienen lassen wollen, sollen nur anständig bezahlen und die Angestellten als Menschen behandeln! Dann werden sie genügend Arbeitskräfte bekommen.

Leseabende.

Zweiter Kreis. Dienstag, den 6. Oktober, 8½ Uhr, bei Wiemers, Bülowstr. 58. — Versammlung fällt aus.

Sechster Kreis. 6. Abteilung: Donnerstag, den 8. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Schölzel, Boyenstraße 12.

Pankow. Mittwoch, 7. Oktober, 8½ Uhr, bei Abendroth, Mühlenstraße 81.

Versammlungen.

Los von der Kirche.

In einer zu Sonntagmittag um 12 Uhr einberufenen öffentlichen Volksversammlung sprach Genosse Adolf Hoffmann über das Thema: „Los von der Kirche und der nicht Kirchensteuer bezahlenden Geistlichkeit!"

Der große Saal im Feenpalast mit seinen Galerien war bis ebenhin vollbesetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß der verdiente Genosse Tuxhauer verstorben ist. Die Versammelten erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen.

Weiter machte der Vorsitzende die Anwesenden darauf aufmerksam, daß erkannte Kriminalbeamte sich durch Bezahlung des Eintrittsgeldes Zutritt zur Versammlung verschafft hätten und daß die Anwesenden vorsichtig sein sollten, wenn sie ihre Nachbarn nicht kennten.

Sodann nahm Genosse Hoffmann das Wort zu seinem Vortrag, den er mit dem Gedicht von Herwegh einleitete: „Wir haben keinen Vater . . ." Man könne gut religiös sein, ohne an Dogmen zu glauben und ohne der staatlich privilegierten Kirche anzugehören. Viele fromme Christen sagten sich heute schon los von der Kirche, weil diese mit den Lehren des Nazareners nicht übereinstimme. Würde Jesus leben, so stände er gewiß nicht auf der Seite der Kirche, sondern auf seiten der Enterbten und Verstoßenen. Seine jetzigen Stellvertreter kämpfen viel schlimmer und hartnäckiger um Erhöhung ihres Einkommens, wie die — Sozialdemokraten. (Große Heiterkeit.) Er kenne genug Sozialdemokraten, die glücklich wären, wenn sie nur die Hälfte des Gehalts, das die frommen Hirten beziehen, hätten. Und doch verlangten diese jetzt noch mehr. Und er sage: mit Recht! Jeder müsse versuchen, seine wirtschaftliche Lage so gut wie möglich zu gestalten. Die Pfarrer hätten ja auch schon Berufsorganisationen und er würde sich gar nicht wundern, wenn sie eines Tages in eine Lohnbewegung einträten. (Stürmische Heiterkeit.) Aber sie mögen ihr Gehalt nicht auf Kosten derjenigen erhöhen, die gar nichts von ihnen wissen wollten, oder von jenen, die infolge ihrer abhängigen Lage, nicht aus der Kirche austreten können. Und gerade wir, die wir nicht an die Heilslehre glauben, sind für die Befreiung der Kirche, für die Befreiung von — Staat und Geldsack! Warum gibt denn der Staat so viel Geld für die Kirche aus? Der Etat der deutschen Bundesstaaten enthalte 100 Millionen für Kirchenausgaben und etwas über 300 Millionen für Schulen. Darin sei aber noch nicht das enthalten, was die Kommunen zuschießen. In Sachsen, wo die Pfarrer etwas mehr freie Hand hätten, gingen sie auch in gegnerische Versammlungen, um die Arbeiter von dem Wert der Kirche zu überzeugen und die Redner zu widerlegen. So sagte auch einst ein Pfarrer: Der Staat sei verpflichtet, die Kirche finanziell zu unterstützen, weil er früher die Kirchengüter in Beschlag genommen habe. Er, Redner, habe dem Pfarrer gesagt, daß er sofort für die Wiederherausgabe dieser widerrechtlich genommenen Güter eintreten würde, wenn die Kirche nachweisen könne, daß sie die Güter rechtmäßig erworben hat! (Große Heiterkeit.) Ein französischer Geistlicher habe es erst vor kurzer Zeit ausgesprochen, daß vier Fünftel aller Kirchengüter zu unrecht erworben wären und von dem letzten Fünftel könne man nicht nachweisen, daß es rechtmäßig erworben sei. Die heutige Kirche sei auch nicht gerade wählerisch, sie erhebe Kirchensteuern nicht nur von Gläubigen, sondern auch von Ungläubigen, von Juden, Heiden und anderen. Selbst von Geldern aus Bordellen würden heute Kirchen gebaut. Die ehrlichen Gläubigen kämpften schon längst gegen diese Zustände, da sie der Meinung sind, die Kirche kompromittiere sich, wenn sie ausgehalten werde. Bezeichnend sei es, daß in der Toleranzkommission, der er, Redner, zugeteilt war, die Vertreter des Zentrums erklärt hätten, sie verzichteten gerne auf die staatliche Hilfe, die „liberalen" Evangelischen dagegen, darunter Herr Schrader, protestierten gegen die Zurückziehung der Staatshilfe, denn damit „raube man der Kirche das Rückgrat". Das beweise sehr wenig Vertrauen zu Gott, der bloß zu wollen braucht, um die Kirche groß und stark zu machen. Heute dürften die Geistlichen gar nicht die Wahrheit sagen, sonst müßten sie sofort den Rock ausziehen. Nicht jeder habe den Mut, wie der frühere Pfarrer, jetzige Genosse Stern, um vor seine Vorgesetzten hinzutreten und freimütig zu bekennen: „Ich will die Gemeinde nicht belügen." Sieben Zehntel aller Geistlichen seien so erzogen, daß sie, wenn sie den Talar auszögen, sich im bürgerlichen Leben ihren Unterhalt gar nicht erwerben könnten.

Warum gebe nun der Staat so viel Geld für die Kirche aus? Weil er sonst in unserer elenden, erbärmlichen kapitalistischen Wirtschaftsweise die Massen auf die Dauer nicht zufrieden erhalten könnte. Das allein sei die Aufgabe der Kirche. Daher immer der Hinweis auf das Gleichnis von dem Kamel und dem Nadelöhr. Nach deren Anschauung sei jede Bestrebung um bessere Zustände Gotteslästerung. Er aber sage: Wenn Gott dem Menschen eine Vernunft gab, dann gab er sie nicht, wie einen Kommerzienratstitel, ohne innere Bedeutung. (Beifall.) Wenn es aber einen Gott gäbe, so würde er es nicht zulassen können, daß Tausende blühender Menschen in den Krieg gehetzt werden, nimmermehr würde er den Massenmord gutheißen. Sie aber, die die Anstifter sind, verkröchen sich jedesmal hinter den Herrgott. Alles geschehe nach deren Redensarten nach Gottes unerforschlichem Ratschluß. Auch das Hochbahnunglück. Der liebe Gott hätte aber sicher nichts dagegen gehabt, wenn man das Gleisdreieck so konstruiert hätte, daß kein Zusammenstoß hätte erfolgen können; aber das hätte mehr Geld gekostet. (Stürmischer Beifall.) Ueberhaupt: könne ohne ihn nichts geschehen, so brauche man auch kein Militär, keine Polizei usw. für den Schutz der Geldsäcke. Friedrich der Große hat gesagt, jeder möge nach seiner Fasson selig werden, heute heiße es: die Religion müsse dem Volke erhalten bleiben. Mit dem Volke sind die Armen gemeint. Die Gedankenlosigkeit der Massen stütze heute bloß noch die Kirche, würden alle, die mit den Dogmen innerlich gebrochen haben, austreten, so zeigte sich bald ein anderes Bild. Wandel könne nur geschaffen werden, wenn alle ehrlichen Christen und Juden austreten, dann verliere der Staat das Interesse an der Erhaltung der Kirche. Wer dagegen drin bleibe, dem geschehe es recht, wenn er Steuern zahlen müsse. Arbeiter besonders riskierten nichts beim Austritt. Beamten dagegen könne man es unter den heutigen Umständen nicht empfehlen, da sie ihre Existenz aufs Spiel setzen. Für diese sei die Kirchensteuer aber eine Ungerechtigkeit, jene dagegen, die fromm sind, sollten sich ihren Herrgott noch etwas kosten lassen. Der Spott der Synoden über die Austrittsbewegung sei jetzt schon einer heillosen Angst gewichen. So ward schon gesagt, die Prediger befänden sich in einer sehr üblen Lage, weil sie selbst keine Steuer zahlten, das mache auf die kleinen Leute einen ungünstigen Eindruck. Aber die Mehrheit der Geistlichen wolle von einer sie treffenden Kirchensteuer nichts wissen; den Aermsten der Armen jedoch soll sie abgeknöpft werden. Heute werden ja die Gelder zu Gottes Ehren durch den Gerichtsvollzieher eingetrieben. Doch mehrten sich die Austritte in erfreulicher Weise. In einer Synode traten in einem Jahre 711 Personen aus. Häufig würden die Taufscheine von den Kirchenbehörden verweigert, gegen Recht und Gesetz, wenn sie merken, um was es sich handelt, bis die Frist der Anmeldung verstrichen ist. Deshalb solle sich jeder, der standesamtlich getraut ist, dort den Taufschein oder eine Abschrift gegen 50 Pf. Gebühr geben lassen. Aber auch die Ehefrau müsse austreten, sonst werde sie trotzalledem zur Hälfte der Steuer herangezogen auch wenn sie nichts verdiene. Redner bespricht noch das häusliche Leben und die Kindererziehung und schließt mit seinen wuchtigen, temperamentvollen Ausführungen, die in den Appell ausklangen: Wir glauben auch an eine Auferstehung, aber an eine in unseren Kindern. Wenn wir sie in unserem Sinne erziehen, wenn wir mehr wie bisher die Frauen aufklären und organisieren, wenn wir unsere Presse lesen. Bald feiern wir wieder das Fest der Liebe, aber die Welt starrt in Waffen. Einem edlen Manne wie Liebknecht will man die Ehre absprechen, weil er gegen Militarismus und Krieg kämpft. Gegen diese beiden müsse unseren Kindern der Abscheu schon mit der Muttermilch beigebracht werden. Kein Reichsanwalt wird imstande sein, eine solche Mutter wegen Hochverrat anzuklagen. Zur Freiheit, zur Kultur, raus aus der Kirche, frei von der Kirche und von den Pfaffen." (Stürmischer Beifall.)

Eine Diskussion folgte dem zweistündigen Vortrag nicht.

Gerichts-Zeitung.

Ein blutiger Zusammenstoß zwischen einem Förster und Wilderern lag einer Anklage zugrunde, mit der sich gestern das Schwurgericht des Landgerichts III zu beschäftigen hatte. Unter der Anklage des **versuchten Totschlags**, der **Bedrohung** und des **gewerbsmäßigen Wilderns** stand der Straßenbahnschaffner August Rückert, während sich der Büchsenmacher August Kloth wegen Bedrohung und Wilderns zu verantworten hatte. Die Angeklagten wurden durch die Rechtsanwälte Dr. Schwindt und Dr. Bartels verteidigt. In dem Vorverfahren hatten sich Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten Kloth herausgestellt. Auf Anordnung des Gerichts war K. zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die Kgl. Charité untergebracht worden. Da zu der gestrigen Verhandlung der Professor Dr. Seiffer, der den Angeklagten untersucht hatte, nicht erschienen war, mußte die Verhandlung gegen ihn abgetrennt werden. Es wurde deshalb gegen Rückert allein verhandelt, der im Gegensatz zu Kloth völlig unbestraft ist, während dieser viermal wegen Körperverletzung und auch schon wegen Jagdvergehens vorbestraft ist. Mitte vorigen Jahres lernten sich die beiden Angeklagten auf einem Schießstand in Schönholz kennen. Rückert, der mit besonderem Eifer dem Schießsport huldigte, brachte einige Tage später ein Gewehr, welches repariert werden sollte, zu Kloth. Bei diesem Anlaß verabredeten sie, in der Forst zwischen Sadowa und Karlshorst zu wildern. Kloth stellte zwei zusammenlegbare Wildererbüchsen her, die bequem unter den Ueberzieher geknöpft werden konnten. In der Folgezeit erlegten die Angeklagten wiederholt Rehe und Fasanen. Das Wildpret verbrauchten sie teils in ihrer Häuslichkeit, teils wurde es an Wildhändler verkauft. Diese Wilddieberei wurde hauptsächlich auf dem Jagdterrain des Rittergutsbesitzers von Treskow verübt. Der bei dem Jagdpächter angestellte Privatförster Otto Köhn fand wiederholt in der Forst die Reste eines aufgebrochenen Rehes. Sehr häufig wurden auch von Bewohnern der dortigen Gegend des Nachts und am frühen Morgen Schüsse gehört. Es wurde deshalb eine besondere Wilddiebspatrouille gebildet, die jedoch die Wilderer nie zu Gesicht bekam. Als es dem Förster Köhn endlich am 24. November v. J. gelang, die beiden Wilderer zu stellen, kam es zu einem **blutigen Rencontre**. Am Nachmittage des 24. November, als es schon zu dunkeln anfing, befand sich der Förster in der Nähe des sog. Mittelbruchs. Plötzlich bemerkte er an dem Biesdorfer Grenzgraben zwei Männer, die sich bemühten, sich hinter einem Weidengebüsch zu verstecken. Der Forstbeamte schöpfte sofort Verdacht und ging mit schußbereiter Flinte auf die beiden Männer zu. Als diese ihn ankommen sahen, ergriffen sie die Flucht nach entgegengesetzten Richtungen. Dem Kloth gelang es, im Gehölz zu verschwinden. Köhn nahm nunmehr die **Verfolgung des Rückert** auf, den er auch bis auf eine Entfernung von etwa zehn Schritten erreichte. Als R. sah, daß eine weitere Flucht aussichtslos war, lief er in einen Graben, so daß er für einige Sekunden für den Förster unsichtbar wurde. In diesem Augenblick krachte ein Schuß, Rückert hatte in wilder Haß seine Flinte an die Wange gerissen und auf den Förster geschossen. Nur durch den Umstand, daß Köhn gerade an diesem Tage eine dicke Jagdmütze trug, die sich später wie mit Schrotkörnern gespickt zeigte, drangen dem Förster nur einige Schrotkörner in den Unterleib. Außerdem hatte er schmerzhafte Verletzungen an der Hand erlitten. Köhn war durch den Schuß zu Boden geschleudert worden, er sprang jedoch schnell wieder auf und gab nun ebenfalls einen Schuß ab, der den R. in die Lunge traf. In diesem Augenblick tauchte auch Kloth wieder auf. Als dieser ebenfalls sein Gewehr anlegte, gab der Förster nochmals Feuer, ohne jedoch den zweiten Wilddieb zu treffen. Die Verletzungen des Rückert stellten sich als ziemlich schwere heraus. Er sowohl wie der Förster wurden nach dem Augusta-Hospital geschafft.

Vor Gericht war der Angeklagte des Jagdvergehens geständig, er bestritt jedoch mit aller Energie, absichtlich auf den Förster geschossen zu haben. Nach seiner Darstellung habe sich sein Gewehr durch einen ungeschickten Handgriff von selbst entladen. Nach mehrstündiger Beweisaufnahme bejahten die Geschworenen die Schuldfrage nach Jagdvergehen und qualifiziertem Widerstand gegen einen Forstbeamten im Sinne der §§ 117 und 118 St.-G.-B. Der Staatsanwalt beantragte 3 Jahre 1 Monat Zuchthaus, der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr 7 Monate Zuchthaus unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft.

Für Dienstboten gut genug.

Vor dem Landgericht München I hatte sich am Freitag die Gastwirtsehefrau Maria Röder, eine Köchin und ein Herdmädchen wegen eines fortgesetzten Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu verantworten. Die Verhandlung zeigte, mit welcher Frivolität die angeklagte Gastwirtin aus purer Profitgier mit der Gesundheit der Dienstboten und der bei ihr verkehrenden Gäste monatelang ungestraft freveln konnte. Von Anfang Mai bis Ende Oktober 1907 mußten die beiden mitangeklagten Mädchen die von den Gästen übrig gelassenen Fleischbrocken sammeln und bei Zubereitung von Speisen wieder verwenden. Sehr häufig in der Woche wurden von stinkigen Fleischbrocken sogenannte Fleischpflanzeln (Fleischkuchen) fabriziert, und wenn diese dann an einem Tage nicht verkauft werden konnten, den Dienstboten vorgesetzt oder noch mehrere Tage aufbewahrt und dann wieder aufgewärmt. Stockwürste und Lunge, die schon in Zersetzung übergegangen waren, wurden den Dienstboten vorgesetzt. In einem Falle wurden in den Speisen Russen und Schwaben, in einem anderen Falle ein 5 Zentimeter langes Frauenhaar gefunden. Braten, Schweinsrippel, Kartoffelgemüse, die schon mit Schimmel überzogen waren, wurden wieder verwendet. Das angeklagte Herdmädchen, das alltäglich mit der Zubereitung der Frühstücks- (Wasser-) Suppe für das Personal betraut war, hatte hierzu zusammengeschüttete Suppenreste, stinkiges Fett, ja, wie die Anklage behauptet, einmal Spülwasser verwendet. Das Personal hatte in der Portierloge eigens eine Kiste aufgestellt, in die sie die schlechten Speisen warfen. Zahlreiche Dienstboten sowie Gäste mußten sich häufig erbrechen oder erkrankten an Fleischvergiftung. Von den Angestellten des Restaurants bekamen nur der Schänkkellner und die Büffetdame bessere Kost — die Frau Wirtin hatte jedenfalls alle Veranlassung, die beiden bei gutem Humor zu halten. Das Gericht erkannte für die beiden angeklagten Dienstboten auf Freisprechung, für die Wirtin hielt es eine Gefängnisstrafe von — — einer Woche ihrem Verschulden für „angemessen". Wirklich eine sehr milde Strafe!

Vermischtes.

Die Cholera.

In den letzten 24 Stunden, bis gestern mittag, wurden 136 neue Erkrankungen und 62 Todesfälle an Cholera verzeichnet. Die Zahl der Kranken beträgt 1739. — Nach einer Statistik kamen vom 25. September bis zum 1. Oktober im ganzen russischen Reich 8251 Choleraerkrankungen und 1571 durch Cholera verursachte Todesfälle vor. In der Vorwoche waren 4922 Erkrankungen und 2281 Todesfälle zu verzeichnen. Seit Ausbruch der Epidemie sind 8947 Todesfälle bei 19612 Erkrankungen festgestellt worden. — Die Gouvernements Estland und Witebsk und Stadt Warschau sind für cholerabedroht erklärt worden. — Ein deutscher Kaufmann, der aus Rußland zurückkehrte, ist in einem Lemberger Hotel unter choleraverdächtigen Erscheinungen gestorben.

Ein Revolverheld.

Gestern nacht gegen ½1 Uhr kam es infolge einer Rempelei in der Hohenstraße in Meseritz zu Tätlichkeiten zwischen jungen Leuten, in deren Verlauf der Bautechniker Dau einen Fleischergesellen erschoß und einen Arbeiter durch einen Schuß in den Unterarm verletzte. Der Täter wurde verhaftet.

Aus Seenot gerettet.

Die Rettungsstation Prerow der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 5. Oktober wurden von einem beim Leuchtturm Darsserort gestrandeten schwedischen Seeschuner Kapitän Jansson und fünf Personen durch das Rettungsboot der Station Prerow und den Raketenapparat der Station Darsserort gerettet.

Der Liebe Ende.

Auf dem Obersee bei Berchtesgaden erschoß gestern Leutnant Wilhelm Runke seine Geliebte Marie Schwertner und warf sie in den See. Hierauf erschoß er sich selbst und stürzte gleichfalls in den See. Beide stammen aus Wien.

Eisenbahnunglück.

Ein Personenzug der Arad-Csanader Eisenbahn fuhr bei Becska infolge falscher Weichenstellung in einen Rangierzug hinein. Sämtliche Waggons wurden zertrümmert. Der Zugführer und zwei Reisende wurden getötet und fünfzehn Personen verletzt.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft rege, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, in Fasanen über Bedarf, Geschäft flau, Preise nachgebend. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise besser. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft sehr schleppend, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ziemlich lebhaft, Preise für Butter anziehend. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr meist über Bedarf, Geschäft ruhig, Preise gedrückt.

Witterungsübersicht vom 5. Oktober 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0°C = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0°C = 4° R.
Swinemünde	762	NW	3	halb bd.	13	Haparanda	755	NO	2	bedeckt	3
Hamburg	767	NNW	4	bedeckt	11	Petersburg	739	ONO	4	Regen	4
Berlin	764	NW	4	wolkig	12	Scilly	766	O	3	bedeckt	14
Frankf. a. M.	767	Still		Nebel	12	Aberdeen	772	SO	2	bedeckt	11
München	768	SW	3	heiter	12	Paris	768	NO	1	Nebel	12
Wien	764	W	4	wolkenl	17						

Wetterprognose für Dienstag, den 6. Oktober 1908.
Ziemlich heiter bei frischen nordwestlichen Winden, kühlerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur; keine oder unerhebliche Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 4. 10. cm	seit 3. 10. cm [1]	Wasserstand	am 4. 10. cm	seit 3. 10. cm [1]
Memel, Tilsit	157	+1	Saale, Grochlitz	71	−3
Pregel, Insterburg	−16	+3	Havel, Spandau [2]	37	0
Weichsel, Thorn	82	−2	" Rathenow [2]	32	+4
Oder, Ratibor	110	−2	Spree, Spremberg [2]	70	0
" Krossen	97	−1	" Beeskow	69	+1
" Frankfurt	107	−2	Weser, Münden	−93	0
Warthe, Schrimm	42	0	" Minden	—	—
" Landsberg	23	−2	Rhein, Maximiliansau	426	−8
Netze, Vordamm	−3	+1	" Kaub	208	−6
Elbe, Leitmeritz	−54	−8	" Köln	204	−8
" Dresden	−186	+2	Neckar, Heilbronn	85	−5
" Barby	51	−1	Main, Wertheim	114	−1
" Magdeburg	70	−1	Mosel, Trier	33	−4

[1] + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2] Unterpegel.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

K. T. 16. Da Sie das Schriftstück unterschrieben haben, sind Sie leider zur Zahlung verpflichtet. — **H. R. 2.** Sie würden noch jetzt auf Zahlung des Ihnen vorenthaltenen Teiles klagen können. — **G. L. 38.** Wenn Ihr Einkommen mehr als 1200 M. beträgt, ja. — **Wette 1.** Unterzeichnung ist nicht erforderlich. — **T. W. R. 32.** 1. Sie werden voraussichtlich zur Zahlung verurteilt werden. 2. Zweckmäßig ist es, vor dem Termin die Miete zu zahlen, weil dann die Kosten erheblich geringer sind. Noch geratener ist es, beim Anwalt zu vereinbaren, daß er die Klage zurücknimmt und sogleich die für den Fall der Rücknahme entstehenden Kosten zu zahlen. 3. Nein: die Kosten wären erheblich größer. 4. Auf Grund einer schriftlichen Vollmacht ja. — **J. K. 10.** Nach der herrschenden Ansicht leider ja. — **G. W. 67.** Ja. — **R. M. 22.** Ja. — **F. S. 59.** Leider in Gemäßheit des § 23 der Einkommensteuer-Novelle: Ja. — **E. M. 1863.** Liegt die Sachlage so, wie Sie sie schildern, so hat voraussichtlich Ihre Klage Erfolg, während die Gegenklage abgewiesen werden wird. — **B. 40.** Voraussichtlich würde auf einen Eid für den Kläger erkannt werden. Es kann die gesamte Forderung oder ein Teil eingeklagt werden. Die Kosten würden, wenn beide Teile ihre Rechte durch einen Anwalt vertreten lassen, in erster Instanz etwa 100 M. betragen. — **Alfos 11.** Die Invalidenrente beträgt, wenn nur zur Lohnklasse IV gezahlt ist, 140 M. Zu diesem Betrag kommen so viel mal 10 Pf., als Marken geklebt sind. Demjenigen, der eine Invalidenrente bezieht, ist keineswegs verwehrt, so viel ihm möglich noch zu verdienen. — **P. 13.** Ja. — **B. H.** Nein, jeder Kirchenrat bezw. jeder Bezirk hat darüber andere Bestimmungen. — **E. 100.** 1. Die Klage hätte leider wenig Aussicht auf Erfolg. 2. Um das Armenrecht zu erwirken, läßt man sich zunächst von der Behörde (in Berlin vom Armenkommissionsvorsteher) bescheinigen, daß man zur Tragung der Kosten des Prozesses nicht in der Lage ist. Dieses Attest überreicht man sodann dem Gericht, legt dar, weshalb man klagen will, gibt die Beweismittel an und beantragt, das Armenrecht zu bewilligen. Hierauf entscheidet das Gericht. 3. Am 25. März 1902 ist die Stammstrecke der Hochbahn (Warschauer Brücke—Zoologischer Garten) eröffnet. — **Geld.** Die Sparkasse ist am meisten zu empfehlen. — **R. M. 26.** In der Regel wird eine Rüge genügen. — **H. S. 23.** Zum Beitritt zu der von Ihnen genannten Kasse „Viktoria, Deutsche Volkskrankenkasse" vermögen wir nicht zu raten. — **A. S. 21.** 1. Nein. 2. Klagen Sie gegen den Wirt auf Herstellung der Tür. — **W. M. 5000.** Nein. — **E. 12, Proskauer Straße.** Siehe den Artikel „Der Steuerteufel geht um" im redaktionellen Teil unter Soziales. — **A. B. 333.** Leider würden Sie im Prozeßwege nichts ausrichten können. — **Böhrig.** Eine solche Möglichkeit besteht nicht. — **F. L. R. 30.** Eine Kündigungsfrist besteht in Ihrem Falle nicht. — **H. R. 35.** Der Chef ist zum Abzug nicht berechtigt, wenn Sie ohne Ihr Verschulden den einen Tag gefehlt haben. Sonst könnte Ihnen der 30. Teil des Monatsgehalts in Abzug gebracht werden. — **S. 131.** Wenden Sie sich direkt an die Zollbehörde, möglichst unter Vorzeigung einer Probe.

Als Verlobte empfehlen sich
Elise Lehmann
Richard Schreiber.
Rixdorf 1908. 20645

Einer der alten Vorkämpfer unserer Partei, der treue und bewährte Genosse

Franz Tutzauer

ist am 3. Oktober dahingeschieden.

Seine aufopferungsvolle Tätigkeit als Mitbegründer unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, seine Wirksamkeit als Stadtverordneter und Reichstagsabgeordneter, als Berater in gewerblichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, sichern ihm ein allezeit ehrendes Andenken in unseren Reihen.

Die Beisetzung findet heute **Dienstag, den 6. Oktober, nachmittags 5 Uhr,** von der **Leichenhalle der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee,** aus statt. 205/18

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins u. Umgegend.

Am 3. Oktober verschied nach kurzem Krankenlager unser langjähriger Kassierer Genosse

Franz Tutzauer.

Da wir in demselben einen braven und ehrenhaften Charakter, einen zielbewußten Genossenschaftler und treuen Mitarbeiter verlieren, werden wir demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Das Verkaufs- u. Bureaupersonal der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

Verband der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen u. d. Berufsgenossenschaften Deutschlands.

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Den Kollegen hiermit zur Kenntnis, daß am 3. Oktober cr. unser Kollege

Franz Tutzauer

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Er war allezeit bereit, für die Interessen seiner Kollegen einzutreten.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 6. Oktober, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Begräbnisplatzes der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. 291/6

Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter.

Verwaltung Berlin D.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser ältestes Mitglied

Franz Tutzauer

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute nachmittag 5 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes in Berlin, Pappel-Allee, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ersucht

184/8 **Die Ortsverwaltung.**

Nachruf.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser früherer langjähriger öffentlicher Vertrauensmann und Bevollmächtigter

Otto Naether

am Sonnabend, den 3. d. Mts., in Stuttgart gestorben ist.

Der Verstorbene hat viele Jahre mit unermüdlichem Eifer im Dienste der Organisation der Berliner Metallarbeiter gewirkt und sich um unsere Sache große Verdienste erworben.

Wenn die Namen derjenigen genannt werden, die hervorragend für die Organisation der Berliner Metallarbeiter gewirkt haben, wird auch der Name unseres jetzt verstorbenen Freundes nicht vergessen werden dürfen. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
123/1 **Ortsverwaltung Berlin.**

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Nachruf.

Am 23. September verstarb unser Mitglied, der Bauarbeiter

Hermann Hauf

Wilhelmshavener Straße 60.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

229/20 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Karl Scheer

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in der Müllerstraße aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

123/2 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klavierarbeiter

Heinrich Glaser

am 3. Oktober gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 6. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

91/10 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Botenfrau

Auguste Gruber

am 2. d. M. im Alter von 39 Jahren gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung fand am Montag, den 5. d. M., statt.

71/10 **Die Verwaltung II.**

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in **Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien** sowie **sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.** Liefer. f. Orts- u. Hülfs-Krankenkassen **Berlin N.,** 24882*

jetzt Lothringer Straße 60.

Alle Bruchbänder mit elastischen Peloten, angenehm u. weich am Körper.

Reste

Damentuche, schwarz u. farbig, Kostüm-Stoffe, neueste Muster. Seide, Sammete, Besätze, Futterstoffe, Cheviot-Kammgarne zu Knaben-Anzügen.

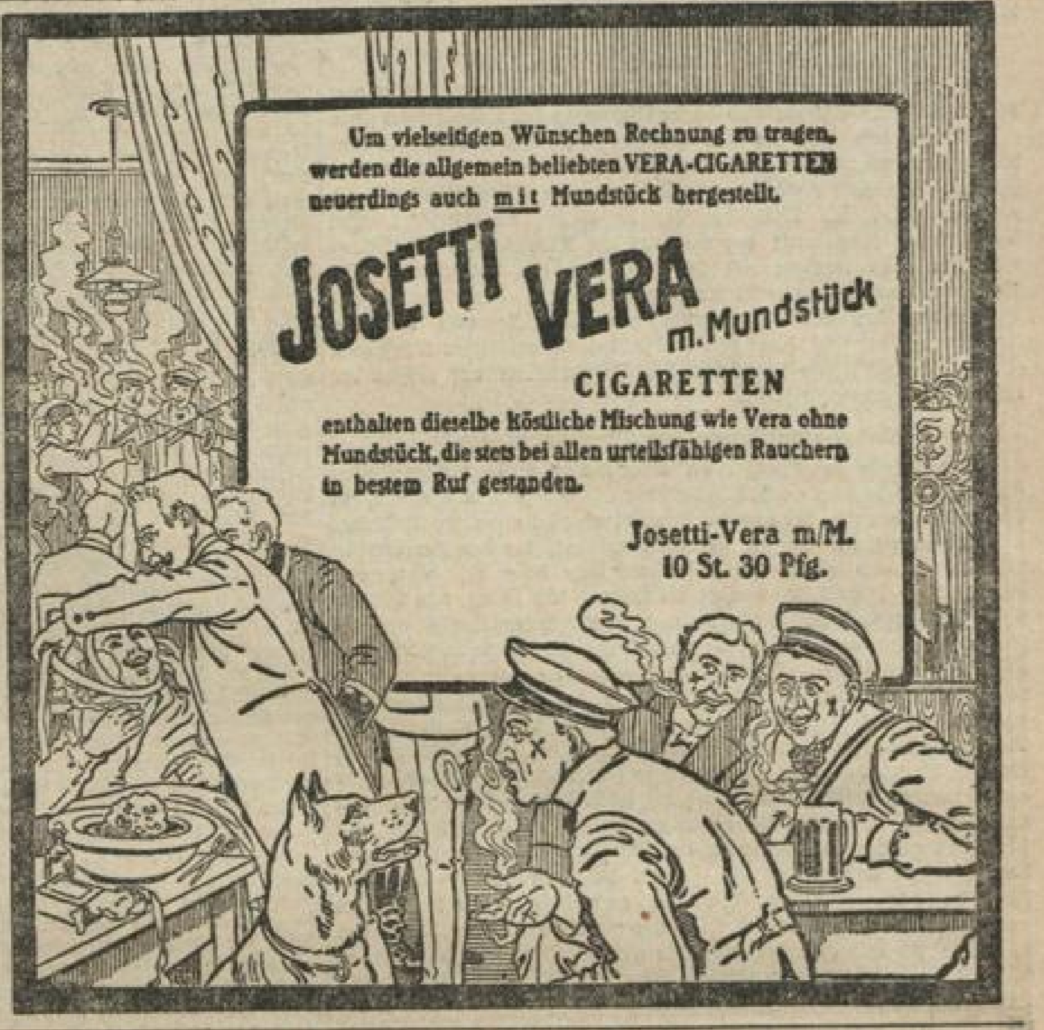
Konfektion:

Paletots, Jacketts, Staubmäntel, Kostüme, Kostümröcke.

Stets Gelegenheitskäufe!

Paul Karle,

Warschauerstr. 18. [*



Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,

10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.

Wolle-Plüsch-**Reste!** Mocquetts. Satteltaschen.

Muster b. näh. Angabe franko.

Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige 15539

Herren-Garderoben

Ersatz für Maaß.

Anfertigung nach Maaß.

Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidermeister,

Gr. Frankfurterstr. 37, II

Eingang Straußberger Platz.

Blumen- und Kranzbinderei von **Robert Meyer,** nur **Mariannen-Straße 2.**

Möbel Schulz

Reichenberger Str. 5.

Gediegene Arbeit.

Aeußerst billige Preise.

Auch 45012*

Ratenzahlung.

4535L*

Erprobt und bewährt!

Spiritus-Glühlicht-

Lampen u. Brenner

Spiritus-Zentrale G. m. b. H.

Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Kein Kaufzwang! Preisliste kostenlos!

Ein Triumph
der
Zigaretten-Fabrikation!
Selowsky's
Caruso
Zigaretten
nur **3 Pf.**
per Stück!

Engelhardt-Malzbier das beliebteste, überall käuflich.

Preis 10 Pf. pro Flasche. 2490L*

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.

Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Der Leipziger Aerzteverband.

Aus ärztlichen Kreisen wird uns geschrieben:

„Man muß es den Jüngern Aeskulaps lassen: Sie haben es verstanden, sich in ihrem Leipziger Verband eine Organisation zu schaffen, die an Straffheit nichts zu wünschen übrig läßt, und die manchen anderen Organisationen als Muster dienen könnte. Und darin liegt das Geheimnis des Erfolges — und des Mißerfolges. Des Erfolges, weil es den Aerzten gelungen ist, sich mancherlei materielle Aufbesserungen zu erringen, aber auch des Mißerfolges, weil die Art und Weise, wie der Verband sich und seine Prinzipien durchzusetzen sucht, zur schärfsten Kritik herausfordert. Ein Verband, der die einseitigsten Erwerbsinteressen, den brutalsten Egoismus auf seine Fahne geschrieben hat und sich mit einem Saltomortale über alle Gesetze der Ethik hinwegsetzt, darf nicht erwarten, in der großen Oeffentlichkeit Sympathie zu finden. Darauf pfeifen die Herren übrigens, sie haben das dunkle Gefühl, daß sie keinen besonderen Ruhm ernten können und haben infolgedessen von vornherein darauf verzichtet, ihre Angelegenheiten mit Hilfe der Tagespresse zur öffentlichen Diskussion zu stellen — eine auffallende Tatsache, deren Ursachen eben die obengekennzeichneten sind. Desto lauter schreien sie dafür in ihrer Fachpresse, besonders in den sogenannten offiziellen Organen. Das Organ des Verbandes, „Die ärztlichen Mitteilungen“, geifert wie ein altes Weib über nichts anderes als Honorarerhöhung, freie Arztwahl und sonstige Sachen, die absolut durchgesetzt werden sollen. (Bemerkt sei, daß selbst die „Freisinnige Zeitung“ vor kurzem der Zuschrift eines Arztes Raum gab, die dringend davor warnte, die „freie Arztwahl“ als Parteigrundsatz gutzuheißen und sich gegen das Prinzip der „freien Arztwahl“ wendete.) Aus jeder Zeile glotzt einem die Habgier entgegen, während sich das Blättchen im übrigen durch eine geradezu groteske Geistesarmut auszeichnet.

Die Tyrannei, die von Leipzig ausgeht, hat nun nachgerade Formen angenommen, die das ernste Interesse der Oeffentlichkeit und der Aufsichtsbehörden herausfordern müssen und die, wie die Herren bald merken werden, bei der Reform der Krankenversicherung für die Regelung einiger Fragen ihre Folgen haben werden. In einer der letzten Nummer des „offiziellen Organs“ spielt ein fanatischer Verbandsderwisch allen Ernstes mit der Idee eines ärztlichen Generalstreiks. Ein sicherer wirkendes Mittel, um eventuell den Kurierzwang Gesetz werden zu lassen, konnte der ärztliche Heißsporn sich wohl nicht ausklügeln und es ist anzunehmen, daß seine „Idee“ bei dem intelligenteren Teile seiner Kollegen keinen Boden gefunden hat. Aber der Vorgang ist typisch für die Gesinnung, die beim Verbande herrscht und wird manchem Arzt die Augen öffnen! Es ist ein großer Irrtum, wollte man annehmen, daß die große Mehrzahl der Aerzte mit den fanatischen Bestrebungen ihres Verbandes einverstanden ist. Es sind Tausende, die ihre Mitgliedschaft lieber heute wie morgen an den Nagel hängen würden, die aber entweder aus besonderen Rücksichten oder unter dem furchtbaren Druck, der ausgeübt wird, davon Abstand nehmen. Es will dem einsichtigen Teil der Aerzteschaft nicht in den Kopf, daß der Verband, bloß um seinen Willen, d. h. die freie Arztwahl, durchzusetzen, Riesenstreiks inszeniert, wie demnächst in Köln, und daß ihm bei der Verfolgung seiner Ziele jedes Mittel gerade gut genug ist. Daß die unbeschränkte freie Arztwahl ein Unding ist, hat bisher bloß der Leipziger Verband nicht eingesehen, und daß die Krankenkassen keine Versorgungsinstitute für Aerzte sind, wird auch in Zukunft nur dem Aerzteverband unbegreiflich sein. Wie die Sachen liegen, wird ja der Verband in Köln seine entscheidende Niederlage erleben. Die ärztliche Versorgung der dortigen Kassenmitglieder ist gesichert — und in der Kasse des Verbandes herrscht eine beträchtliche Ebbe. Die Streikbeiträge laufen eben deshalb so spärlich ein, weil der Kölner Kampf vom Verbande als eine reine Machtprobe angesehen wird. Handelte es sich um einen Streik wegen unwürdiger Entlohnung der dortigen Aerzte, dann stünde die Sache besser. Aber nur weil die Leipziger Gernegroße und Diktatoren ihren Willen durchsetzen wollen, greifen die Aerzte nicht allzutief in die Taschen! Die Mißstimmung, die die Kölner Affäre bei einem Teil der Aerzte erzeugt hat, wird durch andere Dinge noch erhöht. In Leipzig hat sich nachgerade eine Art ärztliches Reichs-Ehrengericht etabliert, das seine Nase in alles andere als rein wirtschaftliche Fragen hineinsteckt und die Aerzteschaft nach allen Regeln der Kunst hofmeistert. Schließlich berührt es unangenehm, wenn sich der Verband noch mit Sachen befaßt, die ganz entschieden nicht in sein Gebiet gehören. So bringen es die Herren z. B. fertig, in einer besonderen Abteilung ihres Verbandes regelrecht mit Büchern zu handeln und damit dem berufsmäßigen Buchhandel Konkurrenz zu machen. Es wird nicht lange dauern, bis eine Verbands-Zigarrenfabrik und ein Verbands-Leihhaus dem Unternehmen würdig angegliedert wird!

Es wird hohe Zeit, daß alle diejenigen Aerzte, die dem Verbande bisher fernstanden, sowie die, welchen ein Verbleiben in ihm unsympathisch ist, sich zusammenschließen. Man kann seine „wirtschaftlichen“ Interessen auch verfolgen, ohne sich an allen Ecken so zu blamieren, wie der Leipziger Verband, insbesondere ist es sehr wohl möglich, alle Streitigkeiten zwischen Aerzten und Kassen einem paritätischen Schiedsgericht zu übergeben, ohne Spektakelstücke aufzuführen, bei denen im letzten Grunde das Publikum der leidtragende Teil ist. Es ist aus all diesen Gründen mit Freuden zu begrüßen, daß Bestrebungen im Gange sind, die darauf hinzielen, den verständigeren Teil der Aerzteschaft in einem Berliner Verbande zu vereinigen, dessen oberster Grundsatz nicht der Kampf, sondern der Friede sein soll.“

Der Terrorismus des Leipziger Verbandes ist ja sattsam bekannt. Er ist auch in einer Reihe von Gerichtsurteilen anerkannt, die Verträge als gegen die guten Sitten verstoßend und ungültig erklärten, welche Aerzte Konventionalstrafen für den Fall unterwarfen, daß diese nicht nach der Pfeife derer tanzten, die das Krankenversicherungsgesetz als ein Gesetz zur Versicherung von Aerzten betrachten.

Paul Singer, Verlagsanstalt u. Buchdruckerei in Stuttgart.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

Redigiert von Karl Kautsky.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis Mk. 3.25 (ohne Bestellgeld). Bei direktem Bezug unter Kreuzband innerhalb Deutschlands und Oesterreich-Ungarns vierteljährlich Mk. 3.90, innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich Mk. 4.55.

Die Neue Zeit darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwickelung haben.

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Redigiert von Klara Zetkin.

Mit den Beilagen:

Für unsere Mütter u. Hausfrauen. Für unsere Kinder

Erscheint alle vierzehn Tage in Nummern à 10 Pfennig oder bei Postbezug vierteljährlich 65 Pfennig (inkl. Bestellgeld).

Der **Wahre Jacob**

Illustrierte humoristisch-satirische Zeitschrift

mit einer Unterhaltungsbeilage. Redigiert von B. Heymann.

Erscheint alle vierzehn Tage in Nummern à 10 Pfennig oder bei Postbezug vierteljährlich 65 Pfennig (ohne Bestellgeld).

— Probenummern auf Verlangen gratis —

Glück und Freude über endliche Genesung!

Herr E. N. in F. stattet seinen „innigsten Dank“ mit folgenden Zeilen ab: Meine Tochter, jetzt 17 Jahre, litt schon seit ihrer frühesten Jugend an Blutarmut, Appetitlosigkeit, Müdigkeit und Entkräftung. Alle Mittel und Kuren, die ich angewandt, blieben erfolglos. Da griff ich zu dem mir empfohlenen Lamscheider Stahlbrunnen, und schon nach Gebrauch von 15 Flaschen hatte meine Tochter ihre völlige Gesundheit wiedererlangt. — W. K. in D. schreibt: Die bestellte Sendung Lamscheider Stahlbrunnen habe ich im Frühjahr erhalten und kann Ihnen nur mitteilen, daß dasselbe wie ein Wunder auf meine langjährigen Magenschmerzen, welche mich oftmals fast bis zur Verzweiflung getrieben, eingewirkt hat. — A. W. in K. schreibt: Mein Sohn Ferdinand litt seit Monaten an Schwäche, allgemeiner Körperabnahme und Blutarmut. Kein Mittel wollte helfen, und wir befürchteten das Schlimmste. Wir lasen in einer Zeitung von dem alten berühmten Heilquell, und schon nach vierwöchiger Kur fühlt mein Sohn sich wieder ganz wohl und gesund. — Solche Dankschreiben infolge glänzender Heilerfolge bei Blutarmut, Bleichsucht, verschiedenen Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, nach erschöpfenden Krankheiten, Operationen, Blutverlusten sind der beste Beweis für die vortrefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. — Trinkkuren im Hause ohne Berufsstörung. — Auskunft kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf 164.

Urbin

Bester Schuh-Putz

In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Zum Ausschneiden

Dr. Rud. Weil's

Nährsalz-Bananen-Kakao

zeichnet sich hervorragend aus durch höchsten Nährwert und Wohlgeschmack. Aerztlich empfohlen bei schwacher Verdauung, Blutarmut und allen Schwächezuständen.

Paket = 1/2 Pfd. 1 M.

Zu hab. i. Apoth., Drogen- u. Kolonialw.-Gesch. oder direkt vom Generaldepot: D. Bader, Berlin S., Prinzenstr. 37. In Berlin u. nächst. Vororten erfolgt Zusendung frei Haus. Nach ausw. Probep. gegen Einsendung von M. 1,20 franko.

MANOLI Cigarettes

Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 4597L*

Echte dänische Schleifen 5 Pf.-Verkauf.

Allerfeinste Qualität!

Unübertroffener Geschmack!

Amt 4, 3014.

Billig und gut

kaufen Sie nur im grössten Spezial-Geschäft für moderne

Herren-Bekleidung

fertig und nach Mass

gegen Bar und auf Teilzahlung

Wochenrate von 1 Mark an.

J. Kurzberg

Rosenthalerstr. 40 I | A. d. Jannowitzbrücke 1 I

direkt a. Hackesch. Markt | direkt am Bahnhof.

Reichel's echter

Wacholder-Extrakt Marke „Medico“

wird mit vielseitigem Erfolge gegen Rheumatismus, Gicht, Ischias, Hämorrhoiden, Magenschwäche, Frauenleiden, Blasen- und Nierenleiden, Hustenleiden, Asthma 2c. gebraucht, ist schleimlösend auf Brust und Lunge, treibt Erkältungen aus dem Körper, regt Appetit u. Verdauung an und ist ein Blutreinigungsmittel sondergleichen. Unerreicht in seiner, für alle Teile des Organismus wohltätigen Wirkung. Tausende verdanken ihm ihre Gesundheit! In Flaschen à 75 Pf., 1,50 und 2,50, große Blechkanne M. 6,—, einzig echt von

Otto Reichel, Berlin SO. 43, F.-Anschlüsse Eisenbahnstr. 4. IV. 4751, 4752, 4753.

Wo in den Drogerien und Apotheken nicht erhältlich, hier frei Haus.

Warnung: Man verlange ausdrücklich Marke Medico und nehme keinesfalls andere Füllungen.

Wer—Stoff—hat

fertige Herrenanzug 20 M., feinste Zutaten, zwei Anproben, für guten Sitz bekam gold. Medaille. Ludwig Engel, Prenzlauer Str. 23 II (Alexanderplatz). Gegründet 1892. — Reste zu Anzügen spottbillig. Gelegenheitskauf von 5 M. pro Meter an, reine Wolle, neueste Muster. Spezial.: Winterpaletot Napoleon nach Maß 36 M. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. Ohne Konkurrenz. 6/8

Neu-Seegefeld.

(Vorortverkehr 30 Min. Fahrzeit.)

Zu verkaufen dicht am Bahnhof gut geschnittene baureife Parzelle (Hochbau), auch für Garten oder Laubenland passend, ca. 60 □M. oder mehr, Preis 60 M. pro □M. netto, Bauland an regulierter und gepflasterter Straße, Gas usw. ohne irgend welche Nachzahlung. Kleine Anzahlung, Rest lang fest. Offerten unter R. 2 Expedition dieses Blattes.

Turmstr. 76 *Warenhaus*** Lachmann u. Scholz

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag doppelte Rabattmarken.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 6. Oktober.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Mignon.
Königl. Schauspielhaus. Die Rabensteinerin.
Deutsches. Kabale und Liebe.
Kammerspiele. Frühlings Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Faust. 1. Teil.

Anfang 8 Uhr.

Neues kgl. Opern-Theater. Der Herrgottschnitzer von Ammergau.
Lessing. Gespenster.
Berliner. Mercadet.
Neues. Wahrheit.
Kleines. 2×2=5.
Komische Oper. Tiefland.
Residenz. Das Glück der andern. Der selige Octave.
Hebbel. Der Liebhaber.
Westen. Ein Walzertraum.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Julius Cäsar.
Schiller Charlottenburg. Ein Teufelskerl.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Egmont.
Thalia. Das Mitternachtsmädchen.
Lustspielhaus. Die blaue Maus.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Trianon. Die Liebe wacht.
Lortzing. Zaza.
Bernhard Rose. Das Käthchen von Heilbronn.
Luisen. Ausgewiesen.
Apollo. Ein Sonntagmorgen in Rußland. Vera Violetta. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Gebrüder Herrnfeld. Die beiden Bindelbands.
Passage. Spezialitäten.
Kasino. Familie August Knoche. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Feine Sache! Ausgezeichnet! Spezialitäten.
Folies-Caprice. Die Brautschau. Die lästige Witwe.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Nachmittags 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Abends 8 Uhr: Der Montblanc.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Hebbel-Theater.
Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Der Liebhaber.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: **Mercadet.**
Morgen: Die Journalisten.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Wahrheit.
Lustspiel in 4 Akten von Clyde Fitch.
Morgen und folgende Tage:
Wahrheit.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Mittwoch: 2 mal 2 = 5.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Sonntag nachm. 3½ Uhr, zu halben Preisen: **Die lustige Witwe.**

Lortzing-Theater
Belle-Alliancestraße 7/8.
Abschieds-Gastspiel
Hedwig Lange.
Zaza.
Anfang 8 Uhr. 5/12

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Das Glück der andern.
George Cartier: Richard Alexander.
Hierauf: **„Der selige Oktave."**
Morgen und folgende Tage: **Das Glück des andern.** Hierauf: **Der selige Oktave.**
Sonntag 3 Uhr zu über die Hälfte ermäßigten Preisen: **Haben Sie nichts zu verzollen?**

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Ausgewiesen.
Mittwoch: Aennchen von Tharau.
Donnerstag Premiere: Freiheit.
Freitag: Flachsmann als Erzieher.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Max und Moritz. Abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Helga: Abends: Freiheit.
Montag: Freiheit.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Abends 8 Uhr:
Der Montblanc.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Lene Land
Paul Schneider-Duncker
und das großartige Oktober-Programm
14 neue Variété-Spezialitäten.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Mittwoch, 7. Oktober, zum 2. Male:
Der Hypochonder.
Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.
Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, 6. Oktober, Anfang 8 Uhr:
Egmont.
Mittwoch: Als ich wiederkam.
Donnerstag 7½ Uhr zum erstenmal: Wilhelm Tell.

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurter Str. 132.
Das Käthchen von Heilbronn.
Anfang 8 Uhr.
Wochentagspreise.
Mittwoch: Kabale und Liebe.

Wintergarten
Neues Programm
Anne Dancrey
Schwestern Merkel, Kontorsionist. **Tortola Valencia**, spanische Tänzerin. **De Onzo Brothers**, Flaschenspringer. **Die zwölf Tiller Girls**, engl. Gesangs- und Tanzgruppe. **Philipparts**, Diabolospieler. **Die drei Merrills**, komische Radfahrer. **Agoust Familie**, Jongleure. **Cliffe Berzac**, komischer Dressurakt. **Emma Francis**, Exzentrik-Tänzerin mit ihren zwei Araberjungen. **Fuller's Serpentintänzerin.**
Biograph.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das Oktober-Programm.
Glänzender Erfolg! Jubelnder Beifall!
Familie August Knoche.
August Knoche: Dir. Hans Berg.
Sonntag 4 Uhr: Reezengasse 8a.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Julius Cäsar.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Stiftungsfest.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Stiftungsfest.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Ein Teufelskerl.
Historische Komödie in 3 Akten von Bernard Shaw.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.
Donnerstag, abends 8 Uhr
Julius Cäsar.

Arbeiter-Sängerbund Berlins u. Umgegend
Sonntag, den 11. Oktober, vormittags 11 Uhr,
im Saale der Brauerei Friedrichshain:
Uebungs-Stunde.
Geübt werden die Lieder: Tantalus, Arbeitsmann, Im Torweg, Eine Mühle liegt im Tal.

Im Nebensaale pünktlich 10 Uhr vormittags: **Ausschuß-Sitzung.**
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme von Vereinen. 2. Bundesangelegenheiten.

Vereine, die zum Stiftungsfest des Bundes mitwirken wollen, werden gebeten, sich in der Ausschuß-Sitzung zu melden.

NB. Vereine, die vom Sängerfest noch nicht abgerechnet haben, werden darauf aufmerksam gemacht, daß Sonntag der letzte Termin ist.
17/10 **Der Vorstand.**

Zirkus Schumann.
Heute Dienstag, den 6. Oktober cr., abends präzise 7½ Uhr: Kommen! Sehen! Staunen! Der gr. u. sensationellste Akt d. Gegenwart
? Butterflies ?
Ferner: Dir. **Albert Schumann** mit seinen 12 Rekruten. **36 Original-Marokkaner. Das boxende Känguruh. 9 Roeder-Reinats Luft-Voltigeure. Rowland-Truppe,** 8 Pers., Damen Herren. **Nackte Schönheiten.** Clown **Armando** m. seinen dressierten Affen. Auftreten der Schulreiterin Frl. **Dora Schumann** u. d. großart. Oktober-Spezialit.

Berliner Eis-Palast
Lutherstraße 22/24. — **Ständige Eisbahn.**
Täglich bis 1. Mai 1909 von morgens 10 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet. — Täglich von 12 Uhr ab: **Großes Konzert.** Abends 9 Uhr u. 10 Uhr: Reigen, Quadrillen. **Allabendlich 9½ Uhr: Zum erstenmal in Berlin:** Kunstlaufen von Frl. **Nadja Franck, preisgekrönte Meisterläuferin der Welt** u. d. **schwedischen Meisterläufer Kroor Meyer.** Nachmittags 4 Uhr: Jugendlaufen, arrangiert vom Berliner Schlittschuh-Klub.

Brauerei-Ausstellung
der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin
10. bis 18. Oktober
Institut für Gärungsgewerbe N., Seestr.
Brauerei-Maschinen-Ausstellung
Internationale Gersten- u. Hopfen-Ausstellung
Wissenschaftliche Ausstellung
Ausstellung und Verkauf von Arbeitspferden
Vorführung der Pferde täglich 1 Uhr
Geöffnet 9-5 Uhr Eintritt 1 Mark
Strassenbahnlinien: № 22.24.25.26.28.29.31.39.42.68.

Kochkunst-Ausstellung
Neue Welt, Hasenheide 108/114.
In der Abteilung Kochkunst:
Prunktafel
des Verbandes der Gast- und Schankwirte für Berlin und die Provinz Brandenburg.
Täglich: **Militärkonzert.**
Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.
Eintrittspreis 1 Mark.

Luisen-Theater.
SO., Reichenberger Straße 34.
Dienstag, den 6. Oktober 1908, abends 8 Uhr:
Erinnerungsaufführung zur demnächstigen 30jährigen Wiederkehr des Tages des Sozialistengesetz-Erlasses:
„Ausgewiesen." Soziales Drama aus der Zeit des Sozialistengesetzes von **Karl Böttcher.**
12 Jahre wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung" polizeilich verboten gewesen!

Die Leser des „Vorwärts" haben gegen Vorzeigung dieses Inserats an der Theaterkasse auf Plätzen von 1,50 M.: **25 Pf.** Vergütung, auf Plätzen von 2,00 M. aufwärts: **50 Pf.** Vergütung.

Ausschneiden! Gutschein für 1—3 Personen!

Unwiderruflich **Letzter Tag: Sonntag, 11. Oktober,** der
Hagenbeck-Schau,
darum eilen Sie mit Ihrem Besuch.
In Berlin innerhalb 2 Monaten ½ Million Besucher, ein Erfolg, welcher einzig dasteht.

Täglich abends 8 Uhr:
Große Vorstellung
Jeden Mittwoch, Sonnabend und Sonntag:
2 gr. Vorstellung.
Nachmittags 4 Uhr und abends um 8 Uhr.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Dienstag, den 6. Oktober 1908, abends präzise 7½ Uhr:
Große Vorstellung. Um 9 Uhr ca.:
Mr. Houdini
mit seinem (ges. gesch.) Kannentrick.
Gebr. Saxons.
Mlle. Mariska Recsey!
Herr **Karl Reinsch**, Schulreiter.
Mathilde Renz, Schulreiterin.
Herrn **Ernst Schumanns** Neudreß.
Um 9½ ca.:
Barbarossa!!
Gr. Original-Ausstattungs-Pant. des Zirkus Busch in 6 Bildern.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter—tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.

Apollo Theater
9.20: Das vollständig neue **Spezialitäten-Programm.**
Unter anderem:
Ein Sonntag-Morgen in Rußland.
Russisches Ballett.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57
Die beiden Bindelbands!!!
Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.
Vorher:
Künstlerteil. u. a.:
Madame D'Ormays Balletteusen-Sextett. Reisers Original-Bauern-Ensemble. Saratoff, Russen-Trio. Lona Nansen, Vortrags-Meisterin.

Parodie-Theater
Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rustikana und die urkomische Burleske **„Berlin steht Kopp".**
Anfang Sonnt. 8, wochent. 8½ Uhr.

Folies-Caprice
Durchschlagender Erfolg!
Die lästige Witwe.
Die Brautschau. — Bunter Teil.
Vorverkauf von 11—2 Uhr a. d. Theaterkasse. Anf. 8 Uhr.

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7—9.
Gastspiel der ehem. Hofschauspielerin Fräulein **Paula Klär.**
Neu einstudiert:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Akten von G. Ohnet.
Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 48.
Größter und vornehmster Theatersaal Moabits.
Donnerstag, den 8. Oktober 1908:
Graf Essex.
Histor. Schauspiel von Heinr. Laube.
Anf. d. Vorst. 8, Kassenöffnung 7 Uhr.
Konzert 7½ Uhr.
Nach der Vorstellung: **Ball.**

Walhalla Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr.
Das neue große Oktober-Programm.
Im Tunnel: **Regimentskapelle** rc.
Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Täglich: Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Um 8 Uhr: Novität: **Mausi sei süß**, Schwank v. Otto Richter. Franz Sobanski, Cilly Illing, Nanto Pohlmann, Eva Wagner, Anita und Stefan Komaromy, Opernduettisten, D'Alettas, Jongleur-Akt. Um 10 Uhr: **Liebesleid und Freud,** Volksstück mit Gesang in 2 Bildern.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148
Dienstag, den 6. Oktober 1908:
Die Gebieterin von St. Tropez.
Schauspiel in 5 Akten von D. Schrutz.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Reichshallen-Theater

Täglich:
Stettiner Sänger
Meyssel, Britton, Seidel, Horst, Schröter, Ebersberger, Bühligen, Otto Schrader u. R. Schrader.
Anf. wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16
Letzte Woche! Letzte Woche!
Die alte Geschichte.
Der Roman einer Choristin.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Abonnenten bedeut. Ermäßigung.
Sonnabend, 10. Okt.: Kranke Herzen.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion
Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Theater-Abend.
Gastsp. d. Berl. Schauspiel-Ensembles.
Graf Essex.
Trauerspiel in einem Akt von Laube.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bhf. Börse
Größtes Spezialitäten-Theater Berlins
3000 Personen fassend! 3000!
Das wunderbare Oktober-Programm!
12 Attraktionen **12**
Unter anderem:
Antonie Gates.
Billettverkauf von 11 Uhr vorm. ab. Preise der Plätze 2, 1,50, 1, 75, 50 Pf. Vorzugskarten, halbe Preise, überall gratis zu haben.

Gustav Behrens-Theater. Goltzstr. 9
Feine Sache! Ausgezeichnet!
Große Ausstattungsoperette.
Neu! **La belle Rose,** Prima Ballerina. Neu! **Georg Thierry** gen. **Silvester-Schäffer II.**
10 Spezialitäten 10.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 5½ Uhr.

Pickel im Gesicht
und am Körper, Blüten, Mitesser, Wimmerln, Röten, Sommersprossen, Hautjucken, Furunkel, Hautgeschwüre rc., wer daran leidet, gebrauche **Zucker's Patent-Medizinal-Seife,** D. R. P., ärztlich empfohlen und tausendfach bewährt. Preis 50 Pfg. (kleine Packung, 15%ig) und Mk. 1,50 (große Packung 35%ig, von stärkster Wirkung).

Wunderbare Erfolge,
zumal bei gleichzeitiger Anwendung von **Zuckooh-Crême,** dem herrlichsten und eingreifendsten aller Heutcrêmes. Preis Mk. 2,—, Probetube 75 Pfg., sowie der nach dem gleichen Patent hergestellten, wunderbar **mild** wirkenden **Zuckooh-Seife,** Preis 50 Pfg. (kleine Gebrauchsgröße) und Mk. 1,50 (große Geschenkpackung), werden zahlreich berichtet. Jeder, der bisher vergeblich hoffte, mache einen Versuch. Für die zarte Haut der **Kinder** verwendet die bessere Mutter **Vitumoor-Kinder-Seife,** D. R. P., Preis 50 Pfg., und **Vitumoor-Kinder-Crême,** Preis 40 Pfg., Doppeltube 70 Pf., das Idealste, Beste und Feinste für die kindliche Haut. Ueberall zu haben. Wo nicht, direkter Versand durch **E. Zucker & Co., Berlin,** Potsdamerstr. 73.

In **Berlin** echt bei **Max Schwarzlose,** Königstr. 59 und Potsdamer Straße 7a. **Franz Schwarzlose,** Leipziger Straße 56, **Schwarzlose, vorm. Adolph Heister,** Friedrichstraße 183, **J. F. Schwarzlose,** Markgrafenstr. 29, **Adler-Apotheke,** Reinickendorfer Straße 1, am Wedding, **Paul Rades,** Turmstr. 48, **Fritz Kraus,** Reinickendorfer Straße 119, **Reichsadler-Apotheke,** Gr. Frankfurter Straße 134, **Herm. Goruick,** Rathenower Str. 48, **Gust. Neumann Wwe.,** Neue Roßstraße 14, **Otto Schulz,** Chausseestraße 87, **Otto Reichel,** Eisenbahnstr. 4, **W. Lehmann,** Mackenstraße 10, **Fritz Wallies Nchf.,** Mantelstr. 6, **Otto Kretzschmar,** Rosenthaler Str. 6/7, **Steglitz: P. Celgar,** Schloßstr. 30 und außerdem in fast allen **Apotheken, Drogerien, Parfümerien der Welt.**

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. **E. Unger, Gummiwarenfabrik** Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

Kaffeekellerrestauration,
Zentrum, Goldgrube. Erforderlich 1200 Mark. Näheres Marsiliusstraße 9, Zigarrengeschäft. 286/8

Dritter Wahlkreis.

Dienstag, den 6. Oktober, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über den Nürnberger Parteitag.
2. Bericht von der Provinzialkonferenz.
3. Vereinsangelegenheiten.

218/13*

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Mittwoch, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, in Hoppes Festsälen, Hermannstraße 49:

Versammlung

für die

weiblichen Mitglieder des Wahlvereins.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Frau **Klara Weyl** über: **Die Frauen und der Sozialismus.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Die Parteigenossen werden ersucht, daß ihre Frauen und Töchter in Massen erscheinen, um die Aufnahme in die sozialdemokratische Partei zu bewirken. **Der Vorstand.**

Verband der Schneider, Schneiderinnen

und Wäschearbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin III, Neue Königstr. 7.

Mittwoch, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, in Wendts Prachtsälen, Münzstr. 17 (Eingang Königsgraben):

Versammlung

aller Wäsche-, Blusen-, Negligé- und Krawattenzuschneider.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: **„Die Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Beruf".** Referenten: **Büscher**-Bielefeld und **Groth**-Stettin. 2. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.

Donnerstag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, in Bordes Festsälen, Neue Königstr. 7:

Versammlung

aller

Plätterinnen, Wäscherinnen, Stärkerinnen, Näherinnen und Heimarbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: **„Was müssen die Arbeiterinnen tun, um die gesundheits- und berufsschädigenden Arbeitsverhältnisse in der Branche zu verbessern?** Referenten: **Weiker**-Leipzig und **Ploog**-Leipzig. 2. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.

Kollegen und Kolleginnen! Erscheint alle und agitiert für guten Versammlungsbesuch. Das zur Verhandlung stehende Thema ist ein äußerst wichtiges für unsere Branche, deshalb ist es Pflicht, daß jeder erscheint.

Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen.

Die Ortsverwaltung Berlin III.

Konsum-Verein Charlottenburg u. Umgegend.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Donnerstag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkshaus", Rosinenstr. 3 (kleiner Saal):

Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrats. 3. Beschlußfassung über die Bilanz. Verteilung des Ueberschusses. Entlastung des Vorstandes. 4. Wahl des Aufsichtsrats. (Ersatz für ausgeschiedene Aufsichtsratsmitglieder.) 5. Anträge der Verwaltung. 6. Anträge der Mitglieder.

Laut Statut müssen letztere drei Tage vor der Versammlung in Händen der Verwaltung sein.

Die Frauen werden besonders eingeladen.

Eintritt nur gegen Legitimationskarte.

Zahlreichem Erscheinen der Mitglieder sieht entgegen die Verwaltung.

Der Vorstand. A. Winter. A. Sellin. **Der Aufsichtsrat.** R. Bade. B. Winkler.

Die Verkaufsstellen des Vereins befinden sich:

Wallstraße 23.
Tauroggener Straße 10.
Potsdamer Straße 12.
Weimarer Straße 29.
Christstraße 18.
Cauerstraße 27.
Bleibtreustraße 2.
in **Wilmersdorf: Wilhelmsaue 27.**

In sämtlichen Verkaufsstellen werden Mitgliederanmeldungen entgegengenommen. 127/7*

Arbeiter! Konsumenten! Tretet der wirtschaftlichen Organisation bei!

Der organisierte Konsum regelt die Produktion!

Günstigste Einkaufsquelle für Wiederverkäufer.

Generalvertrieb

von:

Zigarren bester Qualität,

Preislage von M. 33—170 pro Mille.

Nur Fabrikate der Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg, keine Heimarbeit, unter allen gewerkschaftlichen und hygienischen Forderungen hergestellt;

Pa. dänischen Kautabaken

in Zehnpfennig-Rollen und Schleifen 35 Stück pro Pfund, in Fünfpfennig-Schleifen 65 Stück pro Pfund.

Zigaretten

sehr großes Lager in **sämtlichen** Marken, **speziell:**

Garbaty, Josetti und **Manoli,**

Gibson Girl, Dandy, Abbas, Meine Kleine etc.

Rauch- und Kautabake etc.

Udo Stangenberg,

Berlin SO., Köpenicker Straße 20a.

Amt IV 9460.

4552L*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 7. Oktober, abends 8½ Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung: 91/9

1. Ausgabe und Diskussion einer Vorlage, die Zusammensetzung der künftigen Generalversammlungen aus Delegierten betreffend. 2. Bericht der Kommission. 3. Bericht der Vertrauensmänner. 4. Verbandsangelegenheiten.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder der Zahlstelle Berlin werden ersucht, Vertrauensleute zu entsenden. Dieselben besuchen die Vertrauensmänner-Versammlungen ihrer Branche oder die von ihrer Werkstatt aus am nächsten einberufene Bezirksvertrauensmänner-Versammlung.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlungslokale sind folgende:

Tischler.

Süd-Westen bei **Habel, Bergmannstr. 5/7.** (Obmann R. Schrepel, Rixdorf, Reuterstr. 74.)

Süden bei **Gliesing, Wasserturstr. 68.** (Obmann H. Plautz, Rixdorf, Jägerstr. 12.)

Südosten I (zwischen Adalbert- und Manteuffelstraße) bei **Gleve, Waldemarstr. 67.** (Obmann W. Hampel, Manteuffelstr. 31.)

Südosten II (östlich der Manteuffelstraße) bei **Gleve, Waldemarstr. 67.** (Obmann R. Klingner, Wrangelstr. 61.)

Osten I (zwischen Zentrum und Fruchtstraße) bei **Walter, Andreasstr. 21.** (Obmann H. Brunk, Friedrichsfelde, Berliner Str. 41.)

Osten II (zwischen Fruchtstraße und Friedrichsberg) bei **Pirnau, Frankfurter Allee 106.** (Obmann W. Wulf, Wilhelm-Stolze-Str. 12.

Oestliche Vororte bei **Wildner in Friedrichsberg, Friedrich-Karl-Straße 11.** (Obmann K. Werner, Lichtenberg, Siegfriedstr. 10.)

Nordosten bei **Boeker, Weberstr. 17.** (Obmann P. Michaelschek, Zorndorfer Str. 39.)

Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt bei **Obiglo, Schwedter Str. 23.** (Obmann F. Horn, Swinemünder Str. 77.)

Wedding u. Moabit: bei **Fahrow, Ravenéstr. 6.** (Obmann M. Mannek, Prinzen-Alee 14.)

Bautischler.

Süden, Westen, Südosten, Bez. 1: bei **Höhring, Admiralstraße 18e.**

Die Adresse des Obmanns ist: **E. Breitkopf,** Rixdorf, Weichselstraße 8, Aufg. 16.

Osten, Bez. 2: bei **Zietz, Warschauer Str. 61.**

Norden, Bez. 3: bei **Karl Hube, Kopenhagener Str. 74.**

Wedding u. Moabit, Bez. 4: bei **Sachse, Lindower Str. 26,** Bahnhof Wedding.

Möbelpolierer.

Osten bei **Boeker, Weberstr. 17.**

Südosten im **„Märkischen Hof", Admiralstr. 18e.**

Norden bei **Günter, Brunnenstr. 96.**

Die Adresse des Branchenleiters ist: **A. Schreiber,** Rixdorf, Kottbuser Damm 10.

Möbelmagazin-Arbeiter und Beizer

Die Vertrauensmänner-Versammlung fällt aus.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche

Norden bei **Döhling, Brunnenstr. 79.**

Osten bei **Schneider, Friedenstr. 67.**

Südosten u. Südwesten bei **Stramm, Ritterstr. 123.**

Musikinstrumenten-Arbeiter

um 8 Uhr abends im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 8.

Modell- und Fabrik-Tischler

bei **Max Wieser,** Bergstr. 31.

Maschinenarbeiter

Engelufer 14, parterre, im **Arbeitslosensaal.**

Kammacher

bei **Lehmann,** Neue Friedrichstr. 1.

Bodenleger

im **„Gewerkschaftshause",** Engelufer 15.

Stellmacher

bei **Hahn,** Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthaler Straße 57.

Kistenmacher

bei **Baudach,** Breslauer Straße 28.

Korbmacher

bei **Eichhorn,** Koppenstraße 47.

Bürstenmacher

bei **Preuß** (Hillebein-Ausschank), Holzmarktstraße 65.

Perlmutt-, Horn- u. Steinnußarbeiter

6½ Uhr bei **Ernst Thomas,** Melchiorstr. 5.

Bilderrahmenmacher

bei **Natteroth,** Ritterstr. 32.

Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.

Stockarbeiter

bei **Lehmann,** Neue Friedrichstr. 1.

Diese Versammlung beginnt um ½6 Uhr.

Jalousie-Arbeiter

bei **Mühle,** Mariannenstr. 41.

Vergolder

bei **Merkowski,** Andreasstr. 26.

Einsetzer

im **Gewerkschaftshause,** Engelufer 15 (Saal 7).

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wilke. Amt IIIa, 4835.

Achtung! 50/4*

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten **Vorständen, Komitees** und **Saalinhabern** unseren

kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.

Geschäftszeit täglich von 10½—1 Uhr mittags.

Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. **Der Vorstand.**

NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 4. Quartal rosa und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

H. Pfau, Bandagist

Berlin C., **Dircksenstraße 20**

zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt VII, 13790.

Für Damen weibliche Bedienung. *

Lieferant für alle Krankenkassen.

Grosse Betten 12 Mk.

(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen, mit doppeltgereinigten neuen Bettfedern, bessere Betten 15, 19, 24 Mk.; 1½schl. Betten 15, 20, 22, 28, 30 Mk. usw. Versand geg. Nachnahme. Preisliste, Proben, Verpackung kostenfrei.

Gustav Lustig, Berlin S. 100, Prinzenstr. 69

Größt. Spezial-Geschäft Deutschl.

Wann haben Sie wieder Waschtag?

Probieren Sie dann ohne Kaufzwang meine Dampf-Schnell-Waschmaschine **„Meteor"**. Prospekt No. 43 grat. u. franko. Tel. VI 7659.

Fritz Knoch, Berlin SW. 48, **Puttkamerstraße 19.**

Berliner Consum-Verein

Grüner Weg 11.

Da mit dem 1. November d. Js. der Berliner Consum-Verein in die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend (eingetragene Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht) aufgeht, ersuchen wir alle diejenigen, die noch irgendwelche Forderung an den Berliner Consum-Verein haben, diese bis zum 31. Dezember d. J. geltend zu machen. 127/14

Die Liquidationskommission.

Zum 100. Geburtstage

Wilhelm Weitlings

empfehlen wir unseren Lesern seine Schriften zur Lektüre:

Garantien der Harmonie und Freiheit.

Jubiläumsausgabe.
Mit einer biographischen Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Franz Mehring.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3 M.

Das Evangelium eines armen Sünders.

Mit einem Vorwort von Ed. Fuchs.
Preis 80 Pf.

Die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte.

Nebst einem Anhang:
Nachtrag zu: Das Evangelium eines armen Sünders.
Preis 60 Pf.

Expedition des Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Steinarbeiter!

Donnerstag, den 8. Oktober, abends 8½ Uhr, in der „Lebensquelle", Kommandantenstraße 20:

Gemeinschaftliche Versammlung beider Filialen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Gauleiters Ad. Herrmann-Köln über: „Die gegenwärtige Krise und ihre Lehren". 2. Diskussion.

Kollegen! Sorgt für einen starken Besuch dieser Versammlung.

172/6* Die Vorstände beider Filialen.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 45032*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

Leihhaus
Gelegenheitskäufe verfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Ecke Ritterstr. **Prinzenstr. 28 I**

Für die weiteste Verbreitung der

Haemacolade

sorgt neben ihrer selbstempfehlenden Güte in dankenswerter Weise nun auch noch die liebe Konkurrenz! Ihr neidisches Gebahren liefert die wirksamste unfreiwillige Reklame für HAEMACOLADE und macht ihre weitere Empfehlung geradezu überflüssig. Es ist dies der beste Wertmesser für ihre vortrefflichen Qualitäten, die beste Anerkennung und der überzeugendste Beweis für ihren unbestrittenen Dauer-Erfolg. Wer sie aber schon als guten Gast im Haushalt hatte, wird sich der glücklichen Wahl behaglich freuen und sich lächelnd an dem wohlschmeckenden, wahrhaft blutbildenden Getränk laben.

Haemacolade ist in Apotheken, Drogerien, Konfitüren-, Delikatess-, Kolonialwaren-Geschäften etc. erhältlich.

Achtung! Achtung!

Gast- und Schankwirte Berlins u. Umgeg.

Dienstag, den 6. Oktober 1908, nachmittags 4 Uhr:

Große öffentl. Protestversammlung

in Kellers Festsälen (Inh. Freyer), Koppenstraße 29.

Tagesordnung:

Die Pläne der Regierung, das Gastwirtsgewerbe mit neuen Abgaben auf Bier, Tabak und Branntwein zu belasten.

Verband freier Gast- und Schankwirte Deutschlands.
J. A.: Paul Litfin.

Carmen Sylva

Cigaretten
Beste Qualitäten

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

5,00 prachtvolle Betten, 9,00 Bauernbetten, nur Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 12069*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00. Ausstener, Damastbezüge, Plüschdecken, Gardinen, Portieren, Steppdecken. Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 12073*

Bauernbettbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00, große Freischwinger, Regulatoren 9,00. Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. Fahrgeld wird vergütet.

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, zirka 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 75 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Bronzegaskrone, Hängelicht, dreiflammig, mit kompletten Grätzinbrennern, Glas, Glühstrümpfen 20 Mark. Zugampel, Grätzinlicht, 12 Mark komplett. Alte Jakobstraße 125. 10639*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Borbagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247.*

Installateure und Händler kaufen Bronzegaskronen, Zugampeln, Gasbeleuchtungs-Gegenstände, Hängegasbrenner allerbilligst Großhandlung Alte Jakobstraße 125. Geschäftsleuten Engrosrabatt. 10018*

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00. Wäsche, Steppdecken, Tischdecken, spottbillig. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 12148*

Gardinen, Portieren, Teppiche, Wanduhren, Taschenuhren, Schmucksachen, verfallene Pfänder verkauft spottbillig Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. 12158*

Monatsgarderobenhaus Andreasstraße 54. Elegante Monatsanzüge, Winterpaletots, einzelne Beinkleider, wenig getragen, für jede Figur passend, sowie elegante neue Herren- und Knabengarderobe zu sehr billigen Preisen. Bitte beachten: nur Andreasstraße 54, zweites Haus von der Markthalle. 12128*

Gaskronen, dreiflammig 4,50, Salongaskronen 7,50, Gaszuglampen 8,00, Gasöfen 1,45, Gaswandarme 0,55. Fabriklager Große Frankfurterstraße 92, Filiale Ravenstraße 6. *

Milchgeschäftseinrichtungen, Milchkübel, -Kannen, -Maße, Milchsiebe, Wiegeschalen, Buttermaschinen usw. billigst Jordan, Michaelkirchstraße 21. 10055*

Anzüge, Paletots nach Maß aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Voß, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Gardinen, Stores, Rouleaus, Reihbestände, Ausverkauf. Fenster 1,75, 2,50 bis 6,00, Wert doppelter. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Rosibinsertor). 12779*

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Mit 109 Textabbildungen. Preis 2,50 M. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Milch, Liter 0,18. Weddinghalle, Stand 201. 6/6*

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. Vorwärtsleser 6 Prozent Rabatt. 20588*

Steppdecken billigst Fabrik, Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. 20595*

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. *

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. *

Brot, Backware, feine Kuchenwaren offeriert Künschen, Kastanien-Allee 57. 20505*

Nähmaschinen. Zahle hohe Vergütung. Fabriklager aller Frister-Roßmann-Systeme; kleinste Abzahlung. Hruda, Rosenthalerstraße 19. Postkarte genügt. 20255*

Kinderwagen, Sportwagen, gebrauchte. Andreasstraße 53. 12348*

Metallbetten, Kinder, Erwachsene 7,00. Andreasstraße 53. 12338*

Tüllbettdecken, volle Bettgröße, 2,50, in Erbstüll 6,35, Tüllstores 1,85, Erbstüllstores 4,35. Teppichhaus Emil Lesöwe, Oranienstraße 158. 11518*

Schlafdecken (Deckbettersatz), Normal (buntfarbig) 1,85—3 Mark, Wolle (einfarbig) 2,85—4 Mark. Spezialhaus Emil Lesöwe, Oranienstraße 158. 11528*

Drehrollen (Teilzahlung). Berliner Drehrollen-Fabrik, Waßmannstraße neunundzwanzig. 12678*

Teppiche, farbfehlerhaft, für halben Wert. Vorwärtsleser 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 12468*

Plüschportieren, einzelne Fenster spottbillig. Vorwärtsleser 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 12478*

Reisemuster, Kostüme, Damenmäntel, Paletots, Röcke, Jackets, teils auf Seide, durchweg 9 Mark. Julius Neumann, Belleallianceстraße 105. 12798*

Schulmappen, direkt Fabrik, auch einzeln. Spezialität: Rindleder. Richard Heller, Schönhauser Allee 177a.

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstr. 50/51. 29938*

Spezialkarte von Eberswalde, 75 Pf. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Sportwagen, Verdeck, Gummiräder, Kleiderspind, gebraucht. Marquardt, Rummelsburg, Lückstr. 9, Hof III.

Nähmaschinen. Zahle allerhöchste Vergütigung, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brausers Nähmaschinen-Geschäft, Frankfurter Allee 101. *

Warenverkauf! Im Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Bequemste Fahrverbindung Großberlins! Jedermanns Einkaufsvorteil! Staunendbilligste Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Riesenauswahl Winterpaletots! Sommerpaletots! Herrenhosen! Enormbilliger Bettenverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Wäscheverkauf! Brautgeschenke! Taschenuhren! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Wanduhren! Steppdecken! Plüschtischdecken! Nähmaschinen! „Allererste Billigkeit!" Anerkannt: Hermannplatz 6. „Sonntags geöffnet."

Federbetten, schöne breite, Stand 16 Mark, 3 Stand gebrauchte Daunenbetten a 33. Neue Königstraße 29, vorn I. 185/14*

Federbetten, zweischläfrig, 17,00. Michel, Schöneberg, Hohenfriedbergstraße 20. †139

Steppdecken, Wollatlas und Simillseide 3,25, 3,85, 4,35, 5,00, 5,75. *

Portieren, Violettatuch, 2 Shawls, 1 Lambrequin in allen Farben 3,25, 3,85, 4,75, 5,50, 6,75. Große Frankfurterstraße 125. 12229*

Plüsch- und Tischdecken mit kleinen Stickfehlern. Riesenauswahl. 1,65, 1,95, 2,50, 3,50, 4,85, 6,50, 7,25.

Tüllbettdecken in weiß und crême 1,95, 2,25, 2,75, 3,25, 4,50. 12248*

Englische Tüllgardinen, Meter 35, 40, 45, 50, 60, 75 Pfennige. 12258*

Abgepaßte Gardinen und Stores 1,65, 2,25, 2,85, 3,65, 4,35, 5,25. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 12269*

Teppiche, Riesenauswahl, mit kleinen Webefehlern 3,15, 3,85, 4,65, 5,85, 6,00, 7,50. 12278*

Extraangebot! Salon- und Wohnzimmer-Teppiche, Fabrikmuster, jetzt mit 20 Prozent Rabatt. 12288*

Läuferreste in allen Breiten und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis.

Möbelstoffe, Reste in Wolle und Plüsch in allen Farben. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 12308*

Spezialkarte von Buckow, 75 Pf. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Feine Eisenbettstelle, neu, verkauft oder tauscht Grüner Weg 50/51, Hof I, Hüttel. †47

Geschäftsverkäufe.

Restauration, große Räume, billige Miete, großer Verein, kleine Anzahlung. Erfragen Reichenbergerstr. 166a.

Café-Konditorei. Niederlage, allrenommiertes Geschäft, am Hauptbahnhof nahe Berlin Umstände halber billig zu verkaufen. Offerten unter „Selbstkäufer 1500" Charlottenburg, Postamt 4. †63

Schnellstens verkaufe Umstände halber reelles 19jähriges Gemüse-, Vorkostgeschäft mit Rolle. Billige Miete. Schönfisch, Wallnertheaterstraße 36. 280/9

Ein zwölf Jahre bestehendes Grünkramgeschäft Umstände halber billig zu verkaufen. Lischke, Cadinerstraße 10. †32

Milchgeschäft, Kolonialwaren und Backware, gute Zukunft, verkäuflich. Auskunft Spedition Lychenerstraße 123. †75

Möbel.

Möbel, S. Grau, Gneisenaustraße 10, billigste und beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher Möckernstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Panelsofas, Bibliotheken, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Oelgemälde, Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Diwandecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salonteppiche, schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 8,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Plüschtischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Lidekes Auktions- und Möbelspeicher, Möckernstraße 25. Kostenloser Transport. Lagerung. 11468*

Möbel, neu und gebraucht, billig. Höfer, Admiralstraße 25. 12438*

Möbeltischlerei liefert reelle Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, bunte Küchen. Ratenzahlung. Kein Laden, nur Fabrikgebäude. Auch Sonntags. Harnack, Tischlermeister, Stallschreiberstraße 57, am Moritzplatz. Genossen 3 Prozent.

Möbel, große Auswahl, Gelegenheitskäufe: Kleiderschränke 19,00, Waschtoiletten 11,00, Küchenschränke 18,00, Stubeneinrichtung 61,50, Mahagonimöbel stets am Lager, Büfetts, Schreibtische 32,00, Wohnungseinrichtung 158,00. Kastanien-Allee 56, Möbelspeicher. 12118*

Für Möbelkäufer sehr wichtig! Bitte alles lesen! Hauptsächlich für Verlobte! Fast kein Möbelhändler oder Fabrikant ist imstande, diesen Monat billiger zu verkaufen, als ich! Warum? Ich bin gezwungen dazu, weil ich mehrere Lagerräume räumen muß! Jetzt ist noch Zeit, eine Einrichtung oder einzelnes Möbelstück sehr preiswert zu erwerben! Zum Beispiel: Komplette Wohnungs-Einrichtung mit moderner Küche, früher 870, jetzt 250 Mark! Bessere 325, 400, 460, 500, 580, 620 bis 1500 Mark! Speisezimmer mit Lederstühlen 530, bessere 600, 675 bis 1200. Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Ankleideschränke, Säulentrumeaus, Bettstellen, Büfette, Schreibtische, Umbaue, tiefe Kleiderschränke, Vertikos, Garnituren, Plüschsofas! Moderne Küchen 68 bis 150 Mark! Geöffnet 8—½9 Uhr. Sonntags 8—2. Freier Transport, auch weite Vororte. Aufbewahrung frei. Hasemanns Speicherei, Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor. Reellen Leuten, welche pünktlich zahlen, gewähre auch Zahlungs-Erleichterung. Nur monatliche oder vierteljährliche Zahlungen! Keine Wochenraten. 20075*

Möbel-Gelegenheitskäufe. Muschelschränke 25,00, Marmor-Nachttische 11,00, Sofatische 12,00, Walzenstühle 3,75, Schreibtische 34,00, englische Bettstellen 24,—, Ruhebetten, Auszugssofa 38,—, bunte Küchen 55,00, Trumeaus in allen Preislagen, Büfetts, Umbaus, Ankleideschränke, komplette Wohnungs-Einrichtungen, für Brautleute in großer Auswahl zu billigsten Preisen. Hirschowitz, Möbelspeicher, Chausseestraße 48. 1281*

Billige Möbel aus Versteigerungen Auflösungen, Schränke, Vertikos, Taschensofas 45,—, Büfette, Schreibtische 35,—, Bücherschränke 58,—, Vierzugtische 68,—, Lederstühle 12,—, Trumeaus 30,—, Bettstellen, Tische, Garnituren, bunte Küchen 55,—, enorm große Auswahl kompletter Wirtschaften jeder Stilart, billiger als überall. Alles Gelegenheitskäufe. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. 1270*

Kastanien-Allee 100. Möbelkeller. Selten günstige Gelegenheitskäufe. Nußbaum Kleiderschrank 30,00. Muschelbettstelle mit gutem Federboden 45,00. Trumeauspiegel 40,00. Taschensofa 35,00. Bunte Küchen 54,00. Komplette Einrichtungen für Brautleute spottbillig. Besichtigung lohnend. Kein Kaufzwang. 12658*

Umständehalber spottbillig, fast neu: 2 Bettstellen mit Matratzen, Kleiderschrank, Vertiko, Spiegel, Spiegelspind, Trumeau, Tisch, sechs Stühle, Sofa, komplette Küche, Bötzowstraße 30, I links. 12898*

Mahagoni-Trumeau, englische Betten, Muschelbetten, bunte Küche, Verbindungstisch, Plüschsofa, Chaiselongue sehr billig Frankfurterallee 129, Lazarus. 12878*

Auf Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 49. 11048*

Fahrräder.

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 6748*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 9778*

Verschiedenes.

Patentanwalt Vessel, Gitschinerstraße 94a. 2555*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 10038*

Freunden und Parteigenossen empfehle mein neu eröffnetes Zigarrengeschäft. Heinrich Schröder, Fürbringerstraße 26. 12828*

Försters Schreibschule, Stenographie, Schreibmaschine. 10518*

Försters Schaufenster-Dekorations-Schule, Kommandantenstraße 1/2. *

Herrmann Schlesinger am Wedding! Die überall seit 16 Jahren als reell und leistungsfähig bekannte Firma: Herrmann Schlesinger, Turmstraße 58, errichtet im Norden: Reinickendorferstraße 48, ein Herren- und Knabenkonfektionsgeschäft. Eröffnung 10. Oktober. 12508*

Schulbücher, Buchbinderarbeit. Strelitzerstraße 32. †63

Waschanstalt Frau Seiler, Köpenick, Charlottenstraße 23, 4 Handtücher, 4 Taschentücher 0,10. Abholung Mittwoch, Donnerstag. 12888*

Komiker, billig, wohnt Köpenickerstraße 147. Schwartz. 20665

Schülerinnen erhalten Nachhilfe in allen Schulfächern, Einzelunterricht Stunde 0,80, Potsdamerstraße 64, Pension Schmitz. †137*

Rixdorf. Empfehle werten Genossen meine Besohl- und Reparaturwerkstatt bei reellster Bedienung zu soliden Preisen. Grochowski, Elbestraße 4. †160

Vermietungen.

Wohnungen.

Sonnenburgerstraße 27 Wohnungen, 2, 1 Zimmer, sofort. *

Soldinerstraße 16 Wohnungen, 3, 2, 1 Zimmer, sofort, sämtliches Zubehör. 20545*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für einen auch zwei Herren vermietet in Kolonie Martenfelde, 2 Minuten vom Bahnhof, Berlinerstraße 133, Thalke. 2063b

Möbliertes Zimmer vermietet an 1 oder 2 Herren Frau Jacobey, Wiesenstraße 10 II. 17685*

Schlafstellen.

Schöne möblierte Schlafstelle, 13 Mark, Holzmarktstr. 13, Frau Kalka.

Möblierte Schlafstelle für Herrn, Admiralstraße 16, Witwe Gartig. *

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer, Nähe Moritzplatz, sucht junger Mann zum 15. November. Offerten mit Preisangabe: „Erich", Postamt 68. 20715

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Nebenverdienst für jedermann. Auskunft kostenlos. O. Wolf, Zwickau, Nordstraße 30. 12428*

Tüchtige Bohrer verlangt Piano-Mechanikfabrik Reichenbergerstraße 63a.

Marmorschleifer, tüchtigen, für Möbelplatten, sind dauernd verlangt Sasse, Liesenstraße. 20736

Gürtlerlehrling verlangt Pfützer, Alte Jakobstraße 120b. 2068b

Lehrlinge für Dreherei, Formerei, Schleiferei und Ziselierer verlangt Speck, Lützowstraße 2. 20675

Aufwärterin verlangt Stein, Wühlischstraße 1. †118

Mädchen, das etwas kochen kann, ferner Mädchen für tagüber, beide per 15. cr. zu guten Löhnen gesucht. Gefällige Meldungen Friedrichstraße 125, I rechts. 10615

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Rathenowerstraße 3. 6/5*

Fünfzig Arbeiterinnen zum Sortieren von neuen Papierabfällen verlangt Samuel Meyer, Lichtenberg, Herzbergstraße 26. 20145*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Wegen Streiks und Differenzen sind gesperrt:

für **Bodenleger** die Bauten der Firma **Vogel** in Charlottenburg und **Kampfmeyer** in Moabit, für **Korbmacher** Firma **Kanign** in Lichtenberg; **Reichert** in Marzahn; **Schmidt**, Dresdenerstr. 82; für **Vergolder Gruhl** in Magdeburg.

Deutscher Holzarbeiterverband
Ortsverwaltung Berlin.

Wegen Berufung des jetzigen Inhabers des Postens in das Zentral-Arbeitersekretariat nach Berlin wird in **Lübeck** ein

Arbeitersekretär

gesucht. Antritt 1. Januar 1909 event. früher. Gehalt 2200 M., steigend jährlich um 100 M., Höchstgehalt 2800 M. Dienstjahre können angerechnet werden. Geeignete Bewerber, die das ganze Tätigkeitsgebiet eines Arbeitersekretärs beherrschen, werden gebeten, Offerten nebst Lebenslauf bis zum 18. Oktober d. J. an **Joh. Körner**, Sittenstr. 26, **Lübeck**, gelangen zu lassen. 291/5

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Das Lokal „Pharus-Säle", Müllerstraße 142, hat den Besitzer gewechselt, dasselbe steht der Arbeiterschaft nach wie vor zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Heute, Dienstag, den 6. Oktober, abends 8½ Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, die Fortsetzung der Diskussion über den Nürnberger Parteitag statt. Näheres im Inseratenteil. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Charlottenburg. Heute abend 8½ Uhr, findet im großen Saale des Volkshauses eine öffentliche Volksversammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Die Aufgaben der Charlottenburger Gemeindepolitik und die Sozialdemokratie. Referent: Landtagsabgeordneter Paul Hirsch. 2. Diskussion. 3. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht des Nürnberger Parteitages.

Rixdorf. Dienstag, den 6. Oktober, abends 8½ Uhr, findet im Lokal von F. Hoppe, Hermannstr. 49, die Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: Der Nürnberger Parteitag. Referent: Genosse Heinrich Schulz. (Fortsetzung der Diskussion), Vereinsmitteilungen und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Steglitz. Mittwoch, den 7. Oktober, abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag durch Genosse H. Schulz. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin. Wahl einer Restantenkommission. Abrechnung vom III. Quartal und vom Volksfest. Wahl eines zweiten Schriftführers. Verschiedenes.

Treptow-Baumschulenweg. Heute abend 8½ Uhr finden die Monatsversammlungen des Wahlvereins für beide Ortsteile statt. Die Treptower Versammlung tagt im Restaurant „Zur Rennbahn". Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitage. Referent Genosse Krohnberg. 2. Wahl eines Mitgliedes zum örtlichen Vorstand. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Versammlung für den Ortsteil Baumschulenweg tagt in Speers Festsälen. Tagesordnung: 1. Der Nürnberger Parteitag. Referent Genosse Küter. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Wahl eines Obmannes.

Rummelsburg. Heute abend 8½ Uhr findet im Saale des Herrn Weigel, Türrschmidtstr. 45, die Wahlvereinsversammlung statt, in welcher Genosse Kurt Rosenfeld vom Nürnberger Parteitag Bericht erstatten wird. Der Vorstand.

Adlershof. Heute abend 8½ Uhr findet bei R. Bayer, Bismarckstraße 10, eine außerordentliche Mitgliederversammlung des hiesigen Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: Fortsetzung der Diskussion über die Konsumgenossenschaftsangelegenheit.
Der Vorstand.

Borsigwalde. Heute abend pünktlich 8 Uhr beginnt der Lehrkursus über das Erfurter Programm im Lokal des Genossen Woitschach, Ernst- und Conradstraßen-Ecke.

Wilhelmsruh-Nieder-Schönhausen-West. Heute abend 8½ Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal des Herrn Dräger, Waldersee-straße 5, Ecke Kronprinzenstraße. Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Nürnberger Parteitag. Referent: Genosse Grauer-Lichtenberg. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Potsdam. Am Mittwoch, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Viktoriagarten", Alte Luisenstr. 37, eine Wahlvereinsversammlung statt, in der Genosse Karl Kautsky über den Nürnberger Parteitag Bericht erstattet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Das Gesellenstück.

Der 1. Oktober und der 1. April sind für viele junge Leute Wendepunkte in ihrem Leben. Kaum aus der Schule entlassen, treten eine große Anzahl der Entlassenen in eine Lehrstelle ein, um irgend ein Handwerk zu lernen. Das Privilegium der Lehrlingszüchterei haben sich vor allem die Innungsmeister gesetzlich garantieren lassen. Es handelt sich meistens um Kleinmeister, die sich mit dem Lehrlingswesen abgeben, und nicht wenige unter ihnen gibt es, die aus dem Heranbilden von Lehrlingen ein Geschäft machen. Hätte nicht die Gesetzgebung durch Zwangsgesetze das ganze Innungswesen noch künstlich konserviert, längst wäre es in unserm kapitalistischen Zeitalter vor der Macht der realen Verhältnisse zerstoben.

Hat der Lehrling seine drei, in Berlin meistens aber vier Jahre absolviert, so muß er nach den Satzungen der Innungen ein Gesellenstück machen. Einige Innungsmeister überwachen die Herstellung desselben, um den zukünftigen Gesellen nach Fertigstellung der Arbeit mit gutem Gewissen als zünftigen Gesellen freisprechen zu können.

Mit Sehnsucht wartet der Lehrling auf Beendigung seiner Lehrzeit, auf den Zeitpunkt, von dem er glaubt, sich freier bewegen und auf Grund seiner erworbenen Fertigkeit in seinem Fache selbst sein Brot verdienen zu können. Der 1. April und der 1. Oktober sind vielfach die Tage, an denen die jungen Leute ihr Lehrverhältnis beenden.

Um nun auch für das Innungswesen nach außen zu wirken, haben es schon früher verschiedene Innungen für angezeigt gehalten, besonders gute Gesellenstücke öffentlich auszustellen; vor allem tat das die Tischlerinnung. In diesem Jahre haben sich die Innungen zusammengetan zu einem Ausschusse, um für möglichst viele Berufe eine gemeinschaftliche Ausstellung von Lehrlingsarbeiten zu veranstalten. Am Sonntag ist eine solche Ausstellung im Landesausstellungspark (Eingang Invalidenstraße) eröffnet worden. Fachleute werden da vieles finden, das für sie Interesse hat. Am reichhaltigsten ist die Tischlerei vertreten. Und es ist nicht uninteressant, feststellen zu können, daß die besten Arbeiten nicht aus Betrieben von kleinen Meistern, sondern aus Fabrikbetrieben mit ihrem ins einzelne gehenden Teilarbeitsbetrieb stammen, worauf beispielsweise die Arbeit aus der Fabrik von Zelder u. Plathen in Lichtenberg hindeutet. Ein gewisses Interesse erweckt auch die Ausstellung der Bäckerinnung Concordia. Die Schrippen und Bärmbrötchen, die hier zu sehen sind, deuten auf eine längst vergangene Zeit hin; die Backware, der die Bäckermeister heute ihren Kunden liefern, weicht bezüglich der Größe und Schwere erheblich von diesen Gesellenstücken ab. Daß zwei Dachdeckerlehrlinge ein Schieferdach hergestellt haben, ist ebenso originell, wie die Mauer, die zwei Maurerlehrlinge aus Verblendsteinen aufgeführt haben. Schneider, Schlosser, Schmiede, Klempner, Glaser, Kürschner Köche, Schuhmacher, Goldschmiede, Buchbinder u. a. haben die Arbeiten ihrer Lehrlinge ausgestellt. Wir sehen manchen jungen, eben Ausgelernten seine Arbeit umkreisen, um die Urteile des Publikums verstohlen zu vernehmen. Aber froh wird keiner von den neu gebackenen Gesellen werden. Jetzt gilt es für Brot zu arbeiten und sich mehr auf eigene Füße zu stellen. Erfolgreich kann es aber nur geschehen, wenn sich jeder neue Gehilfe mit seinen Arbeitskollegen in der Gewerkschaft zusammenfindet zur Wahrnehmung seiner wirtschaftlichen Interessen und indem er außerdem auch der politischen Organisation seine Aufmerksamkeit zuwendet, um den immer heißer werdenden Kampf der besitzlosen Klasse gegen die besitzende energischer führen zu können.

Vom „Kindersegen" in Arbeiterfamilien.

Der „Kindersegen" der Arbeiterklasse ist sozusagen sprichwörtlich. In ihr gelten Familien mit vier, mit fünf und mehr Kindern noch als Regel, Familien mit mehr als sechs Kindern noch nicht als etwas Ungewöhnliches, während in der besitzenden Klasse meist schon zwei oder drei Kinder als „gerade genug" angesehen werden. Die besitzende Klasse überläßt es dem Arbeiter, für den notwendigen Nachwuchs der Nation zu sorgen — für Nachwuchs, aus dem sie immer wieder Arbeitskräfte und Soldaten, Ausbeutungsobjekte und Kanonenfutter hernehmen kann.

Man weiß, wie sehr dieser allzureichliche „Segen" vielen Arbeiterfamilien sich in Unsegen verwandelt, weil ihnen auch die Pflicht zufällt, die Kosten der Aufzucht heranzuschaffen. Jedes Kind, das hinzukommt, wird ja „ein Esser mehr", der nach Brot schreit. Reich an Kindern, aber arm an Geld, verfällt eine Arbeiterfamilie nur zu leicht der Verelendung. Daher ist es dann kein Wunder, daß in der Arbeiterbevölkerung neben der hohen Geburtenzahl auch eine sehr hohe Kindersterblichkeit sich findet, eine viel höhere, als nach der Geburtenzahl erwartet werden könnte. Der Gleichmut bürgerlicher Nationalökonomie nimmt das zumeist als etwas ganz Natürliches hin. Bessere Einsicht aber beklagt, daß hier ein großer Aufwand unnütz vertan wird.

Wie wenig von dem ganzen „Kindersegen" der Arbeiterfamilien über das Kindesalter hinausgelangt, das hat der Arzt Dr. Karl Hamburger statistisch festzustellen versucht, indem er in mehr als 1000 Familien Ermittelungen vornahm. Er ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß im allgemeinen in der Arbeiterfamilie die Kindersterblichkeit um so größer ist, je reichlicher ihr „Kindersegen" ist — genauer ausgedrückt: daß bei einer höheren Kinderzahl die Kindersterblichkeit noch höher ist als schon nach der höheren Kinderzahl zu erwarten wäre. Das ist ja nicht neu, aber lehrreich und beachtenswert ist der zahlenmäßige Nachweis, den Herr Hamburger hierfür bringt.

Im „Bund für Mutterschutz" legte Dr. Hamburger am Mittwoch das Ergebnis seiner Arbeit vor in einem Referat über „Kinderzahl und Kindersterblichkeit in Berliner Arbeiterfamilien." Er hat 1042 gesunde Mütter befragt, deren Männer zur Arbeiterklasse oder den ihr wirtschaftlich nahestehenden Gesellschaftsschichten (besonders zur Berufsgruppe der kleinen Beamten) gehörten. Diese Mütter hatten in langjährigen Ehen zusammen 7261 Geburten, die Fehlgeburten (einschließlich Totgeburten) mitgerechnet, so daß die durchschnittliche Fruchtbarkeit pro Frau rund 7 Geburten betrug. Im einzelnen hatten von diesen 1042 Frauen: 34 je eine Geburt (34 Kinder), 71 je zwei Geburten (142 Kinder), 93 je drei Geburten (279 Kinder), 101 je vier Geburten (404 Kinder), 133 je fünf Geburten (665 Kinder), 112 je sechs Geburten (672 Kinder), 102 je sieben Geburten (704 Kinder), 92 je acht Geburten (736 Kinder), 77 je neun Geburten (693 Kinder), 52 je zehn Geburten (520 Kinder), 43 je elf Geburten (473 Kinder), 33 je zwölf Geburten (396 Kinder), 69 je dreizehn bis fünfzehn Geburten (959 Kinder), 30 mehr als je fünfzehn Geburten (574 Kinder). Von den 7261 Kindern waren fehlgeboren 1299, und es starben noch vor Vollendung des 16. Lebensjahres 2378, so daß 3677 Kinder — mehr als die Hälfte der erzeugten — zugrunde gingen, ohne zur Mehrung des Volkswohlstandes beigetragen zu haben. Es überlebten nur 3584 Kinder, noch nicht die Hälfte der Gesamtzahl. Im einzelnen war aber der Anteil der Ueberlebenden sehr ungleich. Es überlebten: in den eingeburtigen Ehen von 34 Kindern 26 (= 76 Proz.), in den zweigeburtigen von 142 Kindern 95 (= 67 Proz.), in den dreigeburtigen von 279 Kindern 191 (= 68 Proz.), in den viergeburtigen von 404 Kindern 247 (= 61 Proz.), in den fünfgeburtigen von 665 Kindern 399 (= 60 Proz.), in den sechsgeburtigen von 672 Kindern 372 (= 55 Proz.), in den siebengeburtigen von 714 Kindern 385 (= 54 Proz.), in den achtgeburtigen von 736 Kindern 357 (= 49 Proz.), in den neungeburtigen von 693 Kindern 333 (= 48 Proz.), in den zehngeburtigen von 520 Kindern 234 (= 45 Proz.), in den elfgeburtigen von 473 Kindern 213 (= 45 Proz.), in den zwölfgeburtigen von 396 Kindern 172 (= 43 Proz.), in den dreizehn- bis fünfzehngeburtigen von 959 Kindern 384 (= 40 Proz.), in den mehr als fünfzehngeburtigen von 574 Kindern 176 (= 31 Proz.).

Man sieht, wie hier der Anteil der Ueberlebenden immer kleiner wird, je größer der „Kindersegen" ist. Er beträgt in den eingeburtigen Ehen mehr als drei Viertel, in den zwei- und dreigeburtigen mehr als zwei Drittel, sinkt bis zu den siebengeburtigen auf nicht viel mehr als die Hälfte und bleibt von den achtgeburtigen an unter der Hälfte zurück. In umgekehrter Richtung bewegt sich die Höhe des Verlustes durch Fehlgeburten und Todesfälle: Die eingeburtigen Ehen haben nur 24 Proz. Verluste, und der Verlustanteil steigt bis zu 69 Proz. bei den fünfzehngeburtigen Ehen. Wenn man freilich Fehlgeburten und Todesfälle gesondert betrachtet, ergibt sich, daß bei den Fehlgeburten die eingeburtigen Ehen mit nur 3 Proz. beginnen und die fünfzehngeburtigen mit 31 Proz. enden, während bei den Todesfällen die eingeburtigen Ehen mit 21 Proz. beginnen und die fünfzehngeburtigen mit 39 Proz. enden. Bei den Todesfällen ist der Abstand weniger groß, aber groß genug ist er auch hier noch.

Hamburger hat nun auch eine kleine Zahl reicher Frauen (deren Männer über 6000 M. Jahreseinkommen hatten) befragt, nur 119. Er zählte bei ihnen 416 Geburten heraus, das gibt pro Frau eine Fruchtbarkeit von nur 3½, also genau halb soviel, wie in den Arbeiterfamilien. Es kamen hier nur 34 Fehlgeburten und 41 Todesfälle vor, zusammen 75 Verluste, macht nur 18 Proz., während die Arbeiterfamilien 51 Proz. Verluste hatten.

Wir müssen es uns versagen, hier das gesamte Zahlenmaterial wiederzugeben, das Hamburger vorlegte. Er gelangte zu dem Schluß, daß schon im Hinblick auf die Verschwendung von Frauengesundheit und Erziehungskapital, die mit einem zu reichlichen „Kindersegen" verbunden ist, eine maßvolle Beschränkung der Kinderzahl zu empfehlen ist. Sie sei auch geboten im Interesse der Familie und des ganzen Volkes. In der Diskussion widersprach diesen Ausführungen nur ein einziger Redner, der Arzt Dr. Tugendreich, der als Leiter einer Säuglingsfürsorgestelle alles Heil für die Kinder vom Selbststillen der Mütter erwartet. Der Gedanke einer Beschränkung der Kinderzahl wurde fast allgemein mit Beifall aufgenommen, wobei übrigens das Selbststillen als ein Mittel zur Verhütung der Empfängnis gepriesen wurde.

Wir vermuten, daß diejenigen, denen die Arbeiterfamilie nur Produktionsstätte für Ausbeutungsobjekte und Kanonenfutter ist, sich sehr entschieden gegen eine Beschränkung der Kinderzahl in Arbeiterfamilien aussprechen werden. Wer die Hamburgersche Rechnerei auf eigene Faust fortsetzen will, wird ohne große Mühe herausfinden, daß die Arbeiterfamilien bei einer Fruchtbarkeit von durchschnittlich nur 3½ Kindern dem Staat und der besitzenden Klasse doch noch weniger Ueberlebende liefern werden als bei einer Fruchtbarkeit von durchschnittlich 7 Kindern. In Arbeiterfamilien stirbt eben auch bei geringem „Kindersegen" immer noch mehr weg als in reichen Familien mit großer Kinderzahl. Nicht der „Kindersegen" an sich, sondern die Not der Eltern gibt den Ausschlag für die Höhe der Kindersterblichkeit.

Für Lungenleidende.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin macht darauf aufmerksam, daß Anträge auf Heilverfahren gegenwärtig schnelle Berücksichtigung finden können. Diesbezügliche Anträge sind schriftlich an den Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin zu richten oder persönlich im Zimmer 2 des Verwaltungsgebäudes, am Köllnischen Park 8, zu Protokoll zu geben.

Neues von der Post: Erleichterung bei Postausweiskarten. Für die Ausstellung der Postausweiskarten ist jetzt eine Erleichterung zugelassen worden. Diese Karten werden bekanntlich mit einer unaufgezogenen Photographie des Inhabers versehen. In Zukunft können nach einem Bescheid des Reichspostamts auch Photographien, die schon zu Postausweiskarten benutzt waren, noch einmal benutzt werden. Voraussetzung ist dabei natürlich, daß sie ihrem Zwecke noch entsprechen. Sie müssen noch gut erhalten und zutreffend sein. Ferner dürfen alte Photographien bei der Neuausfertigung der Karten unter der Voraussetzung wieder verwandt werden, daß auf ihnen ein deutlicher Abdruck des Tagesstempels angebracht werden kann. Insbesondere findet das Reichspostamt nichts dagegen zu erinnern, daß bei wiederzuverwendenden Photographien die auf die frühere Benutzung hindeutenden Merkmale abgeschnitten werden oder daß die zur Verrechnung der Schreibgebühr dienende Freimarke auf der Photographie statt links unten rechts aufgeklebt wird.

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im Monat September nächtigten im Männerasyl 20 755 Personen, wovon 9958 badeten, im Frauenasyl 4689 Personen, wovon 2391 badeten.

Vom Freibad Wannsee. Man schreibt uns: Heute Sonntag, den 4. Oktober, ging ich mit mehreren Ausflüglern bei dem prächtigen Wetter nach dem Freibad Wannsee. Leider stand hier angeschlagen: Vom 20. September ab geschlossen! Daß das Baden verboten ist, stand nirgends, deshalb gingen wir von der Seite aus in den See und badeten. Plötzlich erschien ein Gendarm mit einer Miene, als ob das Vaterland in Gefahr wäre, schrieb einige Badegäste auf, während die anderen das Weite suchten. Darauf kamen neue Badegäste. Als diese im Wasser waren, erschien plötzlich wie aus dem Hinterhalte der Gendarm, schrieb wieder auf und ging wieder. Dieser Vorgang wiederholte sich mehrmals. Das nennt sich nun Freibad! Alle Anwesenden waren entrüstet über eine derartige Behandlung.

Genosse Otto Räther, dessen am Sonnabend in Stuttgart erfolgten Tod wir in unserer Sonntagsnummer meldeten, war in Berlin kein Unbekannter. Schon in recht jugendlichem Alter stürzte sich Otto Räther mit einem wahren Feuereifer in die politische und gewerkschaftliche Agitation. Längere Zeit vertrat unser verstorbener Genosse den VI Wahlkreis in der Preßkommission. Vornehmlich aber arbeitete der recht temperamentvolle Otto Räther in der gewerkschaftlichen Bewegung. Im Verein mit Gleichgesinnten lag ihm am Herzen, die in vielen Branchenorganisationen zerstreuten Metallarbeiter in eine Organisation zu bringen. Nach vieler Mühe gelang dies und es erfolgte die Gründung des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend. Dieser Verein ging lange Zeit seine eigenen Wege, bis auch unter den Berliner Metallarbeitern der Zentralisationsgedanke so festen Fuß faßte, daß im Jahre 1897 der Uebertritt der Berliner Metallarbeiterorganisation zum Deutschen Metallarbeiterverbande vollzogen wurde. An diesen organisatorischen Arbeiten beteiligte sich Otto Räther in hervorragendem Maße. Nach dem Uebertritt wählten die Berliner Metallarbeiter den Genossen Räther zum Bevollmächtigten, in welcher Eigenschaft er eine intensive Tätigkeit entfaltete. Wer da weiß, welche unendliche Fülle von Mühe und organisatorisches Talent dazu gehört, in den vielen Fabrikbesprechungen, Lohnbewegungen u. dgl. alles zu einem für die Arbeiter befriedigenden Ende zu führen, wird diese Tätigkeit in seinem vollen Umfange auch zu würdigen wissen. Im Jahre 1900 ging Räther nach Stuttgart, wo er in gleicher Weise für die Interessen der Metallarbeiter wirkte. Nun ist auch er dahin gegangen. Die Berliner Genossen, die ihn kannten, werden seiner ehrend gedenken.

Bluttaten.

Eine blutige Ehetragödie spielte sich in der Sonntagnacht im Nordosten Berlins, in der Chodowieckistr. 6 ab. Dort erstach der 44jährige Zigarrenarbeiter und Portier Otto Pfanner nach einem kurzen Wortwechsel seine um sieben Jahre ältere Ehefrau Pauline, geborene Bambam, verwitwete Nikolai, und stellte sich dann selbst der Kriminalpolizei.

Pfanner war zum dritten Male verheiratet. Mit seiner letzten Frau, die er am 1. April d. J. ehelichte, hatte er vorher schon zusammengelebt. Die Portierstelle im Hause Chodowieckistr. 6 bekleidete er seit fünf Monaten. Sonnabend abend ging Pfanner gegen seine sonstige Gewohnheit in Zwischenräumen dreimal nach der im Nebenhause befindlichen Restauration und trank dort Rum und Kognak. Was sich nachher zwischen ihm und seiner Frau in der im Erdgeschoß des linken Seitenflügels belegenen Wohnung abspielte, ist mit Sicherheit noch nicht festgestellt, da Pfanner hierüber keine bestimmten Angaben macht. Nur soviel ist sicher, daß er mit der Frau aus Eifersucht in Streit geriet und dann die tödlichen Stiche führte. Kurz nach 2 Uhr früh erschien er ganz verstört und aufgeregt im Polizeipräsidium und ließ sich dem diensthabenden Kommissar John melden, dem er die Worte zurief: „Ich glaube, ich habe meine Frau erstochen." Der Kommissar begab sich sofort mit zwei Beamten und dem Pf. nach dem Tatorte. Dort fand man die entkleidete Frau blutüberströmt und leblos auf dem Bett liegen. Die Besichtigung ergab, daß die Frau zwei Stiche im Rücken hatte, von denen der eine die Lunge getroffen und den Tod herbeigeführt hatte. Der herbeigerufene Arzt Dr. Kaminsky konnte nur den bereits eingetretenen Tod konstatieren. Das Zimmer wurde polizeilich unter Bewachung gestellt, bis die Gerichtskommission zur Stelle war. Pfanner selbst wurde sofort nach dem Polizeipräsidium zurücktransportiert, wo noch während der Nacht Verhöre mit ihm stattfanden. Er leugnete die Tat nicht, wollte aber auch nicht bestimmt erklären, was ihn zu der Bluttat getrieben habe. Die Tat ist mit einem noch neuen, langen Genickfänger verübt worden. Frau Pfanner ist in Schloppe (Kreis Deutsch-Krone) geboren; ihr Mann ist ein geborener Berliner.

Eine Liebestragödie fand in der Nacht zum Sonntag im Tiergarten ihren vorläufigen Abschluß. Auf der Charlottenburger Chaussee feuerte der 22jährige Buchdrucker Otto Böhle aus der Elbinger Straße 2 in einer Automobildroschke mehrere Revolverschüsse auf seine Geliebte, die 18jährige Schneiderin Krüerke aus der Grebam-

straße 4, ab und richtete die Waffe dann gegen sich selbst. Während das junge Mädchen den Verletzungen erlag, wurde der Mann, anscheinend nicht schwer verwundet, als Polizeigefangener in die Charité eingeliefert.

Böhle, der Sohn eines Hutmachers, unterhielt seit drei Jahren ein Liebesverhältnis mit der Johanna Krüerke, die bei ihrer Mutter in der Bredowstraße 4 wohnte. Anfangs vertrugen sich die jungen Leute sehr gut. Erst in den letzten Monaten kam es wiederholt zu ernsten Streitigkeiten zwischen dem Liebespaar, so daß das Mädchen sich von Böhle trennen wollte. Hierdurch reifte in dem Mann der Plan, sich und seine Geliebte gewaltsam aus der Welt zu schaffen. Am Sonnabendabend traf sich Böhle mit seiner Braut an einer verabredeten Stelle, um eine nächtliche Automobilfahrt zu unternehmen. Das Mädchen ahnte nicht, was der Liebhaber vorhatte. In der Automobildroschke 4005 fuhr das Paar nach dem Tiergarten. Auf der Charlottenburger Chaussee krachten plötzlich kurz hintereinander fünf Schüsse im Innern des Automobils. Als der Chauffeur den Wagenschlag öffnete, fand er die beiden Fahrgäste blutüberströmt vor. Das Mädchen lag in den letzten Zügen und verstarb alsbald. Zwei Kugeln waren in den Kopf eingedrungen. Die Leiche wurde von der sofort benachrichtigten Polizei nach dem Leichenschauhause geschafft. Böhle wies nur leichte Verletzungen auf und wurde nach der Charité geschafft, wo er als Polizeigefangener daniederliegt. Ob er die Tat im Einverständnis mit seiner Geliebten ausgeführt hat, steht noch nicht fest.

Eine dritte Bluttat wird vom Alexanderplatz gemeldet. Ein gewisser Otto Leisner, ein mehrfach bestrafter wohnungsloser Mensch mit verkrüppelten Händen, handelte mit Streichhölzern, um betteln zu können, und ließ sich im übrigen von seiner Geliebten, einer früheren Kellnerin Emilie Bauer aus der Stralauer Straße, ernähren. Wenn ihm diese, ein Mädchen von 32 Jahren, nicht genug ablieferte, so mißhandelte er sie trotz seiner Krüppelhände. Sie wollte sich endlich nicht mehr schlagen und treten lassen und gab dem rohen Menschen den Laufpaß. Jetzt packte ihn die Eifersucht. Als er die Bauer in der Nacht zum Sonntag um 2 Uhr auf dem Alexanderplatz traf, stellte er sie zur Rede und verlangte, daß sie zu ihm zurückkehre. Wiederum abgewiesen, zog er ein dolchartiges Messer und stieß auf das Mädchen ein. An der Brust verletzt, wurde dieses von Augenzeugen nach der Sanitätswache in der Keibelstraße gebracht und hier verbunden. Wohin es sich dann begeben hat, war bis gestern abend noch nicht bekannt. Leisner wurde nach der Wache des 16. Reviers und von dort nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Nach der Hochbahnkatastrophe. Von den bei der Hochbahnkatastrophe verunglückten Personen befinden sich noch acht im Urbankrankenhause. Es sind dies der Tapezierer Wilhelm Schumann aus der Urbanstr. 188, der Kassenbote Poul Fürchner aus der Kopenhagener Straße 49, der Hochbahnschaffner Karl Gesellius aus der Camphausenstr. 40, der Schlosser Karl Lindemann aus Perleberg, der Fensterputzer Georg Gregor aus der Höchstestr. 22, Fräulein Else Bade aus der Hollmannstraße 25/26, Fräulein Else Rill aus der Lindenstr. 2 und Fräulein Luise Klöpper aus der Steglitzer Straße 47. Die Lehrerin Elsbeth Rödiger, Blücherplatz 2 wohnhaft, wurde gestern vormittag vom Krankenhause am Urban nach einer Privatklinik in der Martin-Luther-Straße 88 übergeführt. Der Fabrikant Wilhelm Deutschert und dessen Tochter Klara sind bereits aus dem Krankenhause entlassen worden. Bis auf das Fräulein Rill, die einen komplizierten Beckenbruch davongetragen hat, befinden sich alle Verunglückte auf dem Wege der Besserung.

Ein Bootsunfall ereignete sich Sonntag nachmittag auf dem Müggelsee anläßlich des Absegelns der Seglervereine der Oberspree. Aus diesem Anlaß hatten sich viele Freunde des Segel- und Rudersports in den Oberspreeorten eingefunden und auf dem Wasser herrschte ein sehr reger Verkehr. Gegen 5 Uhr nachmittags schlug auf dem Müggelsee ein Boot um. Zwei der Verunglückten fanden Aufnahme in einem in der Nähe der Unfallstelle befindlichen Segelboot, während der dritte, der Kaufmann R., in den Fluten seinen Tod fand.

Ueber ungerechtfertigte Veranlagung zur Kirchensteuer laufen in unserer Redaktion fortgesetzt Beschwerden ein. Die Zahl der Veranlagungen, die zu Unrecht erfolgt sind, nimmt eine geradezu beängstigende Höhe an. Heute liegt uns folgender, besonders krasse Fall vor: Der Posamentiergehilfe Karl R., Köpenicker Straße 139 wohnhaft, erhielt im Juni von dem Gesamtverband der katholischen Kirche, gez. Kleineidam, eine Veranlagung, nach der er 2,40 Mark Kirchensteuer an die katholische Kirchenkasse zahlen soll. Er teilt der Veranlagenden wahrheitsgemäß mit, daß er noch nie der katholischen Kirche angehört habe, übrigens auch aus der evangelischen Landeskirche seit zwei Jahren ausgeschieden sei und ersucht um etwas mehr Gewissenhaftigkeit. Diese Reklamation scheint den katholischen Herren noch nicht zu genügen. Dieser Tage erhält R. eine Zahlungsaufforderung mit der Androhung, wenn binnen acht Tagen die 2,40 nicht gezahlt werden, das Zwangsverfahren eingeleitet werde. Der auf diese Weise Bedrohte sieht natürlich mit Seelenruhe der Ausführung des Zwangsverfahrens entgegen. Unseres Erachtens qualifiziert sich diese Androhung als eine strafbare Nötigung. Jede Privatperson, die sich dieses Vergehens schuldig machte, würde zweifellos bestraft werden. Sind die Berliner Bürger vogelfrei, wenn eine Kirchengemeinde sich diese Straftat zuschulden kommen läßt?

Eine entsetzliche Verstümmelung erlitt bei einem Unglücksfall der 19jährige Techniker Pohlmann, Rollendorfstraße 7, der Sonntagnachmittag gegen 6 Uhr vor dem genannten Hause von einem in der Fahrt befindlichen Motorwagen der Straßenbahnlinie 64 herabsprang. Er wurde hierbei von dem Kaufmann Fürst aus Wilmersdorf, der mit einem Zweirade die Rollendorfstraße entlang fuhr, umgestoßen und fiel so unglücklich, daß er mit dem rechten Unterarm unter die Schutzvorrichtung des Anhängewagens des Straßenbahnzuges geriet, dessen beide rechtsseitige Räder über den Arm hinweggingen. Pohlmann wurden die Knochen zermalmt, so daß im Schöneberger Krankenhause, wohin der Verunglückte gebracht wurde, das verletzte Glied abgenommen werden mußte. Außerdem hatte P. noch einen Bruch des rechten Oberschenkels davongetragen.

„Ein gefährlicher Mitmensch". Zu der Notiz, die mit dieser Ueberschrift in Nr. 227 des „Vorwärts" (27. September) veröffentlicht wurde, läßt der Held jener Affäre, der Inspektor Spiek (Kopenhagener Straße 31), uns durch einen Rechtsanwalt eine Zuschrift schicken, die eine „Berichtigung" sein will. In der Notiz war, wie wir noch einmal in Erinnerung bringen wollen, mitgeteilt worden, daß dieser Herr Spiek, der früher Schutzmann war, aber jetzt bei der Müllabfuhr der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer angestellt ist und im Kommunaldienst sich als Stellvertreter eines Armenkommissionsvorstehers betätigt, infolge eines Kneipenstreites dem Bureauvorsteher D. auf der Straße durch Hiebe mit seinem Stock Verletzungen am Kopf beigebracht habe. Die sogenannte „Berichtigung", durch die Herr Spiek sich jetzt zu rechtfertigen sucht, entspricht zwar nicht den Bestimmungen des Preßgesetzes, und wir könnten sie daher ohne weiteres in den Papierkorb versenken. Wir erfüllen ihm aber gern den Wunsch, unsere Leser wissen zu lassen, wie er selber sich schildert. Nebensächlich sind die Vorgänge in der Kneipe; wichtig ist nur, was der Brief über die Schlägerei sagt. Es heißt da: „Es ist nicht wahr, daß ich dem D. plötzlich in der Ystader Straße entgegentrat, auf ihn mit einem Stock einschlug und er besinnungslos zu Boden stürzte. Vielmehr war mir D. gefolgt und griff mich schließlich tätlich an. Ich hatte ihn nur abgewehrt. Er war nicht besinnungslos, blieb auch nicht hilflos liegen, sondern ging seines Weges." Hier fehlt nur noch, daß behauptet würde, Herr D. sei überhaupt nicht verletzt worden. Die Bekundungen der von Herrn D. ermittelten Zeugen sowie der Befund der ihm beigebrachten Wunden sprechen durchaus gegen die Darstellung, die Herr Spiek gibt. Das muß ja eine ganz merkwürdige „Abwehr" gewesen sein! Die „berichtigende" Zuschrift fährt fort: „Gleichzeitig ersuche ich Sie, ausdrücklich in dieser Nummer zu erklären, daß die Bemerkung, D. sei auch noch beraubt worden, nicht etwa den Vorwurf enthalte, Herr Spiek habe den D. ausgeraubt. Sollte diese Erklärung nicht erfolgen, so muß ich annehmen, daß die Bemerkung, die nach dem Inhalt des Berichtes nur auf Herrn Spiek bezogen werden kann, auch auf ihn nach der Absicht des Verfassers bezogen werden sollte." Diese Aufforderung ist an sich eine Dreistigkeit; als solche wird jeder sie empfinden, der jene Notiz gelesen hat. Sie muß aber geradezu als Nötigungsversuch aufgefaßt werden angesichts der folgenden Drohung, mit der der Brief schließt: „Falls Sie der vorstehenden Aufforderung der Berichtigung und der Richtigstellung des Berichtes nicht nachkommen, würde mein Auftraggeber gegen Sie Strafantrag stellen müssen." Herr Spiek wird gut daran tun, den Gerichten möglichst fernzubleiben. Warten wir mal erst ab, was ihm der Strafantrag bringen wird, den Herr D. gegen ihn gestellt hat.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. In der Sonntag den 27. September stattgefundenen Versammlung ist ein goldener Manschettenknopf gefunden worden. Abzuholen beim Genossen Königs, Elisabethufer 29, Buchdruckerei Janiszewsky.

Radrennen in Steglitz, 4. Oktober. Die Steglitzer Bahn hatte wieder einen großen Tag; der zahlreiche Besuch bewies, daß die sportlichen Kämpfe auf der Rennbahn bei guter Besetzung ein dankbares Publikum finden. Im Mittelpunkt des Interesses stand das Stunden-Rennen mit Motorführung (1600, 1400, 1200, 1000, 900 M.), das von dem Belgier Verbist (87,750 Kilometer) vor Salzmann (87,220 Kilometer), Scheuermann (83,570 Kilometer), Stellbrink (75,450 Kilometer) und Theile (74,800 Kilometer) gewonnen werde. Stellbrink versagte gleich anfangs, während Theile erst zum Schluß infolge Motorschadens zurückblieb. Salzmann endete nur eine Runde hinter dem Sieger; auch Scheuermann fuhr sehr achtbar. Der Verlauf des Rennens ist in Kürze folgender: Verbist nahm die Spitze vor Stellbrink, Salzmann, Scheuermann und Theile. In der vierten Runde ging Stellbrink vor, um nach dem 8. Kilometer Salzmann den ersten Platz zu überlassen; Theile holt auf und passiert beim 16. Kilometer die anderen, Salzmann Zweiter. Bis zum 55. Kilometer ist dieselbe Reihenfolge; Theile bleibt infolge Motorwechsels zurück; beim 82. Kilometer geht der Belgier vor, um mit 590 Meter Vorsprung zu siegen. Der Bahnrekord, der von Guignard mit 88,370 Kilometer gehalten und für dessen Ueberholung eine Extraprämie von 500 M. ausgesetzt war, wurde nicht erreicht.

Im Hauptfahren über 1000 Meter (100, 75, 50, 30 M.) siegte nach vier Vor- und zwei Zwischenläufen Peter vor Bettinger, Carapezzi und Stabe.

Von drei Vorgabefahren über je 830 Meter (40, 30, 20, 15 M.) gewann das erste Ganzevoort (25 Meter Vorsprung) vor Techmer (10), K. Müller (45) und W. Neumann; das zweite Peter (10) vor Rabe (20), W. Müller (50) und Steckun (40); das dritte Rudel (25) vor Kelm (60), Süßmilch (30) und Bettinger (Mal). —

Ein Dandem-Rennen mit Motorführung über 30 Kilometer (800, 600, 500, 400 M.) wurde von Verbist-Schipke in 25 Min. 59⅕ Sek. vor Heinz-Salzmann (1540 Meter, A. und F. Stellbrink (2610 Meter zurück) gewonnen. Das vierte Paar Scheuermann-Theile, das von Anfang an der Spitze lag und drei Runden aufgeholt hatte, kam infolge Reifenschadens kurz vor dem Schluß zu Fall. Während Scheuermann unverletzt blieb, trug Theile eine Wunde am Kopfe davon.

Den Schluß bildete ein Tandem-Prämienfahren über 3000 Meter (75, 50, 40, 30 M.). Sieger Fechner-Wegener vor Müller-Tetzlaff, Rudel-Pawke und Saldow-Kendelbacher.

Die Rennen endeten erst gegen 7 Uhr.

Apollotheater. Auch das diesmonatliche Programm des Apollotheaters ist äußerst reichhaltig an guten Spezialitäten. Da ist zunächst die Alexandroff-Truppe, die in einem russischen Ballet: „Ein Sonntagmorgen in Rußland" ihre Tanzkunst veranschaulicht. Als ein erstklassiger Künstler auf dem Drahtseil produziert sich Albert Kartelli. Auf dem schwankenden Seil vollführt Kartelli die waghalsigsten Tricks; er fährt mit Schlitten, Einrad und Zweirad, er voltigiert, macht Handstand, gewinnt mit einem Wort der alten Kunst neue Seiten ab. Auf dem Gebiete der Akrobatik leisten die Barowskys Besonderes. Als trojanische Gaukler präsentieren sich Simon und Dario. Als Repräsentant des alten Berliner Humors stellt sich Martin Bendix vor. Sein trockener Humor, der die Berliner seit Jahren ergötzt, zündete wie immer, und seine blutigen Kalauer wurden stürmisch belacht.

Die Hagenbeck-Schau wird am Sonntag, den 11. Oktober, ihr Berliner Gastspiel beschließen.

Orgelkonzert. In der Marienkirche veranstaltet der königliche Musikdirektor Bernh. Irrgang nicht am Mittwoch, sondern bereits am Dienstag, den 6. Oktober, 7½ Uhr abends, das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung des Berliner Damen-Vokalquartetts: Frau Collin-Haberlandt, Frl. Elis. Schulz, Frau Else Vetter, Frl. Sonja Beeg, und von Frau V. Becker-Samolewska und Herrn Benno Schuch (Violine). U. a. Passacaglia von V. Ertel. Der Eintritt ist frei! Programm mit Text 10 Pf.

Feuerwehrbericht. In der Sonntagnacht um 4 Uhr kam in der Luckauer Straße 15, im Hotel „Deutscher Hof", Feuer aus. Dort brannten bei Ankunft der Feuerwehr Tannen, Reisige, alter Hausrat, Türen, Fenster usw. im Keller. Durch kräftiges Wassergeben mit einer Schlauchleitung gelang es, die Flammen zu löschen. Zweimal wurde die Feuerwehr nach der Teltower Straße alarmiert. Erst nach der Nr. 16, wo im Keller Regale, Kisten u. a. brannten, und dann nach Nr. 18. Grober Unfug lag bei zwei Meldungen vor, die durch Ausrücken der Wehr nach dem Matthäikirchplatz und der Malplaquetstraße veranlaßten. Die Täter sind entkommen. Wegen einer Gasvergiftung erfolgte ein Alarm nach der Kopenhagener Straße 13. Die Feuerwehr benutzte dort mit Erfolg einen Sauerstoffapparat. In der Oranienstraße 159, wohin die Feuerwehr aus ähnlicher Veranlassung gerufen wurde, konnte die Wehr keine Hilfe leisten. Wohnungsbrände mußten in der Lothringer Straße 34/35 und 58, Magdeburger Straße 29, Dunckerstraße 16 und anderen Stellen gelöscht werden. Auf dem Anhalter Güterbahnhof brannten Preßkohlen und Warschauer Straße 65 Gardinen.

Die Schöneberger Feuerwehr wurde zweimal nach der Gustav Müllerstraße gerufen. Wegen niedergedrückten Rauches usw. nach Nr. 44 und wegen eines Schuppenbrandes, wobei ein Automobil Feuer fing, nach Nr. 42. Kleider und anderes wurden in der Rubensstraße 2 ein Raub der Flammen, die in einer Badestube ausgekommen waren.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Mißstände auf dem neuen Gemeindefriedhofe. Nachdem der „Vorwärts" erst kürzlich die Störung einer Beerdigung, welche durch Unzulänglichkeit der Gruft hervorgerufen wurde, beleuchtete, glaubte man, daß diesen Mängeln abgeholfen sei. Daß dies nicht der Fall ist, mußten Freitagnachmittag die Leidtragenden eines zweijährigen Kindes erfahren. Nachdem der Sarg über der Gruft aufgehabrt war, zogen die Leichenträger die Hölzer hinweg. Doch wie erschrak man, als der Sarg wieder zum Vorschein kam. Was war geschehen? Die Gruft war zu klein! Mit Spaten versehen stieg ein Kirchhofsangestellter in die Gruft hinunter, um sie zu erweitern. Zum zweiten Male nahmen die Leidtragenden Abschied von ihrem kleinen Liebling, aber auch jetzt noch erwies sich die Gruft als unzulänglich. Und zum dritten Male, nachdem der Sarg über Eck gestellt wurde, fand der Leichnam die Ruhe.

Warum verlangt der Magistrat der Stadt Rixdorf für Herstellung der Gruft zwei Mark, wenn man solche, auch für Unbeteiligte, unliebsamen Szenen erleben muß? Der Friedhofsinspektor, der über rote Schleifen mit Argusaugen wacht, der bei mündlichen Widmungen am Grabe verstorbener Freunde sich bemerkbar macht, sollte sein Hauptaugenmerk doch lieber darauf richten, daß derartige Störungen bei Leichenbegängnissen nicht mehr vorkommen, wenn nicht anders, muß ihm die vorgesetzte Behörde das Erforderliche eröffnen.

Wilmersdorf.

Beim Umzuge tödlich verunglückt ist der Arbeiter Strohkopf auf der Fahrt von Berlin nach Wilmersdorf. Er stürzte unterwegs infolge einer unvorsichtigen Bewegung von dem Möbelwagen und fiel so unglücklich, daß ihm das rechte Vorderrad des schweren Gefährts über den Oberleib hinwegging und ihm den Brustkasten zermalmte. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Verstorbene wurde nach der Leichenhalle des Wilmersdorfer Begräbnisplatzes gebracht.

Köpenick.

Auf der Polizeiwache umgekommen!

Wie eine hiesige Lokalkorrespondenz meldet, wurde gestern morgen der 21jährige Fabrikarbeiter Emil Schmalle, der bei seinen Eltern in der Gartenstr. 16 wohnte, in einem Torwege in der Grünauer Straße besinnungslos auf dem Boden liegend aufgefunden. Ein Polizeibeamter brachte den jungen Menschen mit Hilfe eines Passanten nach der Polizeidirektion. Unterwegs führte Sch. fortwährend wirre Reden und man nahm deshalb an, daß er betrunken sei. Auch der Polizeidirektion machte Sch. den Eindruck eines Betrunkenen und man schaffte ihn in eine Zelle, damit er dort seinen vermeintlichen Rausch ausschlafen solle. Als einige Zeit später ein Beamter nach ihm sah, fand er ihn tot auf dem Fußboden liegend auf. Jetzt wurde man doch stutzig, und man rief einen Arzt herbei, damit dieser die Todesursache feststellen sollte. Er entdeckte auch bei näherer Untersuchung der Leiche an dem Kopf eine Wunde, die von einem stumpfen Instrument herrührte. Als Todesursache stellte er einen Schädelbruch fest, der durch den Schlag herbeigeführt worden war. Jedenfalls ist auch noch eine innere Verblutung hinzugetreten. Der Schlag ist mit großer Wucht ausgeführt worden, denn durch ihn allein wurde der Schädelbruch herbeigeführt. Daß Sch. vielleicht zu Boden gestürzt ist und sich dabei den Schädelbruch zugezogen haben könnte, ist nach dem ärztlichen Befund völlig ausgeschlossen. Nachdem der Arzt die Todesursache festgestellt hatte, machte sich die Polizei sofort an die Ermittelungen in der seltsamen Angelegenheit. Es wurde nun festgestellt, daß Sch. am Sonntagabend das Tanzlokal „Wilhemsgarten" in Köpenick aufgesucht hatte. Dort hatte er etwa bis Mitternacht geweilt, um dann nach Hause zu gehen. Auf dem Heimwege ist er nun rücklings überfallen und zu Boden geschlagen worden. Es kann sich hier nur um einen Racheakt handeln, denn andere Motive sind ausgeschlossen. In letzter Zeit ging Sch. stets mit einem großen Hausschlüssel bewaffnet aus, und seiner Mutter gegenüber hatte er geäußert, man trachte ihm nach dem Leben. In dem erwähnten Torwege wurden um die in Betracht kommende Zeit mehrere halbwüchsige Burschen beobachtet, von denen einer dem Sch. zugerufen haben soll: „Wenn wir Dich erwischen, schlagen wir Dich tot!" Die Polizei hat bereits zwei Verhaftungen in der Mordaffäre vorgenommen, doch mußte einer der Verdächtigen bereits wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Die Leiche ist von der königl. Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Wenn die vorstehende Darstellung der Korrespondenz den Tatsachen entspricht, muß das Verhalten der in Betracht kommenden Polizeibeamten bei jedem mitfühlenden Menschen berechtigte Verwunderung und Empörung auslösen. Ohne irgendwie die wirkliche Ursache der Bewußtlosigkeit und der wirren Reden zu ergründen, nur weil die Beamten „annahmen", es handle sich um einen Betrunkenen, sperrt man den Schwerverwundeten in eine Zelle und überläßt ihn seinem Schicksal. „Stutzig" werden die Beamten erst, als sie einen Toten in der Zelle finden. Vielleicht wäre bei rechtzeitiger ärztlicher Hilfe ein Menschenleben zu retten gewesen. Aber man „nahm eben an", daß es sich um einen Betrunkenen handele. Wissen denn die Beamten nicht, daß auch für einen sinnlos Betrunkenen eine Lebensgefahr besteht, daß es durchaus notwendig ist, auch Betrunkenen ärztliche Hilfe angedeihen zu lassen? Hoffentlich wird sich die Untersuchung nicht nur auf die Totschlagsaffäre erstrecken, sondern es wird auch gegen die Beamten, die den Schwerverwundeten hilflos umkommen ließen, ein Strafverfahren eröffnet.

Treptow-Baumschulenweg.

In eine furchtbare Situation geriet vorgestern nachmittag der zehnjährige Schüler Fechner aus der Kiefholzstraße. Der Kleine hatte auf einem unbebauten Gelände in der Nähe des elterlichen Hauses auf einem großen Sandhügel gespielt. Er grub sich ein tiefes Loch und stellte sich hinein. Plötzlich gaben die über ihm liegenden Sandmassen nach und stürzten zusammen. Der Knabe wurde nun vollständig begraben. Nur seine Hände ragten aus den Sandmassen heraus. Vorübergehende Passanten nahmen glücklicherweise die Hände wahr und eilten sofort herbei. Nach angestrengter Mühe glückte es, F. wieder ans Tageslicht zu bringen. Er hatte bereits die Besinnung verloren.

Rummelsburg.

Aus Not und Verzweiflung zum Revolver gegriffen hat am Sonnabend der 30jährige Schlosser R. aus der Weserstraße in Rummelsburg. Lange Wochen vorausgegangener Arbeitslosigkeit haben den R. zu dem Entschluß gebracht, dem traurigen Leben durch eine Kugel ein Ende zu machen.

Weißensee.

Das Opfer eines verhängnisvollen Unglücksfalles ist der Maschinist Werner, der in der Talking Machine Co. in der Lehderstr. 19 beschäftigt war, geworden. Gestern hatte W. Nachtdienst zu versehen. Er wollte nun die Maschinen einer Kontrolle unterziehen und als er durch den Maschinenraum ging, kam er versehentlich den Starkstromleitungsdrähten zu nahe. Er wurde von dem hochgespannten Starkstrom getroffen und zu Boden geworfen. Als morgens der Portier seinen Rundgang machte, fand er W. in leblosem Zustand auf dem Fußboden liegend vor. Er wurde nach dem Krankenhause geschafft, wo er in sehr bedenklichem Zustand daniederliegt.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1885. (E. H. 71)
Heute abend 9 Uhr bei Landré, Stralauer Str. 36/37.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.